# diskus

Nr. 3.01 · Dez 2001 · 50.Jhg.
Frankfurter StudentInnen Zeitschrift · Bis OF gratis, auswärts 2,5 Euro

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

# Alles ist anders

editorial 3

politiken aus dem alltag gekratzt 5

»Eine Welt, in der Antigone am Leben geblieben wäre«
Interview mit Judith Butler, geführt am 13. Mai 2001 in Berlin 10

»Die Blinden von Ankara«
Globalisierung und die Türkei nach dem 11. September 16

Interview mit Pinar Selek 17

Vom Antiimperialismus zu einem neuen Internationalismus?
Eine Spurensuche 23

Widerstand gegen diesen Krieg? Oder ein weiterer Krieg der Feinde unserer Feinde?
Überlegungen zu einer Neudefinition der Imperialismus-Kritik 28

Nicht jede Diskussion führt in die Freiheit
Die Sehnsucht nach und die Absage an Repräsentationskultur in der antirassistischen Linken 31

Über den Antisemitismus der Nationalsozialisten
Antrittsvorlesung von Philippe Burrin 36

garip dünya 42

impressum 59

# editorial

Es blitzte nur kurz auf. Doch das reichte, um in die Bilderwelt der inneren Bedrohung ein neues Gesicht einzubrennen. In jenen Wochen im Herbst war es die erstarrte und tiefgekühlte Maske Mohammed Attas, dem »logistischen Kopf der Todespiloten«, die täglich auf den Titelseiten der hiesigen Gazetten und Bildschirmen ausgestellt wurde – und mit der der Link von New York und Kabul zu Deutschland hergestellt wurde.

In und mit diesem Bild haben sich die Vorzeichen der innenpolitischen Bedrohungs-Symbolik verändert bzw. erweitert. Viele rassistische Diskurse pochten bislang auf die Kriterien Sichtbarkeit und Masse: So wird hier zum einen auf der – einer vermeintlichen Fremdheit oder Assimilierungsunwilligkeit geschuldeten – Auffälligkeit von MigrantInnen insistiert. Bilder vom Hammelbraten, Trachten, einem Leben in Sippschaften, blockierten deutschen Autobahnen oder lauter Musik werden herangezogen. Zum anderen ist nicht von *dem* Migrant oder *der* Migrantin die Rede, sondern von Massen, Fluten oder Wellen.

Das Szenario, das sich am »Sleeper in Metropolis« entzündet, ist anders. Ihm zufolge kommt der Sleeper nicht als Masse, sondern versteckt in ihr. Er ist ein vernetzter Einzelner, Angehöriger der mobilen Intelligenz, der die hiesigen Spielregeln zu beachten weiß, sich unauffällig benimmt. »Atta« ist mitten unter uns, wohnt nebenan, studiert mit dir. In gewisser Weise knüpft die Bedrohungssymbolik hinsichtlich der Sichtbarkeit eher an den BSE- als an den Ausländerflut-Diskurs der vorangegangenen Jahre an: So wie die Kuh aus England kommt, hier aussieht wie ein Kotelett, aber ein Krankheitsträger ist, kommt auch der Terrorist aus dem Ausland, sieht hier aus wie ein Student, ist tatsächlich aber milzbrandgefährlich.

Die Kennzeichnung des Sleepers als allein, unauffällig, gefährlich impliziert in mehrfacher Weise die Konstruktion einer infiniten Bedrohung. Der Sleeper droht nicht als Massenphänomen, sondern als unentdeckter singulärer Fall. Anders als die »MigrantInnen« ist er nicht mit einem (besseren) Leben im Diesseits assoziiert, sondern mit seinem Leben als Mittel und Waffe. Er zielt nicht auf materielle Vorteile oder sein bessers (Über-)Leben, sondern auf Vernichtung. Er betrügt nicht durch seine Handlungen wie der Hütchenspieler oder der Sozialhilfeabkassierer, sondern täuscht durch seine ganze Person. Er fällt nicht ein, sondern taucht – ein und unter. Und da er nichts zu verlieren hat, scheinen keine Mittel und Drohungen gegeben, die ihn einschüchtern oder abschrecken könnte: Er ist potentiell immer unter uns.

Diese Art der Angstpolitik, die die Terrorismushetze der 70er Jahre durch die Komponente »ausländisch« ergänzt und für die Jetztzeit aktualisiert, taugte in den vergangenen Wochen dazu, eine Dringlichkeit und Vehemenz staatlicher (Re-)Aktion zu begründen: Jetzt muss zurückgeschossen, verfolgt und aufgespürt werden. Um zu verhindern, dass der Sleeper zuschlägt, bedarf es neuer staatlicher Eingriffsrechte und Zugriffstiefen.

Doch so grell das Bild des Sleepers in der öffentlichen Bilderwelt aufgeflackert ist, so rasch ist es auch schon wieder zwischen die Zeilen gerückt. Eine kurzzeitige Konkretisierung sollte alle lernen lassen, wovor sich zu fürchten ist und wogegen Maßnahmen zu ergreifen sind. Längst braucht es keine Bilder Attas mehr. Das Szenario der neuen Angstpolitik ist eingeschärft und wirkt – jederzeit wiederabrufbar – drohend im Hintergrund. Das Bizarre und Erschreckende an der Welle der Sicherheitspakete ist, dass sie rollt, selbsttragend, und gar keinen Blick mehr auf das Objekt des Zugriffs zu werfen braucht. Dass der Terrorismus im eigenen Haus versteckt ist, ist zur wirkmächtigen Phrase geworden, die Alltagssorgen erfassen, Wahrnehmungen leiten und die ganze Debatte gegen Kritik immunisieren soll. Längst sind auch etliche kritische Stimmen ins Geflecht der Bedrohung verstrickt worden. Solche, die darauf verweisen, man möge differenzieren und den Islam nicht pauschal verurteilen. Oder solche, die auf einem ausgewogenen Verhältnis von Sicherheit und Freiheit insistieren. So redlich und wichtig solche Anmerkungen und Einsprüche auch sind – ihnen ist gemein, dass sie nicht mehr hinter die Prämisse der Bedrohung zurückkommen. »Terror« ist der diskursive Bodensatz, auf dem demokratisch debattiert werden darf und jenseits dessen Grenzen alles zu Mittäterschaft oder Symphatiesantentum deklariert wird. So hat Schily die Bedenken von Datenschützern damit gebrandmarkt, dass Datenschutz nicht zum Terroristenschutz werden dürfe.

Die Abstraktion vom Bild Attas in eine schwammige Welt allgegenwärtiger Bedrohung ermöglichte es gleichzeitig, noch fast jede anvisierte Gesetzesverschärfung als wichtig, angemessen und notwendig gelten zu lassen. Mit New York ist ein Anlass gefunden und mit dem Terrorismusbegriff ein Horizont geschaffen worden, um Deutschland außenpolitisch stärker mitmischen zu lassen und innenpolitisch weiter aufrüsten zu können. In rasender Geschwindigkeit wurden alle möglichen bislang nicht durchsetzungsfähigen Kompetenzerweiterungen staatlicher Apparate in eisenharte Gesetze gegossen. Dabei beziehen sich zahl-

reiche Gesetze nicht mal mehr pro forma auf die – ohnehin unbrauchbare – Definition von Terror, sondern zielen auf jene, die »gegen den Gedanken der Völkerverständigung« und das »friedliche Zusammenleben der Völker richten«. Vager und damit allseitig anwendbarer geht es kaum.

Der sicherheitspolitische Ruck ist gewaltig. An breiter Front werden Grenzen staatlicher Kontrolle und Repression niedergerissen, werden Bundesbehörden und Geheimdienste umfassend ermächtigt, in einem eklatanten Maße Informationen zu sammeln, zu speichern und abzugleichen. Zugriffe auf Kontenbewegungen, Passagierlisten oder Telekommunikationsmedien sind jederzeit möglich, bei zigtausenden Arbeitsplätzen in sogenannten sicherheitsrelevanten Bereichen hat der Verfassungsschutz das letzte Wort. Das Gros der Änderungen sind ausländerrechtliche Verschärfungen. Abschiebungen werden erleichtert, VISA-Anträge strenger überprüft, immer umfassender identitätssichernde Daten gesammelt und zwischen den Behörden ausgetauscht. Der Blick auf das Anti-Terror-Paket II zeigt, dass dabei nicht mal nur jene, die dem Szenario des Sleepers entsprechen, unter Generalverdacht fallen und zusätzlich verschärfter rassistisch-diskriminierender Sonderbehandlung unterliegen, sondern nahezu alle Gruppen ohne deutschen Pass. So sind auch Flüchtlinge, die nach der Genfer Flüchtlingskonvention aufgenommen wurden, Objekte des Anti-Terror-Kampfes.

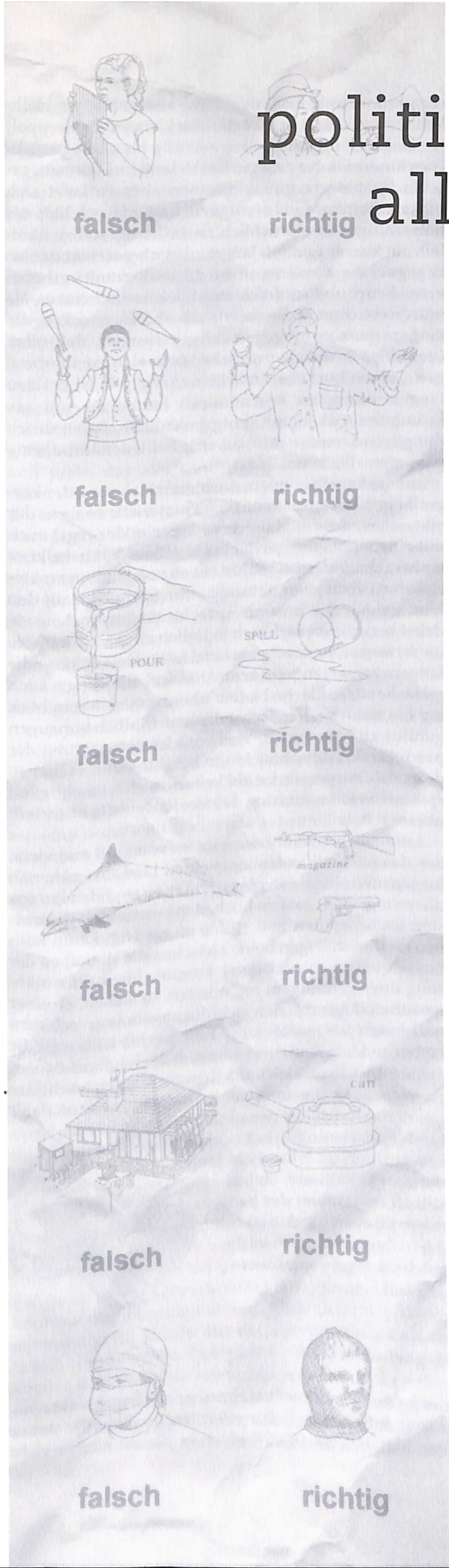
Es ist auffällig, dass einige Charakteristika, die dem Sleeper zugesprochen werden – hochqualifiziert, spezialisiert, mobil, individuell –, genau jenem Profil entsprechen, das bis »vor Kurzem« in Persona der IT-Fachkraft das Ideal der Einwanderungsdebatte darstellte. Wurde diese als Mitglied einer Info-Elite von der großen Zahl der Underclass-Migration positiv abgegrenzt, vermutet man nun auch innerhalb der gebildeten und ökonomisch nachgefragten Klasse von MigrantInnen gefährliche Spezialisten. Gleichwohl wäre es falsch, die neue Paranoia und sicherheitspolitischen Attacken als Ende des geplanten Einwanderungsgesetzes zu verstehen. Regierung und Wirtschaftslobbies wollen weiterhin die Arbeitskraftspezialisten, das entsprechende Gesetz verzögert sich zwar, wird aber kommen. Vielmehr folgen die Sicherheitspakete exakt der Logik, die auch der Einwanderungsdebatte zugrunde liegt: Es geht darum, die draußen zu halten bzw. leichter wieder los zu werden, die man nicht haben will, und lediglich jene auszusieben, die man auch haben will. Insofern ist Schilys »Otto-Katalog« keine Gegenmaßnahme zur gewünschten selektiven Einwanderung, sondern ihre kontrollpolitische Optimierung.

Kritik an dieser Entwicklung hat es zur Zeit nicht leicht, auch nur einen Fuß in die Tür der Debatte zu bekommen. Möglicherweise ist aber genau die Vagheit der zentralen Begriffe des außen- wie innenpolitischen Regimes die Chance, die Tür aus den Angeln zu heben. Wenn die jetzige Politik im Namen der Sicherheit geführt wird, dann ist sie damit zu konfrontieren, dass es für den Mann aus Darmstadt keine Sicherheit darstellt, kürzlich eingesperrt worden zu sein, weil er in den USA Flugstunden genommen hatte. Und dass im Herbst eine Frau mit (und wegen) Kopftuch in Hanau auf der Strasse ins Gesicht geschlagen wurde. Und dass im Zuge derselben Politik, die beständig von Sicherheit schwadroniert, permanent Leute in Prekarität und Illegalität gebracht bzw. in miesen Lebensverhältnissen gehalten werden.

Das Sicherheitsgerede ist die Perspektive eine Mehrheitsgesellschaft, die beständig ausblendet, dass Sicherheit für viele erst einmal nicht damit zusammenfällt, zusätzliche Schlösser an den Fenstern ihrer Eigenheime anzubringen. Statt sich seine Sorgen derart vorschreiben bzw. -prägen zu lassen, wäre der herrschende Begriff von Sicherheit so unter Druck zu setzen, dass Plattitüden wie »für die Bürger« oder »von Terror« nicht dran kleben bleiben. Um eine Vorstellung von Sicherheit ins Spiel zu bringen, die herzlich wenig mit Polizei, Geheimdienste und Militär zu tun hat – allenfalls als Schutz vor ihnen.

*Redaktion diskus*

*Wir laden ein zu Diskussion und Heftkritik am Mittwoch, dem 6. Februar 2002 um 20 Uhr im* diskus-*Büro (Studierendenhaus Jügelstraße, Eingang KOZ, Raum 106).*




# politiken aus dem alltag gekratzt[1]

zwischen aufregendem leben und den wirren der zeit gibt es manchmal noch immer das in grau: alltag. so wäre es schön. so ist es nicht. statt dessen stimmt leider, dass die meisten tage so sind: wie alle. im alltäglichen manifestiert sich herrschaft als trott.[2] hier schlägt sie tiefe wurzeln, wird sie täglich bis ständig neu reproduziert. gleichzeitig ist hier ein ort, an dem sie ganz ohne absicht ihre ungenauigkeit preisgibt, wo sie sich in missverständlichkeiten verstrickt und heimlichen widerspensigkeiten begegnet. möglicherweise genug grund, um die lupe in die hand zu nehmen und zwischen den steinplatten der großen politik das magere unkraut in den blick zu kriegen. das ist heilsam gegen das gefühl schrecklichen verlassenseins beim bügeln oder u-bahn fahren: wenn das jonglieren mit großen theorien, das namedropping und philosophische formelschieben seine engen grenzen preisgibt.

die entgrenzung des politischen hinein ins tägliche dickicht hat dabei keinen kompensatorischen effekt, soll nicht das kleinklein gegen die großen kämpfe ausspielen. und überhaupt: ist das reden darüber, dass sich im alltäglichen widersprüche brechen, dass es immer mal wieder meist unbemerkt funkt, erst mal kein erschaffen von alltagspolitik. sondern nur das reden darüber, was sich ohnehin ständig ereignet. so ist die angst unbegründet, das thematisieren von und das agieren im alltäglichen könne knappe revolutionäre energien absorbieren. denn da sind wir ohnehin: wuseln einzeln und in kleinen gruppen durch den tag und zwischen den tagen umher. passieren arbeits-, wohn- und sonstige plätze, flanieren durch soziale räume, durch stinkende städte. permanent sind wir im alltäglichen präsent. lassen können wir das nicht. warum dann nicht was daraus machen?

## das paradigma des schmetterlings

die chaostheorie erzählt gerne die geschichte vom schmetterling. der schmetterling schlägt irgendwo in china eher unbeabsichtigt mit den flügeln und durch viele seltsame umstände und eine reihe von dominosteinen entsteht so in europa ein orkan. das ist ein schönes utopisches märchen. zwar bin ich auch recht zuversichtlich, dass die vielen revolutionären demonstrationen, die ich besucht habe, schon dutzende von reissäcken zum umfallen gebracht haben. aber leider ist nie einer davon auf roland kochs kopf gefallen. schon deshalb mag es schlau sein, sich an zusätzlichen und feineren taktiken zu versuchen.

was die alltagsfliegen dabei vom schmetterling unterscheidet ist, dass es sich bei ihnen nicht nur um

einen handelt, und dass den schmeißfliegen unbegrenzt viele flügelschläge, also immer neue würfe zu verfügung stehen. sie können landkarten anfertigen, geeignete ziele ausspähen und an techniken feilen. so lässt sich das chaos in jedem level neu erproben.

## sprechen. versprechen. umsprechen

tagelang ziellos mit schmetterlingsflügeln zu rudern, ohne aussicht auf erfolg, macht müde. deswegen macht es sinn, sich einen günstigen ort zu suchen, den gewählten gegner auf seine schwachstellen hin abzuklappern, den alltagsfliegen eine richtung zu geben. ist überhaupt etwas anderes möglich als das, was ist. ist etwas anderes in sicht als aussichtslosigkeit?

einst war die möglichkeit eines anderen lebens durch die existenz einer revolutionären massenpartei garantiert. nachdem sich jene historisch blamiert hatte, begann die suche nach neuen, zumeist kleineren utopischen wegweisern. der gesellschaftskörper wurde nach widersprüchen durchkämmt, an denen sich widerständige funken schlagen lassen könnten. je größer die ohnmacht, um so notwendiger diese suche. denn wo sich die gesellschaft zu einer lückenlos funktionierenden (totalität) zusammenzieht, kann mensch noch das nachdenken über sympathischere zustände vergessen.

um den traum, dass es auch anders sein könnte, konkret werden zu lassen, bedarf es nicht des verklärten blicks in den sternigen himmel. im acker der sprache, der diskurse wird sich eher etwas finden lassen (wenig ist weniger konsistent als die herrschenden ideologien). meist reicht es, auf den wörtern nur lange genug herumzukauen, und sie beginnen das gegenteil von dem zu behaupten, was sie eigentlich zu sagen beabsichtigten. dann wird das passive zum dominanten. das oben zum unten.

»oben« bezeichnet im hegemonialen sprachgebrauch den ort der macht. die da oben, die großen, das sind die herrschenden, die »über«legenen, die die »ober«hand gewonnen haben. groß zu sein bedeutet in der hierarchie weiter »oben« zu stehen. passend gilt »unten« als »unterlegen«, als »unter«worfen. »klein« steht für schwäche, für ohmacht, hilflosigkeit, sogar unreife. dementsprechend klar scheint sich das verhältnis dieser beiden positionen, von oben und unten, zueinander zu gestalten. die großen schauen herab, während die kleinen aufschauen. die hierarchie ist diesen begriffen ebenso eingeschrieben wie die moralität schwarz und weiß. dabei geht ihre bedeutung über bloße räumliche metaphorik weit hinaus. es handelt sich um kategorien, die unsere wahrnehmung auf heimliche, aber sehr grundlegende weise strukturieren. ihre besondere brisanz erhalten sie durch ihre verschränkung mit dem geschlechterdiskurs. sowohl kurze männer als auch lange frauen beschreiben häufig ihr scheitern an den geschlechternormen und die häufige neigung jenen »makel« durch überkonformes verhalten auszugleichen. ähnliche schwierigkeiten in umgekehrter richtung bereiten die körperlängen den transsexuellen und transvestiten, den transgendancern. wo männlichkeit mit stärke also größe, weiblichkeit mit weichheit, schwäche also kleinsein verkoppelt ist, liest sich die körperlänge häufig als quasi natürliches hindernis der praktischen dekonstruktion von geschlecht. bei genauem hinsehen aber entlarvt sich diese scheinbare eindeutigkeit und plausibilität als notwendig widersprüchlich, mehrdeutig. stehen nämlich ein kurzer und ein langer mensch voreinander, so begegnet der kürzere seinem gegenüber mit »erhobenem« haupt und »aufrechtem« blick. fast scheint es, als würde er arrogant die nase in die »höhe« strecken. die längere person hingegen ist gezwungen, den blick (demütig) zu »senken«, mehr noch: sich zu »verbeugen«, einen buckel zu machen. von größe ist bei den langen wenig zu sehen. meist laufen sie mit gekrümmten rücken, mit reuig gesenkten köpfen durch die gegend. einige müssen sich bei jeder tür, die sie passieren »bücken«.

nun ließe sich meinen, die hierarchisierung der körperlängen habe ihre natürliche materielle basis in der »tatsache«, dass ein längerer körper in der regel auch mit einem höheren gewicht und größerer muskelkraft einhergeht. indessen würde ein so verstandener materialismus eben jener naturalisierungsstrategie auf den leim gehen, die unserer sprache eingesprochen ist. dabei braucht mensch sich lediglich einige boxkämpfe im fernsehen anzuschauen um festzustellen, dass die langen zwar längere arme haben, allerdings auch mehr haudraufläche bieten. überdies: reicht ein blick auf die statur gerhard schröders um bildlich vor augen geführt zu bekommen, was von der entwicklung der produktivkräfte schon lange beschlossene sache ist: dass sich körperstärke als kriterium für mächtigkeit spätestens seit erfindung der fernfeuerwaffe historisch überholt hat.

tatsächlich gewinnt der subtext von groß und klein, der das oben als unten erscheinen lässt, bei näherem hinschauen einiges an plausibilität. so sind den kurzen die wenigsten regale zu hoch, den langen aber die meisten tische, spülen und stühle zu niedrig. kaum können sie ihre stelzigen beine zwischen die sitzreihen der busse quetschen und teuer kommt ihnen die ernährung ihres gefräßigem organismus zu stehen. ab einer gewissen länge dünnen sich die angebote an schuhen und hosen aus, werden die füße nachts kalt, weil die betten zu klein sind, und zwingen die häufigen beulen an der stirn dazu, sich vor jedem türrahmen furchtsam zu verneigen. das mag der grund sein, warum das *ipc*, der veranstalter der paralympics (spiele behinderter leistungssportler) bei seiner neukonstitution im jahre 1988 lange darüber debattierte, ob basketball im rahmen der paralympischen und nicht der olympischen weltspiele ausgetragen werden soll.

## gerücht

der letzte satz ist nicht wahr. aber er könnte wahr sein. zur wahrheit (zur kulturellen intelligibelität) fehlt es ihm lediglich an macht, nicht an plausibilität. welche

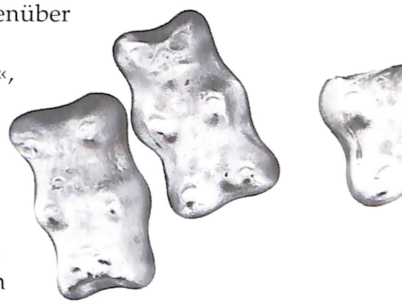
wirkung hätte die verbreitung und anerkennung jener »wahrheit« auf unsere handlungskonstituierenden vorstellungen von oben und unten, groß und klein? welchen effekt hätte die ent-täuschung, dass es sich bei jener »wahrheit« um ein (gezielt gestreutes) gerücht handelt, bezogen auf die soziale konstruktion »behinderung«? beide diskurse, sowohl die hierarchisierung der körperlänge als auch die definition von normalität und behinderung, könnten kratzer, bestenfalls schrammen erhalten. wenn die bedeutung von körperlänge / kürze, von unten / oben, von groß / klein, von behindert / normal praktisch bewiesen auch anders, gar andersrum sein könnte (z.b. durch die anerkennung eines solchen gerüchts), dann erweisen sich unsere gegenwärtigen vorstellungen, diskurse, existenzweisen als künstlich, als von menschen gemacht. sie geben damit auch ihre brüchigkeit, ihre veränderbarkeit preis. das ziel kann dabei natürlich nicht sein einen diskurs lediglich in sein gegenteil zu verkehren, die kurzen zu den großen zu machen. vielmehr geht es darum, die schale der natürlichkeit zu knacken, die sich um das bestehende schließt. es geht darum, die vollgesprochenen identitäten in schwingung zu versetzen, die uns an das binden, was wir nuneinmal sind, also sein sollen. oft reicht es schon die diskurse ernst, beim wort zu nehmen um sie gegen ihre intention zu kehren. schön ist es zum beispiel, wenn indianer keinen schmerz kennen, denn: ich bin kein indianer. noch schöner ist es, wenn nur mädchen weinen, nur jungs sich prügeln: einfacher lässt sich ein geschlechtswechsel nicht haben.

natürlich lässt sich nicht beliebig alles zu jeder zeit behaupten, aber dort, wo in der hegemonialen sprache lücken klaffen (wo die sprache ambivalent ist), wo eine wahrheit ihr eigenes gegenteil gleich mitbehauptet, können hebel angesetzt werden. machen wir die mauselöcher in den mauern der diskurse zu schießscharten. ergänzen wir den frontalen angriff durch trojanische pferde.

## virus

ich fahre gerne zug. ich habe die zeitung beiseite gelegt, aber die bunten und auch grauen wände entlang der gleise lassen sich vortrefflich lesen. der zug legt eine linie. er hat eine richtung, aber keinen ort. der zug ist nicht beliebig: er fährt einen weg, hat aber keinen standpunkt. von hier aus, denke ich, ließe sich prima und bequem politik machen. eine gelegenheit ergibt sich.

neben mir sitzt eine tunte. uns gegenüber ein mensch, wie er im deutschen telefonbuch steht. der mensch schaut offen sichtlich irritiert und explizit unbegeistert, als die tunte beginnt, sich die nägel zu feilen. er hat seine füße tief unter den eigenen sitz gezogen, um jeden körperkontakt zu vermeiden. jetzt konfrontativ loszumaulen und stille diskriminierung anzuprangern, würde nur defensivpositionen (reaktionen) produzieren. das telefonbuch würde alles abstreiten und probably toleranzbekenntnisse abspulen. andererseits käme ein gutgemeinter aufklärungsmonolog vermutlich ein wenig unvermittelt. ich würde nur unaufmerksame aufmerksamkeit erhalten und wäre schnell als studendekopp abgestempelt. ich packe eine tüte gummibärchen aus.



- »möchten sie welche?« frage ich mein gegenüber
- »nein, danke«
- »aber wissen sie, was ich nicht verstehe?«, fahre ich unbekümmert fort »das problem mit den gummibärchen!«
- »aha«
- »jedesmal wenn ich mir welche kaufe (klaue) steht da ›jetzt noch fruchtiger‹ drauf. aber ich weiß eigentlich nie, was das für früchte sein sollen, die die bärchen imitieren«
- »ich mag besonders gern die gelben. das ist glaub ich ananas oder banane oder so«
- (»ich mag besonders die roten, weil die so schön rot sind«, sagt die tunte)
- »ja eben. aber ist das nicht so schrecklich langweilig, ständig auf natürlich und fruchtig und echt zu machen. statt einfach mal zuzugeben, dass das, was die menschen herstellen und überhaupt, was die so den ganzen tag lang machen schrecklich wenig mit natur zu tun hat. wäre doch viel spannender: irgendwelche abgefahrenen geschmacksounds zu produzieren«
- »ja«, sagt das telefonbuch und lacht, »da haben sie wahrscheinlich recht. hauptsache es schmeckt«
- »sehen sie. und so ist das auch mit den geschlechtern. die würden auch viel besser schmecken, wenn wir aufhören würden ständig so ne olle und eigebildete natürliche natur nachzuäffen«, könnte ich jetzt noch sagen. (sage es aber nicht.)

## autoritäre list und die praxis der lüge

die vorstädte sind voll von bauklötzen, an denen müde kleine balkone in reih und glied hängen. zu zeiten als es noch kein kabelprogramm gab, ging dort in allen fenstern das selbe blaue licht gleichzeitig an und wieder aus[3]. zwischen den wohnblöcken, in die die erwachsenen gesperrt sind, finden sich häufig ordentliche grüngehege, in die mensch die kinder sperrt. als es noch kein kabelprogramm gab, haben wir dort häufig wettrennen veranstaltet, bei denen die gewann, die am schnellsten laufen konnte und als erste das vereinbarte ziel erreichte. weil es keine objektive dritte gab – denn die schiedsrichterinnen rannten selbst immer mit – kam es meistens zu streits, welche denn die schnellste gewesen sei. wobei jede sich natürlich selbst dafür hielt. als einmal auch nach mehrmaligen wettrennwiederholungen die diskussionen kein ergebnis brachten, entschied ich die auseinandersetzung mit einer autoritären list für mich: »ich bin am schnellsten, weil das ist wissenschaftlich bewiesen« log ich den anderen in die verschwitzten gesichter. danach war ruhe. alle glaubten mir. produktive unruhe regte sich leider keine mehr.

eine solche strategie ist nicht selten, doch meist bei den gegnern zu finden. mensch denke nur an die zahnpastareklame, bei der eine sonore stimme aus weissem kittel, flotte schaubilder und expertisisches kauderwelsch die wichtigkeit der warenneuheiten

wissenschaftlich beweisen. in den eigenen reihen hingegen ist ein solcher erfolg die ausnahme. denn die autoritäten, von denen marx eine ist, der staat oder die wissenschaft aber hunderte, sind meist – und keineswegs zufällig – auf der seite der gegner. zumindest, wenn sie sich äußern. das tun sie allerdings selten. denn die meisten von ihnen sind entweder tot oder verstauben in den gesetzbüchern, die kaum jemand kennt oder die jedenfalls in konkreten auseinandersetzungen unglücklicherweise fast nie zur hand sind. ein umstand, den sich zu nutze zu machen nicht gescheut werden sollte. die liste dessen, was wissenschaftlich bewiesen ist, lässt sich umstandslos ausweiten auf das, was verboten ist und vor allem auf die liste der pflichten, auf das, was zu tun mensch leider gottes gezwungen ist. »natürlich« ist es verboten, die bildzeitung aufgeschlagen im zug liegen zu lassen, mehr als einsfuffzig für eine cola zu nehmen usw. im übrigen ist es wissenschaftlich bewiesen, besser noch: die haben jetzt rausgefunden, dass maria – die mutter jesi – transvestit war, dass identitäre selbstverhältnisse die krebswahrscheinlichkeit erhöhen und deswegen personalausweise zukünftig warnende hinweise enthalten müssen. und selbstverständlich leihe ich mir das fahrrad nicht zum spaß, sondern im namen des gesetzes. ich würde die musik ja auch lieber leiser drehen, aber das darf ich nicht, das ist nunmal mein job, schließlich bin ich von meiner arbeitgeberin beauftragt, die ganze zeit hinter den sicherheitskräften herzulaufen, da kann man nichts machen, so ist das nunmal, da müsse nun verständnis aufgebracht werden, so sei das eben und ansonsten richten sie sich bitte an meine chefin oder schlagen sie in der fdgo paragraf hundertneunundzwanziga nach.

vielleicht sollte, wer schwach ist, nicht davor zurückschrecken sich mit der kraft des gegners gegen den gegner zu verbünden (ein alter judotrick). im land der henker jedenfalls, wo die autoritäten recht haben, weil es die autoritäten sind (und nicht – wie manche demokratische noch immer meinen – weil sie die besseren argumente hätten), wo mensch nichts machen kann, weil es eben so ist wie es ist (leider versteht sich), da lässt sich den autoritäten beinahe beliebig alles in den mund legen, da lässt sich die richtung ihrer macht auch zuweilen in ihrem namen umkehren. das schöne an dieser technik ist, dass sie nicht gefahr läuft, lechts und rinks zu velwechsern. es handelt sich um eine zauberwaffe, die in den händen des feindes wirkungslos wird. denn wer nicht an autoritäten glaubt und sie nicht leiden kann, ist sozusagen autoimmun

## gibt es ein richtiges trinkgeld im falschen?

*stimme:* »gutentagmeinnameistflötundhachwasbinichfröhlichinmeinemflexibilisiertenarbeitsverhältnisauffünfhundertzwanzigmarkbasiskündigungsschutzexklusivemitblickaufsautomeerdeswegen:lächelndblinkerndwaskannichfürsietun?«

*widerstand?:* »tschuldigung, eigentlich wollte ich brötchen kaufen und nicht ihr gesicht!«

so verständlich und berechtigt solch politisches ansauen sein mag, so hilflos ist es doch auch, weil es immer nur den armen verkäufer sprich dienstleister sprich die charaktermaske trifft, nicht aber die postfordistische produktionsweise, von deren fließbändern das lächeln so tausendfach läuft. solch politisches ansauen wäre erfolgreich nur dann, wenn es massenhaft geschähe, wenn es sich also in veränderter nachfrage niederschlüge. dann wäre schnell klar, dass sich mit schlechtgelaunten und hässlichen kellnern mehr geld verdienen lässt, und die bedienungen würden fortan manageriell angewiesen, mit hängenden mundwinkeln zu bedienen. damit wäre – das leuchtet ein – wenig gewonnen.

dennoch sitzen wir hier, in diesem schicken café und kommen nicht umhin verschämt aber trotzdem den arm zu heben und die bedienung zu uns zu winken. inmitten des kapitalismus trinken wir cocktails mit strohhalmen und wissen um den spärlichen lohn für diese müh- und wuselige kneipenarbeit, wissen, dass das trinkgeld bereits einkalkuliert ist, und wir somit so eine art outgesourcter arbeitgeber sind. irgendwie müssen wir uns verhalten. wie?

in der regel trifft sich die entscheidung ganz ohne unser zutun, denn wir neigen dazu, denen besonders viel trinkgeld zuzustecken, die besonders höflich sind, die uns freundlich und zügig bedienen, die irgendwie menschlich wirken und korrekt arbeiten. dümmer könnten wir die uns zugesehene rolle in den postfordistischen ökonomien der freundlichkeit, der aufmerksamkeit, der authentizität und menschlichkeit nicht spielen. brav und mit einem hohen maß an freiwilligkeit arbeiten wir an einer subjektivierung mit, an der uns wenig gelegen sein sollte. eine subjektivierung, die die launen, mimiken und emotionen der arbeitskräfte in beschlag nimmt, um sie wertförmig, also nach ihrer verwertbarkeit zu strukturieren.

das war der ddr nicht gelungen. in jener verwalteten welt, in der die kundin nicht königin war und die bedienungen mürrisch, konnte den menschen nicht dieses zentrale menschenrecht genommen werden: es sich scheiße gehen zu lassen, wenn es ihnen scheiße ging (und daran sollte es keinen zweifel geben: es ging und geht ihnen scheiße.) um genau dieses recht aber wäre heute der kampf zu führen. ein kampf, der zur zentralen alltagspolitischen auseinandersetzung des postfordismus werden könnte. worum es geht, ist die gesichter der menschen, die eigenen gesichter, von jener versicherungsvertreterkrankheit zu befreien, die sie in den letzten jahren so einhellig und nicht nur am arbeitsplatz befallen zu haben scheint. die parôle: lasst euch eure schlechte laune nicht versauen!

## abgesang

die offensive auf das alltägliche resultierte aus eingebildeten oder realen niederlagen vor allem in der sphäre der produktion. aber sie erweiterte die kritik um einen weiten bereich, befreite sie aus engführungen und reduktionen und erschloss in den 70ern ein breites alternatives millieu. anders zu leben und zwar schon heute, bedeutete ein praktischwerden der kritik auf der höhe der bewegung, die die verfasstheit der gesamtgesellschaft nicht zu stürzen vermochte, sich deshalb aber noch lange nicht mit dem ewiggleichblei-

benden trott zufrieden geben wollte. die linke subkultur war werbung für ein anderes leben und kann dies heute (wo antirassistinnen die »mit den wursthaaren« sind und che guevarra für den schlagzeuger von rage against the machine gehalten wird) nur noch schwerlich sein. die erkämpften strukturen bleiben rückzugsräume, orte der kommunikation und weiterhin anlaufpunkte für die wenigen nachzüglerinnen, die noch kommen. aber ihr erhalt ist defensiv. ein rückzugsgefecht, das gegen die wachsende ohnmacht eine linke identität, ein schwächelndes wir absichern soll. die verteidigung der geronnenen ergebnisse vergangener kämpfe, der institutionen, hat ihre motivation in dem wunsch, sich wenigstens noch hier mit leuten zu treffen, die ähnlich denken, unter dem selben leiden, wenigstens hier einen raum zu haben, wo ich nicht diskriminiert werde, wo meine meinung, mein lebensstil nicht marginalisiert ist, das bier keine acht mark kostet. die schwindenden bedingungen für die erfüllung dieses richtigen bedürfnisses schaffen aber auch ständig neue grenzen, die wir immer enger um unsere gehäuse ziehen. je kleiner unsere handlungsmacht, je spärlicher unsere offensiven auf die große gesellschaft, umso eher konzentrieren wir uns auf die auseinandersetzungen mit ähnlich denkenden, die uns wenigstens zuhören (wer liest die *konkret*? die, die *jungle world* lesen. wer liest die *jungle world*? die, die *ak* lesen.). umso größer erscheinen uns aber auch die differenzen in den eigenen linien, umso kleiner wird der kreis derer, von denen wir uns wirklich verstanden fühlen. aus dieser höhle müssen wir wieder hervorkriechen. die tunnel, die gänge, die zu graben sind, verlaufen unter der mitte und durch die mitte hindurch.

wenn sie subversiv sein will, muss die alltägliche politik sich heute in der politik der normalen alltäglichkeit verorten. schwimmen müssen wir im brüchigen marschrhytmus des post-fordistischen schlagers. wir müssen uns einnisten in den banalen linien der übelriechenden normalität. es ist schön, am sandstrand des autonomen zentrums zu sitzen. besser ist es mit einem säckchen sand im gepäck durchs getriebe zu wandern (freilich findet sich der meiste sand am strand). den besitzstand des sozialstaats, der szene, der institutionalisierten klassenkämpfe zu wahren, mag notwendig sein. aber das bewahren – und sei es auch kollektiv – macht konservativ und spaß macht es nicht. besser ist es aus vollem herzen zu verschenken: lügen, gerüchte, viren. alltagsfliegen, schmeißfliegen, schmetterlinge. geschenke der alltäglichen sabotage.

*jamina*

**_#.. diebereien:**

_1.. der titel ist geklaut von: christel adamczak / monika pfirrmann, geschichten aus dem alltag gekratzt, ein lesebuch für erwachsene, stuttgart 1990

_2.. herrschaft als trott hat sich christian sälzer ausgedacht: theorien des alltäglichen, zur bedeutung des alltäglichen im kapitalistischen reproduktionsprozess (magistraarbeit), frankfurt 2000

_3.. das hat mir sebastian sierra barra auf dem letzten nachttanzumzug erzählt. die erkenntnis, dass sich hinter den synchronen blauen lichtern keine geheimnisvolle verschwörung versteckt, sondern der banale alienismus (spehr) des zdf-abendprogramms, bedeutete nicht weniger als den abschied von einer kindheit. natürlich kam danach gleich eine andere.


Fotokopien
Digitaldruck
Konfektion

Kopier Werk
FRANKFURT

**Alles andere sind nur Kopien!**

Buchkopien
Einzugskopien
Digitalkopien
Farblaserkopien
Overheadfolien
Farbfolien

Leimbindung
Spiralbindung
Wire-O-Bindung
Bucheinband
Bindematerial
Laminierungen
Mousepads

**Wir vervielfältigen und binden auch Eure Diplomarbeiten und Dissertationen in überzeugender Qualität zu fairen Preisen. Holt Euch ein Angebot ein.**

**Kopierwerk GmbH**
Adalbertstraße 21a
60486 Frankfurt am Main
Fon: 069 / 707 607 44
Fax: 069 / 707 607 45

Öffnungszeiten
Mo - Fr 8.30 - 20.00 Uhr
Sa 9.00 - 14.00 Uhr



FRAUENLESBEN
KNEIPENABEND

DONNERSTAGS
VON 20.00 BIS 24.00 UHR
IM CAFÉ EXZESS,
LEIPZIGER STR. 91

# »Eine Welt, in der Antigone am Leben geblieben wäre«

## Interview mit Judith Butler, geführt am 13. Mai 2001 in Berlin*

*»Was glauben und was hoffen Sie, wie die Zukunft der Geschlechter und die Zukunft der Homosexualität aussehen wird? Wird es sie überhaupt geben, wenn wir mit verschiedenen Geschlechtern spielen?« wurde Judith Butler von einer Redakteurin der Wochenzeitung* Freitag *gefragt. Ihre barsche Antwort lautete: »Über ein ›Spiel der Geschlechter‹ ist mir nichts bekannt. ›Queer‹ ist gewiss keine Identität, sondern beschreibt die Mobilität von Begehren und Geschlecht. Diese Mobilität kann aber nicht auf ein postmodernes ›Spiel‹ reduziert werden. Viele Männer fühlen sich als Frauen, viele Frauen als Männer, und diese Trans-Identität ist sehr oft tief verwurzelt und erzeugt Leid, wenn sie nicht anerkannt wird – wir haben es also mit ernsthaften psychischen, sexuellen und politischen Themen zu tun. [Deshalb] kann ich der Vorannahme Ihrer Frage nicht zustimmen.«*[A]

*Solche Klarstellungen sind offensichtlich immer wieder mal notwendig – so hartnäckig hält sich (hierzulande) eine Lesart, die die Thematisierung der Gewalt der Verhältnisse durch Judith Butler übersieht und sie zur Theoretikerin des »anything goes« erklärt. Darauf beziehen sich Butler-bashers und Butler-hypers gleichermaßen. Während erstere das angebliche Fehlen der Berücksichtigung materieller gesellschaftlicher Strukturen monieren und das Ende der Möglichkeit linker Herrschaftskritik heraufziehen sehen, freuen sich letztere über ihre unglaubliche Freiheit und sehen sich in ihrem hippen Lebensgefühl bestätigt. So z. B. zu lesen in der November-Ausgabe der Musikzeitschrift* Intro*: »Angesichts popkultureller Phänomene wie Glamrock oder Disco, die offensiv die Formbarkeit geschlechtlicher Identitäten vorgeführt haben, könnte man sogar fast auf die Idee kommen, Butler habe das diesen Feldern inhärente Wissen einfach mal theoretisch ausformuliert.«*[B]

*Das Problem an solch feuilletonistischer Verflachung ist sicherlich nicht das feuilletonistische, sondern die Verflachung, das Abschneiden produktiver politischer Implikationen. Im Gegenteil – dass Butler breiter rezipiert wird, als es manchen VertreterInnen reiner akademischer Lehren lieb ist, ist natürlich gut und zeigte sich auch anlässlich des Foucault-Kongresses in Frankfurt im letzten Jahr, wo der Hörsaal VI die Ströme derer nicht mehr fassen konnte, die gekommen waren, um Butler zu hören und zu sehen. Einige maulten dann, dass es vielen Leuten sowieso nur um das Event ginge und nicht um eine ernsthafte theoretische Aus-*

*einandersetzung. Mal abgesehen davon, dass sich bei derartigen Kongressen immer beides (bestenfalls?) vermischt, kann man Butlers Auftauchen im Rahmen der Konferenz aber vielleicht wirklich als Event / Ereignis bezeichnen: Anstatt, wie sonst üblich, als Alibi-Panel irgendwo am Rande versteckt zu sein, wurden hier femi-queere Inhalte mitten im Zentrum der Konferenz (und zur besten und arbeitnehmerinnenfreundlichen Samstagnachmittagszeit) verhandelt. Dass es Butler (nicht nur auf dieser Konferenz) gelungen ist, ein »ja, aber«-Thema mitten in als zentral betrachtete theoretische Auseinandersetzungen zu katapultieren; dass sie z.B. nicht nur an Foucault anschließt, um ihn für queere Anliegen produktiv zu machen, sondern dass sie damit eine bestimmte Lesart von Foucault selbst durchsetzen konnte – dieser (theorie-)politische Erfolg kann eine schon begeistern, auch ohne alle ihre Bücher exzerpiert zu haben. (Denn darin – und darüber hinaus – geht es um was, um politische Auseinandersetzungen, um Denk- und Lebbarkeiten, um Ermutigungen ...)*

*Nun wird – und nicht nur mit Butler – queere Thematik hierzulande vielfach in foucaultianischen Wendungen gedacht. Auf genannter Konferenz und auch in ihren neueren gerade auf deutsch erschienenen Büchern bringt Butler insbesondere durch ihren expliziten Bezug auf Hegel eine weitere Dimension ins Spiel: Vielleicht klarer als der bislang vorherrschende Begriff der »Intelligibilität« eröffnet das nun aufgegriffene und reformulierte Konzept der »Anerkennung« Anschlüsse an explizit gesellschaftspolitische Debatten, insbesondere weil Butler damit demokratietheoretische Überlegungen verbindet. Solche Überlegungen einerseits und die Diskussionen rund um Körper und Geschlecht andererseits sind aber bisher in linken (und) feministischen (und) queeren Zusammenhängen meist voneinander getrennte Felder, deren Verbindungen intensiver zu diskutieren wären.*

*Das nun folgende Interview, das wir in einer stark gekürzten Version nachdrucken, könnte dazu beitragen, den genannten Verkürzungen in der Rezeption zu begegnen, ohne den alten Schlagabtausch zum hundertsten Mal wieder ausfechten zu müssen.*

*alexuliuta*

[...]

**Carolin Emcke/Martin Saar:** Offensichtlich laufen in Ihrem neuen Buch zu Antigone, das gerade auf Deutsch erschienen ist, einige der Kernprobleme Ihres gesamten Werkes zusammen: Begierde, Subjektivierung und Subjektwerdung, Macht und Widerstand.[1] Wann haben Sie die Figur der Antigone für sich entdeckt? Wofür steht Antigone?

**Judith Butler:** Ich kam auf die Figur in einem Seminar über zeitgenössische Hegel-Interpretationen. Und ich hatte das Gefühl, ich müsste mich mit Antigone beschäftigen, nicht zuletzt weil sich die feministische Theorie an ihr abarbeitete. Und ich war auch beschämt, weil ich als Hegelianerin bei mir eine Bildungslücke spürte. Es begann also als eine Art Pflichtübung. Aber dann, als ich das Theaterstück und die Interpretationen wirklich zu lesen begann, war ich fasziniert. Als Erstes erstaunte mich, dass Hegel und die meisten anderen Interpreten Antigone immer als Repräsentantin des Prinzips der Familie, der Verwandtschaft [*kinship*] gelesen hatten. Das schien mir unwarscheinlich zu sein. Schließlich heiratet sie nicht, hat keine Kinder, und sie verkündet, dass sie kein anderes Familienmitglied außer ihrem Bruder Polyneikes bestatten würde. Das scheint mir nicht gerade ein Beleg für Antigone als Personifizierung des Prinzips der Verwandtschaft zu sein.

**Emcke/Saar:** Antigones nicht ganz normale Familiengeschichte wirft ja auch noch einige Fragen hinsichtlich des Prinzps der Verwandtschaft auf...

**Butler:** ... der Inzest spielt in dieser Familie ja eine große Rolle. Wenn man so will, haben Antigone und ihre Verwandten noch keine eigentliche Verwandtschaft erreicht. [...] Es ist eine wirklich ernsthafte Frage, wie man ihr Schicksal verstehen muss. Nun haben Lacan und Levi-Strauss behauptet, dass sie das symbolische Gesetz übertritt. Und dies führt notwendigerweise zum Tod. Aber ich denke, es geht hier nicht um das Symbolische, sondern um sehr spezifische Gesetze, die sie übertritt. Stattdessen sollte man sich fragen, wie die Welt der Gesetze aussehen müsste, in der Antigone am Leben geblieben wäre, hätte leben können, in der das Leben für sie lebenswert gewesen wäre.

**Emcke/Saar:** Also ist Antigone weder eine Versagerin noch eine Heldin? Was wird genau an ihr deutlich? Wie die Kriterien für soziales Leben aussehen müssten, damit Antigone nicht ausgeschlossen worden wäre, damit sie nicht hätte sterben müssen?

**Butler:** Ja. Hegel und Lacan glauben, dass Antigone an der Schwelle von dem steht, was überhaupt als erkennbar und verstehbar gilt. Ich setze mich davon ab, indem ich mich frage: Welche spezifischen Formen von Intelligibilität beschränken und verurteilen Anti-

gone? Was mich noch mehr umtreibt, ist die Frage, wie die Figur der Antigone, wie die Geschichte ihres Scheiterns im heutigen Diskurs immer noch verwendet wird, um eine bestimmte Form der Intelligibilität zu etablieren und zu stabilisieren. [...]

**Emcke/Saar:** Ihr bald auf Deutsch erscheinendes Buch *The Psychic Life of Power* vereinigt Diskussionen verschiedener Theorien.[2] Was ist das Leitmotiv für die Essays? Ist es die schon oben erwähnte und auch im Titel anklingende doppelte Bedeutung von Subjektivierung als einerseits Unterwerfung, andererseits Subjektwerdung?

**Butler:** Die Texte in dieser Sammlung sind Antworten auf die alte Frage, warum es so schwer ist, sich aus früheren Unterwerfungen zu lösen. Manchmal hat man Angst, diese Frage auch nur zu stellen, weil sie in der Logik zu stehen scheint, die das Opfer für seine Leiden und sein Schicksal verantwortlich machen will. Oder anders gefragt: Wieso sind es genau die Begriffe, die uns beleidigen, verletzen, kontrollieren, regulieren, ohne die wir nicht zu leben wissen, die wir brauchen, um eine öffentliche oder soziale Position einzunehmen? Die Psychoanalyse wirft die Frage auf, wieso wir uns ausgerechnet an die Begriffe binden, die uns abwerten und herabsetzen. Die übliche Antwort ist, dass wir nicht ohne sie sein können, sie ermöglichen uns, am Leben zu bleiben. Das ist paradox.

**Emcke/Saar:** Ist das ihr Verständnis von dem, was bei Wendy Brown »wounded attachment« heißt?[3]

**Butler:** Ja, vermutlich. Ich will ja nicht sagen, dass es immer genau die Sprache ist, von der wir am meisten abhängig sind, die uns am meisten demütigt, aber das kommt oft vor. Foucault warnt uns: Die Identitätskategorien sind außer Kontrolle, sie regulieren und kontrollieren uns. Manchmal übernehmen wir aber auch absichtlich eine Kategorialisierung oder bewegen uns im Rahmen etablierter Kategorien, weil wir sie uns auch aneignen und durch sie öffentlichen Einfluss ausüben können. So könnte ich zum Beispiel sagen: »Ich als Frau glaube Folgendes«. Das wäre nicht leicht für mich, aber auch nicht unmöglich, so zu reden. Wenn ich so rede, setze ich mich einer gewissen Verletzlichkeit aus – und ich verstehe es als eine wichtige politische Geste, um eine gewisse Anerkennung sicherzustellen; man operiert also immer mit einer bestimmten Ambivalenz. Stuart Hall hat das am Beispiel der Bezeichnung »schwarz« gezeigt, andere mit »queer«, im Rap in den USA werden rassistische Bezeichnungen so umfunktioniert: Man besetzt einen verletzenden Begriff, genau um die Verletzung auszustellen und den Begriff eine andere Bedeutung annehmen zu lassen.

Was die Frage nach dem »wounded attachment« angeht, will ich nur noch kurz sagen, dass Foucault eine Sache theoretisch nicht denken konnte: die Begierde, in seinem Sein zu bestehen in Spinozas Sinne, und die Tatsache, dass die Begierde zu sein nur durch Anerkennung erfüllt werden kann, ganz hegelianisch verstanden. Wenn ich mich hier also von Wendy Brown unterscheide, dann darin, dass ich die Frage nach Verletzung und Identität wahrscheinlich mithilfe der spinozistischen und hegelianischen Vorläufer der Psychoanalyse und natürlich auch mit Freud stellen würde. Die Begierde zu sein, erkannt, gesehen, anerkannt zu werden, halte ich für fundamental, und manchmal nehmen wir in Kauf, aufgrund von Begriffen erkannt, wahrgenommen, platziert, aufgenommen und anerkannt zu werden, die uns einer enormen Ambivalenz aussetzen, aber wir tun es dennoch, weil wir nur so sein, das heißt anerkannt werden können.[4]

Manchmal sind die verfügbaren Anerkennungsbegriffe hochambivalent, und eine soziale Existenz wird nur um einen hohen Preis versprochen, und eine Art Opfer wird gefordert. Ich würde sogar sagen, ein bestimmter Entfremdungseffekt ist der Preis dafür, einen solchen Ort überhaupt einnehmen zu können. Nur so können wir im Raum des Lesbaren, Intelligiblen, Anerkennbaren handeln.

**Emcke/Saar:** Wie lässt sich mit dieser ungewöhnlichen Bezugnahme auf Spinoza das Verhältnis von Begierde und Anerkennung anders verstehen?

**Butler:** Spinozas Formulierung einer Begierde, nicht nur zu sein, sondern in seinem Sein zu bestehen, ist nicht nur theoretisch folgenreich gewesen, sondern war auch für mich der Ausgangspunkt für zwei Reformulierungen, eine psychoanalytische und eine machttheoretische. In seinem eigenen Sein bestehen zu wollen, heißt für Spinoza, nicht dasselbe zu bleiben, sondern bedeutet eine Veränderung und Erweiterung des Vorgefundenen. Die Begierde zu bestehen

kann nicht auf eine rein bewahrende oder erhaltende Funktion der Begierde reduziert werden; sie wäre sonst nichts anderes als das, was bei Freud später Selbsterhaltungstrieb heißt. Aber weil sich die Begierde selbst wandelt, um zu bestehen, stellt sie Bestehen oder Persistenz über Identität. Damit stellt sich die Aufgabe, wie man die Bedingungen, unter denen »Überleben« möglich ist, auffinden und unterscheiden kann.

In der Tat kann uns unser hartnäckiges Festhalten am Leben dazu bringen, Existenzbedingungen zu akzeptieren, die unser Leben negieren und entwerten; und man kann sich darüber täuschen, welcher Weg zu einem mehr oder weniger besseren »Leben« führt. Das sieht wie ein enormes Entscheidungsproblem für das Subjekt aus, aber andererseits können die sozialen Kategorien, die Leben und Anerkennung versprechen und garantieren, selbst problematisch und wenig lebensfördernd sein. Aber ich denke, es ist wichtig und erhellend zu fragen: Unter welchen Bedingungen wird Identität lesbar und erkennbar, und wie binden uns diese Bedingungen – im Namen des Lebens – an Selbstidentifizierungen, die uns begrenzen und verletzen können? Die Begierde, in seinem Sein zu bestehen, setzt uns auch der sozialen Verletzung aus. Die Begierde nach Anerkennung muss durch eine kritische Analyse der Bedingungen der Anerkennung ergänzt werden.

**Emcke/Saar:** Das klingt wirklich sehr nach Hegel ...

**Butler:** Ja, das ist ein ganz hegelianischer Gedanke, und er macht auch klar, wieso es nicht reicht, zum Psychoanalytiker zu gehen, wenn man sich aus früheren Verletzungen befreien will. Wir müssen auch fragen: Welche Kategorien sind denn überhaupt verfügbar, um existieren zu können und (an)erkennbar zu sein? [...]

Wenn man sich die Frage schwul-lesbischer Ehen als Beispiel für das Einfordern von Anerkennung anschaut, habe ich einige kritische Fragen. Selbst wenn man Anerkennung erreicht, wie wird man dann konstituiert und was im Leben der Gemeinschaft wird gleichzeitig von der neuen Norm dekonstituiert? Plötzlich sind stark konservative Vorstellungen von sexueller Praxis, monogamer Beziehung und Familienstrukturen im Spiel und diskreditieren andere Lebensweisen, die für unsere gesamte soziale Bewegung bisher absolut entscheidend waren.

**Emcke/Saar:** Woher kommt die »Begierde zu sein«? Ist es lebensphilosophisch oder anthropologisch begründet, eine *condition humaine*?

**Butler:** Ich würde die »Begierde, in seinem Sein zu bestehen«, wie es in Spinozas Ethik entworfen wird, als eine Art Ausgangspunkt oder Voraussetzung verstehen. Ich denke, man weiß erst, was es ist, wenn es sich realisiert, und das geht nur durch Anerkennung. Das Komplizierte ist, dass man nicht außerhalb von Kategorien der Anerkennung sein kann, auch wenn es sein kann, dass man nicht innerhalb sein kann. An diesem Punkt scheint es mir wichtig, darauf hinzuarbeiten, dass man sich den bestehenden Anerkennungskategorien nicht einfach anpasst, um Zugang zur Anerkennung zu erreichen, sondern eine kritische Perspektive auf sie gewinnt. Was macht die verfügbaren Anerkennungskategorien aus, wie könnte man sie ändern? Man muss immer in einem gewissen Sinn »draußen« bleiben, um eine kritische Perspektive einnehmen zu können.

**Emcke/Saar:** Das bedeutet, dass es in den Kämpfen um Anerkennung nicht nur um die Anerkennung als etwas Bestimmtes, eine Identität, z.B. eine Minderheit mit bestimmten Eigenschaften und Rechten geht, sondern auch um ein neues Aushandeln der Kriterien von Anerkennung, um die Normen selbst?

**Butler:** Es könnte um eine Umgestaltung der vermeintlichen Norm oder um ein Umgestalten des gesamten Feldes der Normen gehen, die bestimmen, was einen Menschen (an)erkennbar macht und was nicht. Ich glaube, darum ging es mir bei dem Antigone-Projekt: herauszufinden, was das Menschliche in einigen Fällen lesbar und (an)erkennbar macht und was nicht. Anders gefragt: Wie stellt sich durch die Macht der Anerkennung eine ontologische Verteilung, eine ontologische Ordnung her? Was ist der »ontologische Effekt« der Anerkennung?

**Emcke/Saar:** Ist der Kampf um Anerkennung prinzipiell unendlich?

**Butler:** Eine Erfüllung von Anerkennung wäre der Tod. Manche machen sich Sorgen, wenn sie hören, Anerkennung sei nie ganz realisierbar, als ob man dann nicht dafür kämpfen müsste. Aber ich denke, dem Kampf selber kommt ein Wert zu. Wir sind in der paradoxen Lage, Anerkennung zu benötigen, aber wir sind auch darauf angewiesen, dass wir an der Umgestaltung der Anerkennungsbegriffe mitwirken kön-

nen. Es gibt hier eine Produktivität des Begehrens, das nie mit einer bestimmten Anerkennung zu erfüllen ist. Keine Anerkennung kann das Begehren ganz erfüllen, das ist ein guter hegelianischer Punkt und gar nichts Postmodernes..., aber auf der anderen Seite gibt es auch keine Möglichkeit, das vollständige Begehren nicht zu begehren... (lacht). [...]

**Emcke/Saar:** Um die Frage politischer Ansprüche geht es in *Contingency, Hegemony, Universality: Contemporary Dialogues on the Left*, einem faszinierenden Austausch zwischen Ernesto Laclau, Slavoj Zizek und Ihnen.[5] Was ist ein politischer Universalitätsanspruch? In welchem Sinn nehmen politische Forderungen eine allgemeine Form an?

**Butler:** Ich formuliere in diesem Buch das Konzept der »kulturellen Übersetzung« zwischen verschiedenen Ansprüchen an Universalität. [...] Ich denke auch dass es konkurrierende Logiken von Universalität geben kann, aber dann bleibt die Frage, wie man Pluralität denken kann. Ich denke, es gibt keine Universalität ohne ein Denken der Pluralität. Es gibt zwei Möglichkeiten, über die Universalität von Ansprüchen nachzudenken. Es gibt einmal Forderungen oder Ansprüche, die Personen oder Gruppen darauf erheben dazuzugehören, Teil des Allgemeinen zu sein, Rechte zu haben und von Rechten geschützt zu werden, die als allgemeine Rechte oder Rechte für alle Menschen verstanden werden. Es geht also darum, ein Recht oder die Möglichkeit auf öffentliche Partizipation, auf Inklusion, auf Einschluss in die Norm einzufordern.

Aber was tun wir, wenn die sogenannten universellen Rechte oft nicht universell gelten oder so formuliert sind, dass sie für bestimmte Menschen innerhalb ihrer politischen Sprache nicht lesbar sind? Viele Philosophen finden das nicht problematisch; in ihren Augen beziehen sich die universellen Rechte qua Menschlichkeit auch auf Individuen, die die Sprache der Universalität oder die universellen Rechte ablehnen. Ich halte das für epistemologischen Imperialismus. Man tut so, als ob diejenigen, die eine andere politische Sprache haben und anders über politische Rechte denken, irgendwie weniger entwickelt wären oder dringend der Aufklärung durch den wahrhaft universalistischen Standpunkt bedürften. Man stellt sich gar nicht erst die Frage, ob und wie man die repräsentiert, die nicht repräsentiert werden wollen, dabei beschäftigt diese Frage die Ethnologen und Anthropologen schon seit Jahrzehnten.

Ich will nicht sagen, man könne nicht universalisieren! Und ich sage auch nicht, man müsse sich immer auf lokale Ansprüche beschränken. Ich möchte den Anspruch auf Universalität erheben können, das ist politisch extrem wichtig. Meine Beschäftigung mit internationalen Fragen allgemeiner sexueller Menschenrechte hat mir sehr deutlich gemacht, dass man diesen Anspruch erheben muss.[6]

**Emcke/Saar:** Aber geht es dann um mehr als einen strategischen Universalismus?

**Butler:** Ich weiß nicht, ob er nur strategisch ist. Wenn die feministische Aktivistin Charlotte Bunch über »weibliche Menschenrechte« – eine seltsame Formulierung! – redet, will sie eine universelle Anerkennung der Menschenrechte von Frauen einfordern. Sie will aber auch behaupten, dass wir nicht immer im Voraus wissen können, welche Form diese Forderung annehmen wird und welche Bedeutung sie in einem bestimmten Kontext haben wird. Und vielleicht wird sogar der Rechtsdiskurs nicht die zentrale Form sein, in der sich dieser Anspruch artikulieren wird, und wird zu Gunsten einer anderen Sprache der Partizipation, der Repräsentation, der Umverteilung etc. suspendiert.

Für mich stellt sich die Frage so: Wenn Universalität ohne Selbstwiderspruch wirksam sein soll, kann sie nicht willkürlich auf eine bestimmte kulturelle Sphäre oder eine bestimmte Sprache eingeschränkt werden; sie muss einen Prozess kultureller Übersetzung durchlaufen, um sich selbst als substanzielle Universalität zu realisieren [...].

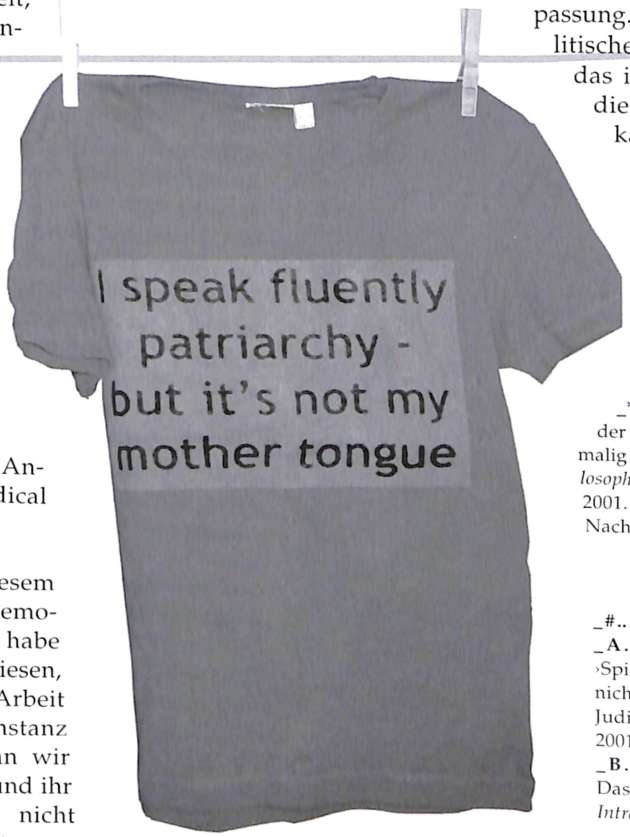
**Emcke/Saar:** Der Kampf um Universalität ist also ein offener Prozess? Was halten Sie von prozeduralistischen Formulierungen dieses politischen Projekts? Kann es institutionalisiert werden?

**Butler:** Das schließe ich nicht aus. Aber auch das Einrichten von Prozeduren, die Universalität umsetzen sollen, ist nicht immun gegenüber genau diesen Prozessen kultureller Übersetzung. Auf eine gewisse Weise ist das eine rhetorische Frage: Wo und wie, durch welches Medium, vor welchem Publikum und mit welchen Folgen erheben Menschen ihre Ansprüche? Das ist die grundlegende Frage der Rhetorik,

und wenn die Philosophie auf die kulturelle Dimension und überhaupt auf ihre eigenen Ansprüche auf Universalität antworten will, muss sie sich der verschiedenen und sehr spezifischen rhetorischen Formen bewusst werden, in denen politische An- und Einsprüche formuliert werden.

Universalität ist für mich nicht nur ein strategisches Werkzeug. Ich glaube, wenn man Universalität als nicht-imperialistischen Anspruch ernst nimmt und sie nicht paternalistisch oder unter Berufung auf »Vernunft« Orten und Sprachen aufzwingt, die sich ihr widersetzen, muss man diese Kategorie einigen kulturellen Herausforderungen aussetzen. Das ist die einzige Möglichkeit, Universalität konkreter und inklusiver zu reartikulieren.

Das wird manche nervös machen, sie scheuen das Aufeinandertreffen, den Kampf, das Risiko; sie gehen davon aus, dass man Universalität in der Vernunft oder in einer bestimmten Form von angeblich universaler Vernunft begründen kann, unabhängig davon, ob sie als solche anerkannt ist.




**Emcke/Saar:** Wäre das der Anspruch von dem, was Sie »radical democracy« nennen?

**Butler:** Ja, ich fühle mich diesem Projekt namens »radical democracy« verbunden. [...] Ich habe schon sehr früh darauf hingewiesen, dass das Subjekt in meiner Arbeit eine politisch privilegierte Instanz ist. In anderen Worten: Wenn wir zum Beispiel über Menschen und ihr angeblich nicht-normatives, nicht normenkonformes Geschlecht sprechen, stellt sich die Frage, ob ihre Menschlichkeit anerkannt wird. Wenn wir über Bevölkerungen sprechen, sehen wir, dass ein Teil der Bevölkerung als Bürgerinnen und Bürger anerkannt sind und ein anderer Teil einen mehrdeutigen Status zwischen Legalität und Illegalität innehat. Innerhalb einer Bevölkerung haben einige den Bürgerschaftsstatus, andere haben ihn nicht ganz, und es gibt immer die Lebewesen, die genau an der Grenze dessen leben, was (an)erkennbar ist. [...]

Ich denke, dass sich politische Gemeinschaften in dem Maße produzieren und reproduzieren, wie sie durch Grenzziehungen das nicht-ganz-Lesbare, nicht-ganz-Lebbare als Teil ihrer eigenen Gemeinschaft produzieren, als verleugneten, aber konstitutiven Teil der Gemeinschaft. Und da setzt der richtige Kampf um demokratische Selbstdefinition ein.

**Emcke/Saar:** Weil auf demokratischem Weg für den Einschluss der Ausgeschlossenen gekämpft werden kann?

**Butler:** Diese Lebewesen sind gewissermaßen bei uns, mit uns, ohne ganz anerkannt zu sein, ohne am öffentlichen Leben teilzunehmen, nicht außerhalb der Gesellschaft, aber auch nicht unsichtbar. Für mich ergibt sich daraus das Ziel einer radikaler verstandenen Inklusion, einem inklusiveren Verständnis dessen, was als menschliches Leben zählt und anerkannt wird, und das Ziel, Subjekten, die sich bisher gewissermaßen am Rand des Intelligiblen und Anerkennungswürdigen befanden, einen größeren Zugang zur Anerkennbarkeit zu ermöglichen. Das macht manchmal radikale Interventionen in die Norm, die Anerkennbarkeit reguliert, nötig, und nicht nur Anpassung. Das scheint mir ein politisches Projekt zu sein, und das ist wohl die Norm, auf die ich mich für eine radikaler inklusive Gemeinschaft berufe.

[...]

_*.. Das Interview erschien in der längeren Originalfassung erstmalig in: *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*, Jg. 49, Heft 4, September 2001. Wir danken herzlich für die Nachdruckerlaubnis.

_#.. **Vorspann:**
_A.. Andrea Roedig: »Über ein ›Spiel der Geschlechter‹ ist mir nichts bekannt. ...« Interview mit Judith Butler, in: *Freitag* Nr. 36, 2001.
_B.. Sven Opitz: »Judith Butler. Das Subjekt und die Macht.« In: *Intro* Nr. 89, November 2001.

_#.. **Interview:**
_1.. Judith Butler: »Antigones Verlangen: Verwandtschaft zwischen Leben und Tod«, Frankfurt / M. 2001.
_2.. Judith Butler: »The Psychic Life of Power: Theories of Subjection.«, Stanford 1997; dt.: »Psyche der Macht: Das Subjekt der Unterwerfung.«, Frankfurt / M. 2001.
_3.. Vgl.: Wendy Brown: »States of Injury: Freedom and Power in Late Modernity.«, Princeton 1995.
_4.. Zum *conatus in suo esse perseverare* und zur spezifisch menschlichen *cupiditas* vgl.: Baruch de Spinoza: »Die Ethik.« (1677), III / 6, 7, IV / 18, dt. / lat., Stuttgart 1977, 273 ff. und 475 ff.
_5.. Judith Butler / Ernesto Laclau / Slavoj Zizek: »Contingency, Hegemony, Universality: Contemporary Dialogues on the Left.«, London 2000.
_6.. Vgl. zur deutschen Diskussion: Nico J. Berger / Sabine Hark / Antke Engel / Corinna Genschel / Eva Schäfer (Hg.): »Queering Demokratie: Sexuelle Politiken.«, Berlin 2000.

# »Die Blinden von Ankara«

## Globalisierung und die Türkei nach dem 11. September

Die Anzeichen und Gerüchte darüber, dass der von den USA und den Verbündeten begonnene »Kreuzzug« nicht auf Afghanistan begrenzt bleibt und deshalb an Umfang und Gewalt zunehmen wird, vermehren sich von Tag zu Tag. Wie es aussieht, werden der Türkei im Rahmen dieses »Feldzuges« wichtige »Aufgaben« zufallen. Ankara befindet sich zur Zeit nicht in einer reinen Warteposition. Im Gegenteil, es ist bereit zum Einsatz. In der Geschichte gibt es dafür zahlreiche Beispiele.

Was erwartet man von der Türkei »im Kampf gegen den Terror«? Es gibt Anzeichen, dass in der derzeit vorherrschenden türkischen Politik darüber nachgedacht wird, den Amerikanern mehr zur Verfügung zu stellen, als das auf dem türkischen Territorium vorhandene logistische Potenzial. Folgendes erweckt Aufmerksamkeit: An den Luft- und Bodenangriffen gegen Afghanistan waren türkische Einheiten nicht beteiligt. Während anfangs die anderen Verbündeten wie beispielsweise Deutschland wegen der Entsendung von Kampfeinheiten miteinander wetteiferten, entschied sich die Türkei, lediglich 90 ausgewählte Soldaten zur Ausbildung von Einheiten der »Nordallianz« zu schicken. Dieses widerspricht auf den ersten Blick der von der Türkei verfolgten Politik der aktiven Rolle im Zusammenhang mit dem Eingreifen des Westens in den angrenzenden Krisengebieten, wie z. B. ihre Beteiligung an den Operationen der »Friedensstreitkräfte« auf dem Balkan. Nachdem sich jedoch die Einzelheiten der »Aufgabe Afghanistan« herausstellen, die man der Türkei für die Zeit nach dem Talibanregime zugesprochen hat, ist festzustellen, dass es hier keinen Widerspruch gibt. Nach der »Befreiung« Afghanistans sollen die Friedenstruppen aus Einheiten eines oder mehrerer muslimischer Staaten bestehen, um auf diese Weise Deutungen vorzubeugen, es handele sich bei der Anwesenheit ausländischen Militärs um eine »Okkupation«. Einer dieser Staaten wird mit hoher Wahrscheinlichkeit die Türkei sein. Vor allem sind die engen Beziehungen und die modernistischen Annäherungen von Amanullah Han in den 30er Jahren unter der afghanischen Regierung zur Zeit des Kemalismus unvergessen. Man kann behaupten, dass Washingtons Druck die Herstellung dieser geschichtlichen Parallelen verhindert. Ein weiteres Land, das »Friedensstreitkräfte« nach Afghanistan entsendet könnte möglicherweise Jordanien sein.

Tatsächlich könnte es dem militärischen Eingriff, der darauf abzielt, eine der Kriegsparteien an die Macht zu bringen, die Afghanistan seit Jahrzehnten in ein Blutbad verwandelten, gelingen, eine »vorübergehende Stabilität« herzustellen. Dennoch bestätigt die jüngste Vergangenheit Afghanistans die pessimistische Meinung, dass eine solche Stabilität nach einiger Zeit zu einem noch tiefgreifenderen Bürgerkrieg ausartet. Denn einer sowohl muslimischen als auch türkischen »Friedensstreitmacht«, die in einem sich erneut zuspitzenden Bürgerkrieg in Afghanistan mit der Herstellung der Ordnung beauftragt ist, bliebe nichts anderes übrig als die Drecksarbeit für den Westen zu übernehmen. Das ist die Aufgabe, die der Türkei im Zusammenhang mit dem großen Feldzug in Afghanistan zugeteilt wird. Des weiteren stellt sich heraus, dass Washington bezüglich dieses Feldzuges noch andere Pläne schmiedet und hierbei der Türkei bestimmte Aufgaben zufallen werden. Während auf der einen Seite Afghanistan bombardiert wird, propagiert man andererseits vehement den Kampf weiterzuführen, um »den Terror auszurotten« um sich ohne größeren Zeitverlust Irak und Somalia zuwenden zu können. Es gibt Hinweise, dass die USA, die bei früheren Eingriffen gegen diese Länder die »Türkeikarte« ins Spiel brachten, diesmal mit detaillierterer Planung vorgehen. Nach Vorschlägen des früheren FBI-Direktors James Woolsey und des Eigentümers der Wirtschaftszeitschrift *Forbes*, Steven Forbes, wird sich die USA diesmal ziemlich großzügig verhalten. Mit einer militärischen Intervention unter direkter Beteiligung der Türkei möchte man der Herrschaft Saddam Husseins ein Ende setzen. Für die Zeit danach wird über eine Abtretung des sich im Nordirak befindenden erdölreichen Gebietes Mosul als »Belohnung« für das türkische Entgegenkommen spekuliert.

Dieses Muster wiederholt sich in letzter Zeit oft. Der Vorschlag, der manchen »Abenteurerkreisen« in der Türkei den Appetit vergrößert hat, kam zum gleichen Zeitpunkt wie die Erklärung, man könne von dieser Politik abweichen. Denn hochrangige türkische Politiker, an der Spitze der Ministerpräsident, hatten sich gegen einen militärischen Eingriff gegen den Irak ausgesprochen. Letzte Pressemeldungen betonen ebenfalls eine Kehrtwendung: »Wenn es Hinweise gibt, dass der Irak den Terror unterstützt, wird die Türkei dem Eingriff nicht widersprechen, sondern sich sogar beteiligen.« Dabei wird die türkische Öffentlichkeit, die absolut gegen einen Krieg mit dem Irak ist, mit einer neuen Frage konfrontiert: Die USA werden in jedem Fall im Irak eingreifen und Saddam stürzen. Wenn die Türkei dieses Vorgehen von Anfang an unterstützt, kann sie nach dem Ende der Ära Saddam belohnt werden. Also, warum nicht? Es sind nicht wenige, die die türkische Öffentlichkeit auf dieses Klima vorbereiten.

Ähnliche Vorschläge standen auch während des »Irak-Feldzuges« unter Bush I auf der Tagesordnung. Während überwiegend US-amerikanische Streitkräfte im Norden die Befreiungsoperation für Kuwait durchführten, wurde ein Angriff der Türkei von Norden her und die Besetzung Nordiraks vom damaligen Ministerpräsidenten Turgut Özal mit den Worten »ich setze eins und nehme drei« offen angesprochen. Da allerdings die türkische Armee gerade zu dieser Zeit mit dem »Kurdenproblem« in großen Kalamitäten war und keine Lust auf neue Abenteuer im »Morast des mittleren Ostens« hatte, wurde Özal gebremst. Zuletzt kritisierte der Chef des Generalstabs diese Pläne und trat zurück. Damit musste Özal sein Vorhaben aufgeben. In dem Maße, in dem das »Kurdenproblem« langsam von der türkischen Tagesordnung verschwindet, werden Widersprüche gegen solche Pläne immer seltener geäußert. Schließlich ist die in Aussicht gestellte Belohnung, nämlich Mosul, ein »türkisches« Gebiet. Bis in jüngere Zeit bestanden die Einwohner mehrheit-



# Interview mit Pinar Selek

## 18. Oktober 2001 * Istanbul

von Frauen Flucht Netz, Tübingen/Stuttgart

***Aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen im Antiterrorkampf darf nun auch die Türkei Elitesoldaten nach Afghanistan zur Ausbildung dortiger Militärs schicken. Im Windschatten ihrere Beteiligung am internationalen Feldzug gegen den Terrorismus geht die türkische Regierung erneut massiv gegen die versprengten demokratischen Kräfte im Land vor. Erst letzte Woche wurden wieder zahlreiche linke Zeitungen- und Kulturprojekte durchsucht, Material beschlagnahmt und MitarbeiterInnen festgenommen. Während einer Delegationsfahrt im Oktober nach Istanbul hatten wir die Gelegenheit die repressive Atmosphäre mitzuerleben und mit Pinar Selek, Soziologin und***

lich aus Türken und Kurden. Aufgrund der »protürkischen« Einstellung der dortigen Türken und der Türkeiphobie des Iraks wurde Mosul stets als ein Problem betrachtet. Nicht zuletzt aus diesem Grunde war die Bevölkerung dieser Region das letzte halbe Jahrhundert dem besonderen Druck des irakischen Regimes ausgesetzt. Für manche gehört Mosul eben geschichtlich und juristisch zur Türkei. Dieses Gebiet befand sich innerhalb der Grenzen des von den kemalistischen Revolutionären nach der Niederlage des 1. Weltkrieges proklamierten neuen Staates. Aufgrund der intensiven Intrigen des englischen Imperialismus blieb Mosul außerhalb der türkischen Grenzen. Diejenigen, die den 11. September und den Afghanistankrieg als eine Gelegenheit zur Wiedervorlage einer historischen Rechnung betrachten, stützen sich auf diese Gründe.

Diese Szenarien werden von Befürchtungen begleitet, dass ein oder mehrere kurdische Staaten – die sich im Nordirak zunehmend proamerikanisch entwickeln – durch einen solchen Angriff »offiziellen« Charakter gewinnen könnten. Bekanntermaßen würde die Türkei kaum akzeptieren, Nachbar eines oder mehrerer kurdischer Staaten zu sein und in einem solchen Fall vermutlich auch eine Auseinandersetzung mit ihrem wichtigsten Verbündeten, den USA, in Kauf nehmen. Vor einiger Zeit tauchte der Vorsitzender der in der Türkei legalen kurdischen Partei HADEP, Murat Bozlak, mit einem interessanten Vorschlag auf: Er sprach sich gegen ein Eingreifen gegen den Irak aus und erklärte, dass man über eine Vereinigung nachdenken könne, wenn die Bevölkerung im Nordirak dieses wünsche.

Wie man es auch betrachtet, Tatsache ist, dass seit dem 11. September in der Türkei weitgehend eine »klammheimliche Freude« über den Anschlag auf das World Trade Center herrscht. Selbst die Regierenden brachten dies, wenn auch nur indirekt, zum Ausdruck: Nach ihrer Meinung wurde die Türkei in ihrem Kampf gegen den (kurdischen) Terror vom Westen bisher eher behindert als unterstützt. Diejenigen, die die Türkei »spalten« wollten, hätten von westlichen Verbündeten Unterstützung und Verständnis erhalten und seien schließlich sogar als Partner akzeptiert worden. Dass die Türkei im Kampf mit dem Terror sich nicht mit der Polizei begnügte und das Militär einsetzte, sei vom Westen oft kritisiert worden. Der 11. September bewirke demgegenüber, dass die westlichen Verbündeten nun endlich verstünden, was die Türkei schon seit langem durchzumachen hatte. Die Maßnahmen zur Erhöhung der inneren und äußeren Sicherheit, die für den »zivilisierten und demokratischen Westen« im Kampf gegen den Terrorismus nun auf die Tagesordnung kommen, führten die Ungerechtigkeit der Kritik gegenüber der Türkei aller Welt jetzt vor Augen. Was im Westen passiert, bewerteten die Regierenden in der Türkei in diesem Sinne als »Selbstkritik« des Westens bezüglich seiner Türkeipolitik.

Gleichzeitig erlebt die Türkei momentan die größte Finanzkrise ihrer Geschichte. Sie weiß aber, dass in der veränderten weltpolitischen Situation nach den Anschlägen in New York auch die Chance liegt, von IWF, Weltbank und den westlichen Verbündeten neue finanzielle Unterstützung verlangen zu können. Dass sie in der »Anti-Terror-Allianz« eines der aktivsten Mitglieder ist, dürfte auch hierin einen Grund haben.

Nach dem Attentat vom 11. September forderte ein eifriger Zuständiger bei einem Fußballspiel in Istanbul mehr als 40000 Zuschauer zu einer Gedenkminute für



***Mitbegründerin einer Frauen-Friedensinitiative zu sprechen. Selek, die aufgrund ihrer soziologischen Arbeiten über den Krieg in den kurdischen Gebieten zwei Jahre in Haft saß, organisierte nach ihrer Freilassung letzten Jahres drei Begegnung zwischen kurdischen, türkischen und armenischen Frauen. Nicht nur diese einmalige Friedensinitiative, der sich von Mal zu Mal mehr Frauen anschlossen, brachte sie erneut ins Fadenkreuz der Sicherheitskräfte. Auch die von ihr mitinitiierte Frauenstudien-, Ausbildungs- und Kulturkooperative »ANAHIT«, die später in eine Frauenakademie überführt werden soll, ist ständig von der Schließung bedroht.***

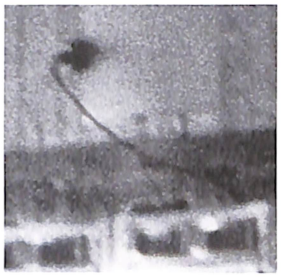
***?-:** Die türkische Regierung legitimiert seit Jahren ihr Vorgehen gegen die demokratisch-fortschrittlichen Kräfte als Kampf gegen den Terrorismus. Hat der internationale Krieg der USA und der NATO gegen Afghanistan, der ja auch als Feldzug gegen den Terrorismus definiert ist, Auswirkungen auf die Situation hier in der Türkei?*

**!-:** Für die Situation in der Türkei bedeutet die aktuelle internationale Entwicklung mehr Menschenrechtsverletzungen, mehr Repression und mehr Krieg. Der von den USA begonnene und ziemlich undurchsichtig als »Antiterrorkampf« definierte internationale Krieg fällt in eine Zeit, in der in der Türkei sich der Kampf für Frieden recht weit entwickelt hat. Mit der Fortentwicklung des Friedenskampfes fühlten sich die kriegsbefürwortenden Kräfte in der Türkei, insbesondere diejenigen innerhalb des Staates, zunehmend gestört. Die so genannte internationale Antiterrorkampagne macht es für den türkischen Staat nun um einiges leichter, seine vorherige Politik wieder aufzugreifen.

***?-:** Der Krieg gegen Afghanistan wird im Westen als »Kreuzzug der Zivilisation gegen die Barbarei=Islam« ver-*

die Opfer von New York und Washington auf. Die Reaktion der Masse war ein weiterer Ausdruck der »klammheimlichen Freude«. Viele interpretierten diese Aufforderung anders als gemeint und tobten sich im Stadion mit dem Ausruf »zum Teufel mit Amerika« aus.

Als die Möglichkeit der Entsendung türkischer Soldaten nach Afghanistan auf die Tagesordnung kam, ergaben Umfragen, dass die Mehrheit der Bevölkerung dagegen ist. So sagte etwa eine alte Frau gegenüber einem Fernsehsender: »Ich würde nicht mal meinen Hund hinschicken. Amerikaner sind sich zu gut dafür. Unsere Kinder sollten nicht für deren Ziele sterben.« Und damit sprach sie wohl für die Mehrheit der Bevölkerung. Die von einer Gruppe von Wissenschaftlern der Ege Universität in Izmir gestartete Umfrage, darüber, worin die Rolle der Türkei in Afghanistan oder bei möglichen militärischen Aktionen gegen andere Länder bestehen solle, ergab, dass sich 38 % entschieden gegen eine Beteiligung der Türkei aussprachen. Für die Entsendung türkischer Soldaten votierten nur 1 %. Insgesamt sprachen sich fast 90 % der Bevölkerung gegen ein militärisches Engagement der Türkei an der Seite der USA aus.



### Nun, was bedeutet das alles?

Erstens: Der Widerstand der Bevölkerung gegen den Krieg resultiert nicht nur aus der Stärke des politischen Islam. Die islamische Bewegung hat in letzter Zeit innere Spaltungen durchlebt und wurde durch Interventionen des türkischen Militärs entscheidend geschwächt. Diese Interventionen werden von einigen Kreisen auch als »postmodern« bezeichnet. Der politische Islam hat auch ideologisch seinen alten Einflussbereich weitgehend verloren.

Zweitens: Der Widerstand der Bevölkerung gegen den Krieg hat seinen Grund auch nicht in der Haltung der türkischen Linken. Die türkische Linke hat zwar, ohne zu zögern, offen abgelehnt, »eine Wahl zwischen den Armeen eines Kreuzzuges und des Djihads zu treffen« und ihr »Nein« zum Krieg ausgesprochen. Trotzdem hat sie, wie auch andere Linke in der Welt, Schwierigkeiten, aus dem Kessel der Einflusslosigkeit herauszukommen und sich als eine unabhängige politische Kraft zu formieren. Nicht zuletzt die Spaltungen der Linken in der letzten Zeit sind ein Grund für ihre Wirkungslosigkeit in der Öffentlichkeit. Deshalb kann von einer »Führerschaft« der Linken im Widerstand der Bevölkerung gegen den Krieg kaum gesprochen werden. Hinzu kommt, dass die kurdische Bewegung, die früher mit den türkischen Linken kooperierte, sich von ihnen weitgehend abgesetzt hat. Die eigentlichen Protagonisten der von den türkischen Linken in den letzten 40 Jahren auf die Tagesordnung gebrachten »kurdischen Leiden« sind auf der Suche nach anderen Wegen: Die neue Generation kurdischer Politiker sucht die Lösungen nicht mehr in linker Politik und in einer unabhängigen gemeinsamen Aktion, sondern in den vom Westen hervorgebrachten Szenarien und kann mittlerweile sogar mit dessen »Wohlwollen« rechnen.

Drittens: Die Ablehnung des Krieges ist auch als Produkt des sozial-psychologischen Zustandes der türkischen Bevölkerung zu sehen. Die Tatsache, dass der Angriff der militärisch mächtigsten Armeen der Welt einem militärisch schwachen Ziel gilt, oder anders ausgedrückt, sich die Reichsten der Welt auf eines



*brämt. Ich könnte mir vorstellen, dass diese Definition hier in der Türkei zu sehr widersprüchlichen Positionen führt.*

**!-:** Am stärksten wird der Krieg von den Kommentatoren in den Zeitungen unterstützt. Es wird so dargestellt, als würde die Öffentlichkeit den Krieg befürworten. Tatsächlich gibt es aber eigentlich keine Unterstützung der Bevölkerung für den Krieg. Erstens, weil es eine islamische Gesellschaft ist, aber das ist nicht der eigentliche Grund. Verschiedene, auch intellektuelle Kreise in der Türkei hinterfragen, was »Zivilisation« eigentlich bedeutet. Ist die Zivilisation wirklich im Westen realisiert worden oder kann sich im Osten eine andere Zivilisation verwirklichen? Ich teile nicht die Meinung, dass es sich bei dem jetzigen Krieg um einen Kreuzug handelt, aber die Islamisten sind dieser Auffassung. Meiner Meinung handelt es sich um eine gewollte Neustrukturierung der bisherigen Weltordnung.

***?-:** Welche Auswirkungen haben der Krieg und die Diskussion darum auf die fortschrittlichen Kräfte in der Türkei?*

**!-:** Ich denke, dass die linke Opposition in der Türkei ihre Rolle bisher nicht ausgefüllt hat. Es hat ein sehr harter, 15 Jahre dauernder Krieg stattgefunden und die Opposition in der Türkei tut so, als ob das gar nicht gewesen wäre. Sie ist völlig unaufmerksam dem eigenen Osten gegenüber, hat keine Informationen über den Osten und über den dortigen Krieg. Die Opposition in der Türkei muss zunächst eine Sensibilität für die Realität des Krieges im eigenen Land entwickeln, diese mit weltweiten Kämpfen für Frieden und Demokratie verbinden und so einen eigenen Kampf führen.

der ärmsten Länder stürzen, steht im Widerspruch zum gesellschaftlichen Gerechtigkeitsgefühl in der Türkei.

### Aber es macht keiner Politik, in dem er das »Volk« fragt

Im politischen Vakuum nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus auf dem Balkan, im Kaukasus, im Mittleren Osten und Mittleren Asien hat sich die Türkei als »Rammbock« des Westens in hegemoniale Auseinandersetzungen begeben. Die die türkische Politik dominierende Rechte bewertet die Situation als neue Gelegenheit. Eine Türkei aber, die wirtschaftlich eine große und anhaltende Katastrophe durchlebt, kann eine türkische Hegemonie, die sie in der Geschichte einmal hatte, in diesen Gebieten nicht wieder erringen. In diesem Zusammenhang haben die Träumer in allen vier Gebieten nacheinander Enttäuschungen hinnehmen müssen. Die letzte Enttäuschung war, dass die Afghanistan Konferenz nicht in Ankara, sondern in Bonn stattfindet.

Die Regierenden der Türkei, die türkische Rechte, versuchen, durch die Anbiederung an den Imperialismus bei der neuen Aufteilung der Welt ihren Teil zu erhalten. Sie versuchen es trotz des inneren Widerstandes der Bevölkerung. Sie denken, in einer Zeit, in der linke Freiheitspolitiken immer mehr in Vergessenheit geraten, die Bevölkerung sofort alles vergesse und zum Unterstützer selbst der reaktionärsten Politik werde. Die reaktionären Kräfte der Türkei glauben, mit der Erbschaft des Osmanischen Reiches im Hintergrund auf der politischen Bühne einen überaus weiten Bewegungsraum zu besitzen.

Dafür gibt es viele Beispiele: Die Bevölkerung stellte sich auch gegen den Koreakrieg. Die USA und Südkorea erhielten für ihren Krieg gegen China und Nordkorea eine durchaus großzügige militärische Unterstützung seitens der Türkei. Eine große Zahl junger türkischer Soldaten starb in einem Tausende von Kilometern entfernten Krieg, der keinen direkten Bezug zur Türkei hatte. Aber mit Hilfe der Medien änderte sich das Klima in der Bevölkerung sehr rasch. Die türkischen Soldaten gingen nach Korea, um die »Freie Welt« vor dem Kommunismus zu schützen. Sie kämpften heldenhaft und starben. Und das Wichtigste, sie kämpften besser als die Anderen. Das türkische Volk ist, wie man weiß, ein Volk von Kriegern. Diese Legende war so mächtig, dass noch heute, ein halbes Jahrhundert später, die Rolle der Türkei im Koreakrieg nicht ernsthaft kritisiert wird. Der einzige Einspruch kam vom »Verein für Frieden«, der von einer Hand voll Sozialisten Anfang der 50er Jahre gegründet wurde. Für ihren Einspruch haben diese Menschen einen sehr hohen Preis gezahlt. Ihre Aktivitäten jedoch blieben ohne Einfluss.

Dasselbe hat sich während des Unabhängigkeitskampfes in Algerien wiederholt. Die algerischen Revolutionäre, die den türkischen Befreiungskampf zum Vorbild hatten, wurden von der türkischen Bevölkerung »innerlich« unterstützt, doch war die Türkei eines der Länder, die zusammen mit Frankreich in der UN-Vollversammlung bei der Abstimmung über die Unabhängigkeit Algeriens mit »Nein« stimmten. Und auch das wurde für die türkische Bevölkerung nicht zu einem Problem.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Es ist richtig, dass die Bevölkerung gegen Kriegsabenteuer ist.



**?-:** *Gibt es denn Bündnisse in der Türkei gegen den internationalen Krieg?*

**!-:** Soweit wir aus den Medien mitkriegen, gibt es im Ausland eine gewisse oppositionelle Bewegung. Aber in der Türkei ist eine solche Plattform oder eine organisierte Opposition aufgrund der Repression des Staates bislang nicht entstanden. Es hat verschiedene Versuche gegeben, aber aufgrund der Gewalt des Staates herrscht einfach Angst. Zur Zeit wird jede Friedensforderung als Terrorismus bewertet. Ich denke, wir müssen beharrlich bleiben, aber der Mut für den Kampf für Frieden wird zur Zeit nicht aufgebracht.

**?-:** *Welche kleinen Versuche gab es denn?*

**!-:** Nach dem 11. September gab es zum Beispiel drei voneinander getrennte Versuche, eine Plattform zu bilden. Der erste wurde von Frauen gemacht, also von Mitgliedern verschiedener Frauenorganisationen. Desweiteren gab es eine gemeinsame Plattform der Gewerkschaften und Parteien. Beide wurden sofort verboten. Leute, die daran teilnehmen wollten, wurden festgenommen. Das Büro einer Frauenzeitschrift, die überhaupt keine politische Organisierung hat, wurde durchsucht und die Mitarbeiterinnen bedroht. Dann gab es einzelne Presseerklärungen von Parteien wie ÖDP und HADEP. Auch diese wurden behindert. Es gab eine Frauensolidaritätsgruppe, die wir überlegt zusammengestellt haben, indem wir bekannte Journalistinnen daran beteiligt haben. Diese konnte zwar nicht verhindert werden, aber später wurden die daran beteiligten Menschen zum Teil mit dem Tod bedroht und schikaniert.

Die herrschenden Kräfte lassen es einfach zu keiner Bewegung

Doch es ist nicht davon auszugehen, dass der Widerstand nennenswerte Auswirkungen haben wird.

### Doch das Problem liegt nicht hier

Das Problem ist vielmehr folgendes: Die Türkei hat bisher in ihrer Geschichte noch keine derartige gesellschaftliche Verarmung und keinen vergleichbaren Rückschritt erleben müssen wie heute. Mit konventionellen politischen Maßnahmen ist für dieses Leid keine Lösung zu finden. Die Bevölkerung befindet sich auch in diesem Jahr angesichts der Wucht eines erwarteten wirtschaftlichen Abschwungs von neun Prozent in einem Zustand der Ohnmacht. Angesichts dieser Ohnmacht, ist es entmutigend, dass die türkische Linke, obwohl sie über eine nicht zu vernachlässigende intellektuelle Basis verfügt, nicht im Stande ist, gemeinsam ein alternatives Programm zu entwickeln. Es gibt zwar einzelne Intellektuelle, die darüber nachdenken. Aber sie bleiben ohne Einfluss. Obwohl sich alle, außer den »Blinden von Ankara« darüber einig sind, dass die Türkei und ihre Nachbarn einer ungewissen, finsteren Zukunft zusteuern. Keiner sieht das Ende des Tunnels.

Demgegenüber hält die Vorliebe der westlichen Welt an, alle Probleme auf dem Rücken der Entwicklungsländer auszutragen. Welche Konsequenzen könnte diese Haltung haben? Gegen die Kriegspolitik von Schröder und Fischer war in Deutschland oder in Europa kein großer gesellschaftlicher Widerstand zu beobachten. Es sind auch keine Zeichen vorhanden, die darauf hinweisen, dass kurzfristig solch ein Widerstand entstehen könnte. Die »Blinden von Ankara« unterscheiden sich insofern nicht von den Blinden von Berlin, Paris, Rom und Washington.

Zum Schluss noch dieses: Colin Powell und die Bush-Administration, die Herren des »modernen Römischen Imperiums«, steuern auf ein Zeitalter der militärischen Ökonomie zu. Sie suchen neue Feinde und sie machen diese Feinde unter denen aus, die sich gegen ihre Politik stellen. Bisher verhalten sie sich Ankara gegenüber »gutmütig«, weil Ankara alles mit »Ja« beantwortet. Aber was passiert, wenn die klassische kemalistische Politik, nach dem Motto »Frieden im eigenen Land, Frieden auf der Welt«, wieder auf die politische Tagesordnung kommt? Wird dann die Türkei in Reihe mit Taliban, Saddam und Gaddafi genannt werden?

Der für die Erweiterung der EU zuständige Kommissar Günter Verheugen hatte, als es noch Bomben auf Jugoslawien regnete, in einem Interview, das wir für die Zeitung »Cumhuriyet« führten, die Frage: »Heute der Balkan und morgen, wegen ähnlicher ethnischer, menschenrechtlicher usw. Motive die Türkei?« mit harschen Worten zurückgewiesen und behauptet, es gebe da »keine Zusammenhänge«.

Zwei Jahre später ist festzustellen, dass sich in der neuen Weltunordnung alle Steine verschoben haben. Auf wessen Köpfe werden – für die Neuordnung der Welt – die Steine seitens der hegemonialen Kräfte geworfen werden? Wir erleben ein »neues Mittelalter«. Aus dieser Finsternis können wir nur mit neuen Intellektuellen herausfinden. Dabei sieht es leider nicht so aus, dass die westliche Welt eine »Vorreiterrolle« spielen wird.

*Gürsel Köksal, Osman Çutsay*



kommen. Die Plätze, auf denen Presseerklärungen abgegeben werden sollen, werden im Voraus von der Polizei besetzt, es gibt Drohungen, Festnahmen, Überfälle, Razzien. Zur Zeit existiert also nicht einmal die Möglichkeit, eine Presseerklärung abzugeben, von Demonstrationen und ähnlichem ganz zu schweigen.

*?-: Plant ihr dennoch weitere Aktionen gegen den Krieg?*

!-: Ja, das haben wir gerade entschieden, denn durch die unklare Definition von Terror durch die Herrschenden werden zur Zeit alle Unterdrückten zur Zielscheibe, jeder Kampf für Demokratie und Frieden. Wir wollen dagegen unsere eigene Definition von Terror entwickeln, deren Rahmen eindeutig ist und die staatlichen Terror miteinschliesst. Gleichzeitig ist es wichtig, dass Frauen Aktionen durchführen. Deshalb sind alle aufgefordert, mit unser Frauenakademie Kontakt aufzunehmen, die türkische, kurdische und armenische Frauen von kurzem gegründet haben. Diese Akademie ist sehr wichtig für uns. Wir haben vorhin von Zivilisation gesprochen. Sie ist eine theoretische und praktische Plattform, auf der wir angelehnt an unsere Gewalterfahren und die politische Atmosphäre darüber diskutieren können, wie wir eine alternative gesellschaftliche Einigung erreichen können. Ich rufe alle Frauen der Welt und auch Männer, denen das patriarchale System nicht passt, zur Unterstützung dafür auf.

*Nicht erst seit Seattle beginnt sich eine weltweite Kritik an der »neoliberalen Globalisierung« zu artikulieren, die mit Genua nochmals stark an Auftrieb gewann. Der Zulauf, den Gruppen wie etwa ATTAC-Deutschland nach den Protesten verzeichnen, kann aber durchaus als Indiz für ein verstärktes Interesse an einer Kritik der internationalen Politik gewertet werden. Zugleich haben die Anschläge vom 11. September und der Krieg gegen Afghanistan die wirtschaftliche und militärische Dimension der »Neuen Weltordnung« verstärkt in den Vordergrund gerückt. Diese Entwicklungen werfen auch Fragen nach dem eigenen politischen Selbstverständnis einer sich als »Internationalismus-Bewegung« verstehenden Strömung der Linken auf. Wir haben im Folgenden zwei Texte abgedruckt, die sich auf unterschiedliche Weise an einer Neudefinition der Begriffe »Internationalismus« und »Antiimperialismus« versuchen. Mit diesen Beiträgen wollen wir auch eine Diskussion um ein Thema anregen, das im Mittelpunkt des im Mai 2002 in FfM stattfindenden Bundestreffens der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen (BUKO) stehen wird.* Red.

# Vom Antiimperialismus zu einem neuen Internationalismus?

## Eine Spurensuche

Die 90er Jahre waren für die Internationalismusbewegung harte Zeiten. Zumindest was die Mobilisierung auf der Straße angeht. Die Demonstrationen 1992 in München aus Anlass des G7 Gipfels, des 500. Jahrestages der Conquista und der EU-Maastricht-Verträge sind von ihrem Politikverständnis als Ausläufer des Internationalismus der 80er Jahre zu bewerten. Mit der Demo in Köln 1999 anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels erreichte die Internationalismusbewegung ihren Tiefpunkt hinsichtlich ihrer Mobilisierungsfähigkeit. Ansonsten dominierten in den 90er Jahren die Nichtregierungsorganisationen mit ihrem auf Konsens und Dialog orientierten Politikverständnis die Szene. Die Konferenzsäle hatten vor allem während der Zeit der großen UN-Kongresse die Straße als bevorzugten Ort des Protestes abgelöst. Seit Seattle und Genua scheint sich die Lage wieder zu ändern. Allmählich entstehen auch in Deutschland wieder mobilisierungsfähige Strukturen. Im folgenden soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit sich die jetzige Konstellation von der Situation der 70er und 80er Jahre unterscheidet. Gibt es Erfahrungen aus dieser Zeit, an die man positiv anknüpfen kann? Oder sind die Rahmenbedingungen so unterschiedlich, dass ein Rückblick nur noch einen nostalgischen Wert hat?

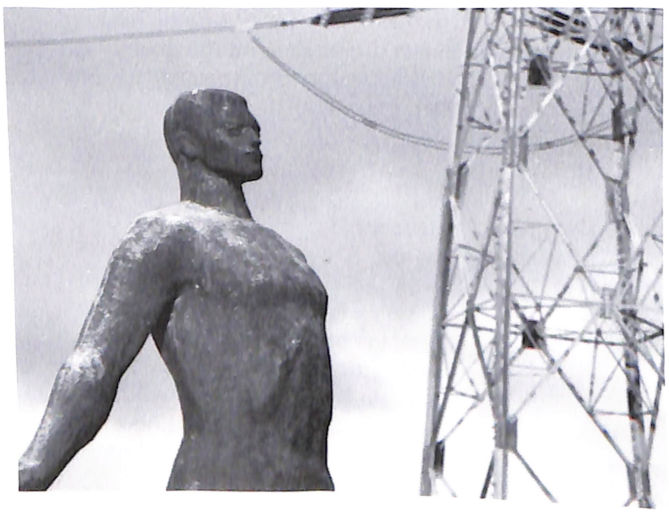
### Antiimperialismus und Antiamerikanismus

Die Suche nach einem neuen Internationalismus führt zu seinen Vorgängern. Die vereinfachenden Analysen, die Aufteilung der Welt in gut und böse und die krassen Fehleinschätzungen von Revolten und Revolutionen haben eine marginalisierte Bewegung hinterlassen, die sich erst allmählich von den zuweilen religiös anmutenden Lehren der Vergangenheit löst.

In den 60er Jahren speisten sich internationalistische Impulse vor allem aus dem Protest gegen die Vietnam-Politik der USA. Das Massaker von My Lai, bei dem US-Soldaten die Zivilbevölkerung des Dorfes einschließlich Kinder grausam ermordeten, wurde zum Symbol für die Verbrechen der USA. Ab diesem Zeitpunkt galt sie als das absolut Böse, der säkulare Antichrist. Mit Containment, Counterinsurgency und Low-Intensity-Warfare-Programmen versuchten sie emanzipatorische Bewegungen oder Regierungen zu

unterdrücken. Guatemala, Kuba, Chile, Grenada, Nicaragua, El Salvador seien nur als Beispiele für die »Befriedung« des »natürlichen Hinterhofs« der USA genannt. Die Liste ließe sich für andere Kontinente fortsetzen.

Der Protest und die Rebellion gegen diese Politik war und ist mehr als berechtigt. Dennoch ist es eine unerträgliche Verharmlosung des deutschen Nationalsozialismus, die Politik der USA-Regierungen mit der SA oder gar der SS zu vergleichen, wie dies mit der Parole »USA – SA – SS« geschah, einem Evergreen auf Demos gegen die US-Politik. Durch die Gleichsetzung der US-Politik mit der der SS wurde der deutsche Faschismus damit bereits zu einer Zeit von Linken normalisiert, zu der ein Nolte oder ein Walser noch nicht im Traum daran gedacht haben. Aus dem »Zivilisationsbruch Auschwitz« (D. Diner) als Metapher für die Vernichtungspolitik des deutschen Faschismus wurde eine Alltagsfloskel. »Kapitalismus führt zum Faschismus« war die Parole, die die Gleichsetzung von SS-Politik und US-Politik legitimieren sollte. Diese Parole stand in der Tradition einer ökonomistisch verkürzten Faschismus-Analyse der Kommunistischen Internationale (G. Dimitroff) und der KPD der Weimarer Republik, derzufolge »Faschismus an der Macht (...) die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« ist. Faschismus als ganz gewöhnlicher Endpunkt des Kapitalismus. Warum er gerade in Deutschland einen solchen Erfolg hatte, warum es gerade hier bis zum bitteren Ende eine Massenunterstützung gegeben hat, warum gerade hier der Massenmord an Juden, Sinti und Roma und anderen »Außenseitergruppen« in seiner technokratisch industriellen Effizienz durchgeführt werden konnte, solche Fragen drangen mit diesen Parolen



nicht mehr in das Blickfeld, geschweige denn, dass sie beantwortet werden konnten.

Diese Form der Normalisierung konnte nur eine doppelt unschuldige Generation leisten: unschuldig, weil links; und unschuldig, weil nachgeboren. Auf der anderen Seite blieb der Faschismusvorwurf nicht auf die USA beschränkt, sondern wurde zum Schlagwort schlechthin. Jedem reaktionären Diktator wurde plötzlich das Adjektiv faschistisch angehängt. Jede Geset-

zesverschärfung war ein Beitrag im Prozess der Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Solch ein Katastrophen-Superlativismus macht blind für die sensible Wahrnehmung geschichtlicher Veränderungen. Wenn das Schlimmste immer schon eingetreten ist, stumpft man ab, man ist nicht mehr offen für politische Veränderungen.

## Antizionismus und Antisemitismus

Diese doppelte Unschuld begegnet uns auch im Antizionismus, der manchmal nur schwer seinen antisemitischen Hintergrund verdecken konnte. Seit dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn kam es zu einer antizionistischen Wende relevanter Teile in der deutschen Linken. Heftige Debatten um die Frage nach dem Selbstbestimmungsrecht Israels wurden geführt. Die Diskussionen darüber, ob die Israelis überhaupt ein Volk seien, denen man das Selbstbestimmungsrecht zugestehen dürfe, muten heute grotesk an. 1982, als es zu den Massakern an der palästinensischen Bevölkerung in den Beiruter Stadtteilen Saba und Schatila mit Unterstützung der israelischen Armee kam, gab es in linken Zeitschriften Überschriften wie »Die Endlösung der Palästina-Frage«. In manchen Städten wurden sogar Einrichtungen jüdischer Kultusgemeinden besetzt. Der damalige Regierungschef Israels, Menachem Begin, wurde in einer der meistgelesensten Internationalismus-Zeitschriften, der *iz3w*, mit einer Hakennase dargestellt. (Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass sich die *iz3w* in der Folgezeit immer wieder kritisch mit ihrer eigenen Geschichte auseinandersetzte). Ulrike Meinhof und Horst Mahler feierten den Anschlag des Kommandos »Schwarzer September« auf die israelische Olympia-Mannschaft als »mutiges Kommando (...) gegen zionistische Soldaten, die in München als Sportler auftraten.« Und bei einer Flugzeugentführung organisierte ein Mitglied der RZ die räumliche Trennung nach jüdischen (!) und nichtjüdischen Passagieren. Auch hier fehlte es nicht an der Gleichsetzung von faschistischer und zionistischer Politik. Sicherlich waren die meisten Linken keine Antisemiten. Aber die angeführten Beispiele waren auch keine Einzelfälle.

## Sieg im Volkskrieg

Die Internationalismusbewegung hatte lange Zeit ein nachgerade mythisches Verhältnis zu den Völkern in der sog. Dritten Welt. Das Volk wurde als vorgegebene Einheit gesehen, die immer das Gute will: Befreiung. Das Volk, das war die festgeschlossene Einheit von Unterdrückten, denen eine kleine Clique von Ausbeutern (sprich Regierung und Kompradorenbourgeoisie) gegenüberstand, die nur mit Bestechung oder mit militärischer Unterstützung des Imperialismus überleben konnte. Diese Metaphysik des An-sich-revolutionären-Volkes korrespondiert in der Geschichte der Linken etwa mit der Metaphysik des Proletariats. Auch machistische Politikstile, die etwa in der ungemein wichtigen Rolle der »líderes« zum Ausdruck

kommt, wurde lange Zeit nicht wahrgenommen oder verdrängt. Es kann nicht sein, was nicht sein darf, war allzu lange das Motto.

Dass sich in den sechziger Jahren die Hoffnungen auf die nationalen Befreiungsbewegungen richteten, war Folge der Erkenntnis, dass die Arbeiterbewegung sich im keynesianischen Wohlfahrtsstaat offensichtlich bestens eingerichtet hatte und deshalb als Hoffnungsträger für eine emanzipatorische Politik ausfiel. In ihrem Hass auf alle, die dieses Modell in Frage stellten, beteiligte sie sich vielmehr an der Hetze gegen die Studentenbewegung. Als neuer Hoffnungsträger fungierten jetzt die Völker der Dritten Welt. Sie waren die Garanten für eine bessere Welt. In Analogie zur chinesischen Revolution, in der die Dörfer die Städte einkreisten, sollten jetzt die Völker der Welt die imperialistischen Zentren einkreisen. Die Erfolge antikolonialistischer und -imperialistischer Befreiungsbewegungen, vor allem des Vietcong, hatten einen überhöhten Geschichtsoptimismus zur Folge. Dieser war in den Beiträgen auf dem Internationalen Vietnam-Kongress 1968 in Berlin offensichtlich: »Vietnam kommt näher, in Griechenland beginnen die ersten Einheiten der revolutionären Befreiungsfront zu kämpfen (...) Es hängt primär von unserem Willen ab, wie diese Periode der Geschichte ausgeht (...) Es hängt von unseren schöpferischen Fähigkeiten ab, kühn und entschlossen die sichtbaren und unmittelbaren Widersprüche zu vertiefen und (..) kühn und allseitig die Initiative der Massen zu entfalten«, führte Rudi Dutschke aus. Man müsse neben dem Viet-Cong noch einen asiatischen, amerikanischen und europäischen Cong schaffen.

Trotz der eigenen gesellschaftlichen Isolierung konnten sich die Studentenbewegung und die Internationalismusbewegung so in einen größeren Zusammenhang stellen. Dies führte zu einer völligen Verkennung der eigenen Handlungsmöglichkeiten: Revolution durch Suggestion. Man war Teil eines großen Ganzen, einer übergroßen Mehrheit im Kampf um Befreiung.

## Vom Befreiungskampf zur Projektepolitik

Die Befreiungseuphorie mit ihrem Höhepunkt des Anti-Vietnam Kongresses ging bereits in den 70er Jahren verloren. Das Pathos der apokalyptischen Endzeit verschwindet. Die Militärs hatten in Chile die Unidad Popular unter Allende niedergeschlagen. Der Sieg des Vietcong 1975 wurde nur noch beiläufig zur Kenntnis genommen. Einen Bruch gab es dann, als sich die Berichte über die Massenmorde Pol Pots in Kambodscha bestätigten. Lange Zeit wurde dies als Propaganda des Imperialismus abgetan. Die eintretende Ernüchterung führte zu einem ersten Abgesang auf den zurückliegenden Internationalismus.

Mit den neuen sozialen Bewegungen Anfang der 80er Jahre entstand auch eine neue Internationalismusbewegung. Sie spürte nicht mehr den Wind der Geschichte in ihrem Rücken. Vielmehr spürte sie Gegenwind, da sich die internationalen Rahmenbedingungen trotz des Sieges der Sandinisten in Nicaragua entscheidend verändert hatten. Der Neoliberalismus war mit Reagan und Thatcher in den USA und GB an der Macht. Die Diskussionen um eine neue Weltwirtschaftsordnung in der UN-Vollversammlung und der UNCTAD waren durch die Stärkung des GATT und durch Integrationsangebote wie dem Lomé-Vertrag zu einem Ende gekommen. Vor diesem Hintergrund hatte die neue Internationalismusbewegung einen ganz anderen Ansatzpunkt. Gespeist von theoretischen Überlegungen und praktischen Erfahrungen der Alternativbewegung ging es jetzt nicht mehr um Weltrevolution, sondern um die konkrete Unterstützung der Befreiungsbewegungen in den jeweiligen Ländern. Mit dem Verlust der globalen Perspektive verengte sich so der Blick in Richtung Länder- und Projektesolidarität. Man wachte eifersüchtig über das eigene Projekt in der jeweiligen Stadt oder Region.

Die Ländersolidarität spielt heute nur noch eine untergeordnete Rolle. Die Perspektive von (nachholender) Entwicklung und Fortschritt ist heute zunehmend illusionär geworden: die Befreiungsbewegungen an der Macht sollten durch einen nachholenden Industrialisierungsprozess den ökonomische Anschluss an die Industrieländer herstellen. Das Scheitern des linearen Entwicklungs- und Fortschrittsdenken des »Immer-Mehr« wurde spätestens durch den Ausbruch der Weltwirtschaftskrise von 1982 überdeutlich. Es ist von daher nicht verwunderlich, dass sich nach 1982 der Schwerpunkt von der Ländersolidarität auf die Kritik der Weltmarktstrukturen verlagerte. Der Focus der Kritik richtete sich auf die Bretton-Woods-Institutionen IWF und Weltbank und die Rolle, die sie bei der Moderation und Verwaltung der Verschuldungskrise spielten. Den Höhepunkt dieser Kritik bildeten die Proteste gegen die IWF / Weltbank-Tagung von 1988. Sie markierten aber auch den Endpunkt eines Bewegungszyklus mit einem hohen Mobilisierungsgrad.

Gegen dieses Treffen demonstrierten allein in Berlin 80000 Menschen.

## Der NGO-Lobbyismus

Nach 1989 gewann die Vorstellung des »Machbaren« an Bedeutung. Große Teile der Internationalismusbewegung setzten ihre Hoffnungen zunehmend auf die

zahlreich entstehenden Lobby-NGOs: Der Lobbyismus war mit dem Anspruch angetreten, eine realitätstaugliche, da pragmatisch umsetzbare Alternative

zum Radikalismus der 80er Jahre anbieten zu können. Die Bedeutung und die Tragweite des Lobbyismus ist nur vor dem Hintergrund des Epocheneinschnitts von 1989 zu verstehen. Er machte sich die seit dieser Zeit gängige These zu eigen, dass eine grundsätzliche Alternative zum Kapitalismus nicht mehr möglich sei. Stattdessen gehe es »um kleine Schritte, nicht um endgültige Lösungen« (Lobbyhandbuch Germanwatch). Weiterreichenden Forderungen wurde eine Absage erteilt.

Ziel von Lobbypolitik ist nicht, die Profitlogik in Frage zu stellen. Im Gegenteil: Diese wird als Hebel und als Anreiz gesehen, die Welt zu verbessern. Unterstellt wird dabei, dass es so etwas wie eine win-win-Situation geben könne, also eine Situation, in der es nur Profiteure gibt. Den Durchbruch fand der Lobbyismus bei der UNCED-Konferenz in Rio 1992. In der dort verabschiedeten Agenda 21 wurde den NGOs als Repräsentanten der sog. Zivilgesellschaft eine wichtige Funktion bei der Lösung der Welprobleme zugesprochen. Dies wurde von den VertreterInnen der NGOs und der Lobbygruppen als Ausdruck ihrer Stärke interpretiert und die damit verbundenen Integrations- uns Kooptationsbemühungen völlig unterschätzt. Ein konsensorientiertes, pragmatisches Politikverständnis feierte vor allem bei den großen UN-Konferenzen Mitte der 90er Jahre fröhliche Urstände. Die Konferenzsäle verdrängten die Straße als bevorzugtes Handlungsfeld von Protest.

## Seattle und Genua

Seit Seattle ist der Lobbyismus jedoch offensichtlich in der Krise. Die »Erfolge« sind vernachlässigenswert. In vielen Bereichen wie der Nachhaltigkeits- oder Entschuldungsdebatte hat er sich schlicht blamiert. Trotzdem übt er nach wie vor auch in Bewegungen wie ATTAC einen großen Einfluss aus. Zwar ist es mit Seattle, Nizza, Prag, Göteborg und Genua gelungen, das Terrain der Auseinandersetzungen wieder von den Konferenzsälen auf die Straße zu verschieben, was als großer Erfolg gewertet werden muss. Dennoch ist die Grundkonstellation immer noch grundverschieden von der von 1988. Hatten damals die radikaleren, kapitalismuskritischeren Kräfte die Hegemonie in der Bewegung, so sind sie derzeit noch stark in der Minderheit. Ihre Aufgabe ist es, macht- und herrschaftskritische Positionen vernehmbar zu machen und zu verankern.

Ein wirklich neues und positives Element ist, dass die internationale Vernetzung heute tatsächlich international ist. Natürlich gab es 1988 auch internationale Kontakte und Vernetzungen. Allerdings war dies in erster Linie eine Sache der Bewegungs- und NGO-Eliten. Heute haben sich die Kontakte vervielfacht. Eine wichtige Katalysatorfunktion hatten dabei die von den Zapatistas initiierten »Intergalaktischen Treffen«. Infolge dieser Treffen bildeten sich global agierende Netzwerkstrukturen wie etwa PGA (Peoples Global Action) heraus. Die Globalisierung des Protestes zeigt sich auch im Erfolg des »Welt Sozial Forums« von Porto Alegre oder der international agierenden Bauernvereinigung »Via Campesina«. Ohne die Möglichkeiten der neuen Kommunikationsmedien wie Internet und E-Mail wäre die Dichte dieser Beziehungen nicht vorstellbar. Der Informationsfluss konnte dadurch verbreitert, verstetigt und verdichtet werden. Eine wichtige Rolle spielt mittlerweile der linke Nachrichtendienst Indymedia. Mit Genua schaffte er seinen Durchbruch. Es war die entscheidende Bezugsquelle für Informationen.

## ATTAC

Geändert hat sich auch das Verhältnis von Bewegung und Parteienspektrum. 1988 verstanden sich noch weite Teile der Grünen als Spielbein der Bewegung. Die Schwäche linker Politik in der BRD hat auch etwas mit dem Schock über die Entwicklung der Grünen hin zu einer stromlinienförmigen Partei des Yuppie-Bildungsbürgertums zu tun. Zahlreiche AktivistInnen, die ihre politische Biographie in den 80er Jahren wenn nicht mit der Partei so zumindest mit dem Projekt der Grünen verbunden hatten, haben sich resigniert aus der Politik zurückgezogen.

Dass sich aufgrund dieser Situation im Parteienspektrum niemand Illusionen machen sollte, über die Parlamente könnten weitreichende gesellschaftliche Veränderungen erzielt werden, ist erstmal eine gute Ausgangsposition für eine antietatistische, tendenziell institutionskritische Bewegung, die sich nicht so einfach kooptieren lässt. Dass es solche Kooptationsbemühungen in nächster Zeit geben wird, ist aber leider mehr als wahrscheinlich. Dies könnte bei einer Strömung auf offene Ohren stoßen, die man vielleicht als internationale außerparlamentarische Sozialdemokratie bezeichnen kann. Große Teile von ATTAC gehören ihr an. Hierbei handelt es sich ebenfalls um ein neues Phänomen. Diese Strömung zeichnet sich durch eine starke etatistische Orientierung aus. Gemeint ist damit eine Politik, die an den Staat appelliert, die angeblich verselbstständigten Finanzmärkte wieder in einen internationalen Ordnungsrahmen einzu-

betten. Erreicht werden soll dies durch die Tobin-Tax, einer Steuer auf kurzfristige Finanzspekulationen. Damit orientiert sich diese Strömung an dem Regierungsprogramm des gescheiterten Finanzministers Oskar Lafontaine, der mittlerweile auch schon seine Sympathie für ATTAC bekundet hat.

Die Tobin-Tax ist ein Beispiel für die grundlegenden Unterschiede hinsichtlich der Reichweite und der Radikalität der Forderungen. In den Erklärungen von 1988 wurde betont, dass eine umfassende Schuldenstreichung nur als Ausgangspunkt für weiterreichende soziale Veränderungen zu verstehen sei. Diese Forderung war somit das Minimalprogramm der Bewegung. Gerade der Utopiegehalt dieser Forderung hat damals zur hohen Mobilisierung beigetragen. Ein utopischer Überschuss, der für die Stärke früherer Bewegungen von großer Bedeutung war, kann man bei den realpolitischen Forderungen von ATTAC kaum noch finden. Wahrscheinlich macht heute die Begrenztheit der Forderungen von Bewegungen wie ATTAC ihre momentane Attraktivität aus. Man kann sich nur wundern, welche Hoffnungen und Illusionen mit einer so kreuzbraven Forderung wie der Tobin Tax verbunden sind. Allerdings wäre es falsch, ATTAC nur auf die Tobin Tax und die erwähnte Strömung reduzieren zu wollen. ATTAC ist auch ein Sammlungsbecken für Menschen, die nach einem Möglichkeit suchen, überhaupt (wieder) politisch aktiv werden zu können. Wie in Frankreich, wo ATTAC tatsächlich den Charakter einer sozialen Bewegung hat, werden aber politische Klärungsprozesse nicht ausbleiben.

### Theoretische Verschiebungen

In den Krisen- und Selbstverständnisdebatten nach '89 kam es aber auch zu wichtigen theoretischen Verschiebungen im radikaleren Spektrum. Viele Positionen, die vor '89 für die Bewegung von großer Bedeutung waren, spielen heute zu Recht eine geringere Rolle. Dies gilt vor allem für das Verständnis von Macht- und Herrschaft. Das lange dominierende Modell eines stark dichotomen Weltbildes von »Wir / Die«, »Oben / Unten« oder »Gut / Böse« ist differenzierteren Analysen gewichen. Macht kann nicht mehr als das Gegenüber des eigenen Standortes gedacht werden. Wir sind selbst Teil von Machtstrukturen und reproduzieren diese. Unser Standort ist nicht das Jenseits der Macht. Feministische Ansätze, der (De-)Konstruktivismus und die Cultural Studies haben hier zu einer differenzierteren Analyse von Macht beigetragen und einfache, oft verschwörungstheoretische Ansätze in den Hintergrund gedrängt. Es ist nicht das Finanzkapital, das alle anderen Menschen manipuliert. Es geht vielmehr um die Frage, warum Individuen »freiwillig« eine bestimmte Subjektposition einnehmen. Oder um es mit Spinoza zu formulieren: Warum kämpfen die Menschen um ihre Knechtschaft, als ginge es um ihr Heil?

Deutlich geworden sollte sein, dass es kein apriori zur Befreiung und zur Emanzipation berufenes individuelles oder kollektives Subjekt gibt auf das man sich beziehen kann. Es sind nicht die Völker und Nationen der sog. Dritten Welt, es sind nicht die ausgebeuteten Massen; es sind nicht die Frauen und auch nicht das Proletariat. Sie tun dies nur zu bestimmten Zeiten und zu bestimmten Bedingungen, die nicht verallgemeinerbar sind. Eine Bildsprache, die die Macht auf den Zigarre rauchenden fetten Kapitalisten mit Zylinder und Peitsche reduziert oder als Krake darstellt, die die ganze Welt umschlingt und erdrückt, kann heute nicht mehr verwendet werden. Eine solche Kollektivsymbolik war 1988 noch gang und gäbe, ist aber heute zu Recht fast völlig verschwunden. Auch kann es kein Basis-Überbau-Modell in dem Sinne mehr geben, dass etwa die Ökonomie andere Herrschaftsverhältnisse wie Rassismus und Patriarchat determiniert. Diese treten nicht erst äußerlich der Ökonomie hinzu, sondern haben sich immer schon in die Struktur des Ökonomischen eingeschrieben. Dies gilt natürlich auch umgekehrt.

Das fehlende eindeutige Feindbild und die Differenziertheit der Machtverhältnisse macht die Sache nicht gerade leichter. Zwar ist klar, dass eine Bewegung Zuspitzungen braucht. Ein Demoaufruftext kann nicht in der Sprache einer Seminararbeit geschrieben werden. Aber man sollte sich immer vor Augen halten, dass gerade das Scheitern scheinbar sicherer Gewissheiten zur Verabschiedung vieler Menschen aus der Politik geführt hat.

*Moe Hierlmeier*



autoren
buchhandlung
marx & co

Grüneburgweg 76 · 60323 Frankfurt am Main
Tel 069/72 29 72 · Fax 069/71 40 38 70
autorenbuchhandlung.ffm@t-online.de

Marx an der Uni

Geisteswissenschaften
Belletristik
Sozialwissenschaften

KARL MARX
BUCHHANDLUNG GMBH
JORDANSTR. 11 · 60486 FRANKFURT/M.
TEL 069/778807 · FAX 069/7077399
KARL.MARX.BUCHHANDLUNG@T-ONLINE.DE

# Widerstand gegen diesen Krieg? Oder ein weiterer Krieg der Feinde unserer Feinde?

## Überlegungen zu einer Neudefinition der Imperialismus-Kritik

Die USA und die NATO haben ihren »Kreuzzug« in Afghanistan begonnen.[1] Die Friedensbewegung geht mit der Parole »Stoppt den Krieg« auf die Straße und viele radikale Linke wissen nicht wohin mit ihren Widersprüchen. Das Problem ist wahrlich nicht neu: Die USA und die NATO suchen sich seit fast 10 Jahren Kriegsgegner, die auch uns – mehr oder weniger – nicht passen. Sie sind nicht sozialistisch oder revolutionär, sie sind weder antiimperialistisch noch antipatiarchal. Für manche sind sie – ausgesprochen oder nicht – noch schlimmer als die BRD. Kämpfen die USA, die NATO ungewollt und unbeabsichtigt für »unsere« Sache? 1991 erklärten die USA dem Irak den Krieg und wir wussten nicht, mit wem wir uns identifizieren sollten. Weder der irakische Präsident Saddam Hussein, noch der irakische Staat boten etwas an, womit man sich solidarisieren konnte. Als schließlich die irakische Führung Israel militärisch bedrohte und die bellizistische Linke hier zur Verteidigung Israels aufrief, war der Kriegsopposition gänzlich der politische und moralische Boden entzogen. Die anfangs noch breite Opposition brach in sich zusammen.

Als 1999 die USA in Zusammenarbeit mit mehreren Nato-Staaten Jugoslawien den Krieg erklärten, war die radikale Linke mit dem Kriegsgegner abermals unzufrieden. Jugoslawien war (noch) kein kapitalistisches Land, hatte aber mit Sozialismus auch wenig zu tun. Wieder stritt man sich: Betreibt Jugoslawien eine nationalistische Politik oder nicht? Führt Jugoslawien einen »normalen« Krieg gegen die UCK? Oder betreibt es eine »ethnische Kriegsführung«, wie die Kriegskoalition behauptete und wie es einige Linke durchaus für möglich bzw. nicht ausgeschlossen hielten? Als schließlich die Verhinderung eines möglichen »Völkermordes« im Kosovo als Kriegsgrund genannt wurde, brach auch hier der Widerstand gegen die NATO-Kriegspolitik zusammen.

Seit dem 7. Oktober bombardiert die NATO unter Führung der USA Ziele in Afghanistan und die radikale Linke irrt weiter ziellos umher. Was tun? Es dau-

erte nicht lange und abermals stand fest: Auch mit diesem Kriegsgegner wollen wir nichts zu tun haben. Nichts verbindet uns mit den Taliban in Afghanistan, nichts mit dem dort vermuteten »Bin Laden«: Wieder kein Che Guevara. Treffen also die Bomben der NATO einen »gemeinsamen Feind«?

### Das Dilemma

Ich will nicht behaupten, dass dies für mich kein Problem ist. Auch ich habe Bilder von einem Che Guevara, von einem Subcommandante Marcos im Kopf, die trotz aller Zweifel nicht verlöschen. Auch ich würde mich gerne Kämpfen anschließen, in denen meine Träume aufgehen, anstatt mich an Kämpfen zu beteiligen, wo man besser seine politischen Visionen für sich behält. Sich davon zu lösen, macht nicht glücklich. Es ist ernüchternd. Und schafft Platz für die Frage, die mir seit dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien nicht aus dem Kopf will: Warum brauchen wir ein »Opfer«, mit dem wir uns solidarisieren können? Warum fühlen wir uns nicht selbst angegriffen? Damit meine ich nicht die Bomben, sondern alles, was jedem Krieg vorausgeht, was jedem Krieg folgt?

In den 60er, 70er und 80er Jahren gab es viele Ches. Es gab viele Guerilla-Bewegungen, die nicht nur gegen den Imperialismus kämpften, sondern auch Vorstellungen von einer anderen, sozialistischen Gesellschaft hatten. Die Enttäuschung in der antiimperialistischen Solidaritätsarbeit war – oft – groß, als diese Befreiungsbewegungen siegten und das nicht einlösten, womit wir hier in der BRD nicht einmal begonnen hatten. Nicht alles, was in diesem Kampf auf der Strecke blieb, war dem Imperialismus geschuldet. Einiges wurde eigenhändig zu Grabe getragen. Nicht alles war vorhersehbar. Und doch gab es viel, was wir nicht sehen wollten, was der bedingungslosen Solidarität mit den »unterdrückten *Völkern*« geschadet, was die Identifikation mit den »*nationalen* Befreiungskämpfen im Trikont« gestört hätte. Die Gefahr, diese Fehler zu wiederholen, ist nicht groß – wenn man sich die Kriegsgegner der USA und NATO im Irak, in Jugoslawien und jetzt in Afghanistan vor Augen hält. Doch der Verlust ist größer.

Mit der Unmöglichkeit, uns mit den »Opfern imperialistischer Aggression« zu identifizieren, mit dem Verschwinden eines emanzipatorischen, bewaffneten Widerstandes, mit dem wir uns solidarisieren können, ist auch der Antiimperialismus verschwunden.

Wir werden uns mit der schmerzlichen Gewissheit konfrontieren müssen, dass ein Antiimperialismus, der sich nicht über die »Opfer« bestimmt, ein *eigenes* Verhältnis fordert. Dazu ist nicht nur eine eigene Analyse notwendig, sondern vor allem ein eigener Ausgangspunkt, der sich kenntlich macht, in seinen Widersprüchen, in seinen Schwächen, in seinen Utopien, in seinem Handeln. Wir werden uns auf den Weg machen müssen, einen Antiimperialismus zu begründen, der auf unseren eigenen Kämpfen fußt – egal, wen die USA und NATO zum Feind erklären. Dann würden wir auch – ganz nebenbei – möglicherweise auf Erklärungen stoßen, warum es auf der Welt so wenig Alternativen zu Imperialismus und Kapitalismus gibt. Wie sehr unser (möglicher) Widerstand gegen die US- und NATO-Politik dem (Kriegs-)Feind verhaftet bleibt, wenn auch negativ, möchte ich mit einem Beispiel verdeutlichen. Was wäre, wenn die USA und die NATO ihren »Kreuzzug gegen den Terror« nicht in Afghanistan, sondern in Chiapas, gegen die »Terroristen« der EZLN (zapatistische Befreiungsbewegung) begonnen hätten? Sicherlich wird mir niemand widersprechen, wenn ich behaupte, dass ein solcher NATO-Krieg einen weitaus größeren Protest auslösen würde, als der Krieg gegen Afghanistan. Viele Linke wüssten in diesem Fall, wofür sie auf die Straße gehen, *wogegen* sie Widerstand leisten würden. Genau das ist das Dilemma. Die radikale Linke weiß erst, wofür sie kämpft, wenn *andere* ihr eine Vorstellung davon geben. Uns selbst fehlt jede *eigene* Vorstellung, die über die NATO-Kriegspolitik hinausweist.

Wir können uns noch weitere 10 Jahre *neutralisieren*, indem wir darauf warten, dass andere uns Vorstellungen leihen, die über die Taliban in Afghanistan, den »Dhihad« islamischer Gotteskrieger, die Hamas in Palästina und die »Bin Ladens« irgendwo auf der Welt, hinausweisen. Solange die Linke sich hier und anderswo damit begnügt, wird sie ihren Anteil daran haben, dass der Dhihad der Gotteskrieger als einzige Alternative zum globalen Kapitalismus erscheint.

### Zwei Seiten einer Medaille

Sicherlich macht es für uns einen großen Unterschied, ob die NATO Krieg gegen die ZapatistInnen in Chiapas oder Krieg gegen die Taliban in Afghanistan führt. Wenn wir auch begreifen lernen, dass die NATO in Chiapas dieselben ökonomischen, geo-politischen, hegemonialen Ziele verfolgen würde wie in Afghanistan, wäre der Widerstand gegen die IWF-Politik, wären die Proteste gegen den G8 Gipfel in Genua nicht umsonst. Solange die Bewegungen gegen die »Globalisierung« diesen gegen Afghanistan begonnenen (Welt-)Krieg nicht als einen Bestandteil eines hegemonialen Prozesse begreifen, so lange eine Anti-Kriegs-Bewegung »Genua« nicht als die Rückseite dieses »Kreuzzuges« versteht, greift der Protest dagegen mit der Parole »Stoppt den Krieg« ins Leere.

Nicht ganz zufällig ist in der Linken von neoliberaler Globalisierung die Rede, wenn eigentlich Imperialismus gemeint ist. Das kommt nicht von ungefähr. Der schlechte Mundgeruch, der sich mit der Verwendung des Wortes (Anti-)Imperialismus verbreitet, stammt

aus den 1970er und 1980er Jahre, als vor allem die RAF diesen Begriff für sich beanspruchte und mit ihren Deutungen belegte. Imperialismus stand in einem verkürzten Sinne für eine Politik, die nur noch eine militärische Lösung sucht, die unwillkürlich und bestimmend darauf zuläuft, alle politischen Dimensionen auszulöschen. Imperialismus wurde mit sozialen Kräften identifiziert, die ihr eigenes reformistisches Projekt zugunsten einer militärischen Konfrontation begraben haben, die ihrerseits nur noch eine »revolutionäre Gegenreaktion« zuläßt: Den »bewaffneten Kampf«. Die Kritik an einem solchen verkürzten Antiimperialismus wurde zwar formuliert. Doch der Versuch, eine eigene Vorstellung von antiimperialistischer Politik zu entwickeln, blieb zaghaft und ohne allzu große praktische Konsequenzen.

Die ProtagonistInnen dieses Antiimperialismus sind inzwischen fast völlig aus der politischen Debatte und als politische Strömung innerhalb der radikalen Linken verschwunden. Doch dies ist nicht der einzige Grund, warum ich auf den Begriff des (Anti-)Imperialismus zurückkommen will. Wer die Kriegsvorbereitungen nach dem 11.9.01 verfolgte, konnte feststellen, dass die Abwesenheit von Krieg, nicht »Frieden« bedeutet, sondern die Zusammenballung von ungeheuren Machtressourcen, die Verknüpfung unterschiedlicher Strategien der Herrschaft, die gewaltige Mobilisierung politischer Apparate, die weltweite Mediation eines »Feindes« – als Teil des imperialistischen Krieges. Wer nach dem 11.9.01 die US-(Kriegs-)Politik auf blinde Vergeltung, den US-Präsidenten auf einen Cowboy aus Texas reduzieren wollte, wurde enttäuscht. Wer immer noch Imperialismus auf den Einsatz militärischer Mittel verkürzt, kann vom US-Präsidenten Bush noch viel lernen. Mit geradezu brutaler Offenheit buchstabiert er Tag für Tag, was unter Imperialismus zu verstehen ist: »Wir werden jedes Mittel in unserer Macht einsetzen – jedes Mittel der Diplomatie, jede Möglichkeit der Geheimdienste, jedes Instrument der Strafverfolgung, jeden finanziellen Einfluß und jede notwendige Waffe des Krieges (...) Amerikaner sollten nicht eine einzige Schlacht erwarten, sondern einen langen Feldzug, wie wir ihn bisher noch nicht erlebt haben (...) Jede Nation, in jeder Region, muß sich nun entscheiden: Entweder sind sie mit uns oder mit den Terroristen. Von diesem Tag an werden die Vereinigten Staaten jede Nation, die weiterhin Terroristen beherbergt oder unterstützt, als feindliches Regime betrachten.« (US-Präsident Bush, zit. nach *FR* v. 22.9.01)

Was im »Frieden« den ungeheuren Reichtum der westlichen Welt mehrt und sichert, wird Bestandteil der kommenden Kriege werden: Die hoffnungslose Verschuldung der meisten Länder dieser Erde als Kollaps-Androhung, die (Ab)-Wählbarkeit vieler Regierungen durch Bewilligung oder Verweigerung von IWF-Krediten, die Erpressbarkeit der meisten Länder durch Androhung eines Wirtschaftsboykottes, die Kriegsdrohung gegenüber Ländern, die die Forderungen der USA (der NATO) nicht erfüllen, Destabilisierungsmaßnahmen und verdeckte Kriege gegen Staaten, die sich dem Diktat der *global players* nicht bedingungslos unterwerfen. Ich glaube, der Platz und die Phantasie reichen nicht aus, um die Summe dieser ökonomischen, politischen, militärischen und medialen Waffengattungen aufzulisten und zueinander in Beziehung zu setzen.

Fast vier Wochen lang – bevor der Krieg gegen Afghanistan begann – wurde dieses »friedliche« Arsenal in jede Richtung zum Einsatz gebracht: Staaten wurden erpresst oder gewonnen, Handelsembargos aufgehoben, Handelsvergünstigungen gewährt, politische Teilhabe und Renditen im Zuge der kommenden Kriege zugesagt. Im Gegenzug gab es Bekenntnisse zur »Allianz gegen den Terror«, Überflugrechte, Bereitstellung von Militärbasen und Nutzung geheimdienstlicher Apparate. Auch auf der politischen Ebene wurden – wie auf dem Schachbrett – Rochaden und Stellungswechsel vorgenommen. Die imperialen Spielregeln erklärte der US-Warlord Bush in geradezu pubertärer Schlichtheit: »Heute zielen wir auf Afghanistan, aber die Schlacht ist eine größere. Jeder Staat wird sich entscheiden müssen. In diesem Konflikt gibt es keine Neutralität.« (*FR* v. 8.10.01)

Die Nato-Staaten stellen die Bedingungen und die anvisierten Staaten haben dann nicht mehr viel Zeit, zwischen Belohnung und Verwüstung zu entscheiden. Die Art und Weise, wie die »Allianz gegen den Terror« zusammengestellt wird, erinnert dabei an die Mafia und ist doch nichts weiter als das Gruppenbild einer zivilisierten Welt, in der die Kriterien für die Zugehörigkeit nicht höher liegen als bei einer gewöhnlichen Straßengang.

*Wolf Wetzel*

1. Der Text entstand zu Beginn der Bombardierung Afghanistans.

Wolf Wetzel ist Mitautor des Buches: »Die Hunde bellen ...Von A bis (R)Z. Eine Zeitreise durch die 68er Revolte und die militanten Kämpfe der 70er bis 90er Jahre«, autonome L.U.P.U.S.-Gruppe, Unrast-Verlag, Herbst 2001

# Nicht jede Diskussion führt in die Freiheit

## Die Sehnsucht nach und die Absage an Repräsentationskultur in der antirassistischen Linken

*Im Rahmen des antirassistischen Grenzcamps 2001 im Rhein-Main-Gebiet (siehe* diskus *1.01) fand ein Innenstadt-Aktionstag gegen rassistische Ausgrenzungen in der Frankfurter City statt. Wir, die Gruppe, die diesen Tag vorbereitet hat, blieb bei der Nachbereitung des Aktionstages und des Camps immer wieder an Situationen hängen, in denen Kommunikationen und Handlungen weniger bestimmt waren von gemeinsamen oder unterschiedlichen Interessen und Inhalten. Vielmehr waren sie durchzogen von beständigen (Re-)Konstruktionen der heiligen Trinität, »den Flüchtlingen, den MigrantInnen und den Deutschen (UnterstützerInnen)«. So gab es auf dem Camp kaum ein produktives Entrinnen aus diesem Wirrwarr von real differierenden Hintergründe und beständig wiederhergestellten »identitärer Differenzen«. Während der Diskussion über diese Problematik anhand verschiedener Beispiele stellten wir fest, dass wir selbst immer wieder Teil der von uns kritisierten Strukturen werden und sie in der Rede darüber gleichsam reproduzieren. Der folgende Text rekonstruiert und fingiert die gruppeninterne Diskussion. Uns scheint diese Form am ehesten geeignet, das Fragmenthafte, Widersprüchliche und Unfertige der »unter und zwischen uns« herumgeisternden Eindrücke und Positionen deutlich zu machen.*

*Innen_Stadt_Gruppe_FFM_01*

Erinnert ihr Euch an das Plakat mit dem kleinen schwarzen Jungen, der einen Papierflieger wirft, und oben drüber der Slogan »Nicht jeder Flug führt in die Freiheit«? Aus irgendwelchen Gründen wurde das zum zentralen Mobilisierungsplakat des Grenzcamps erkoren. Da hätte ich gerade schon wieder gehen können. Was soll denn dieser Bezug auf das süße kleine Kind, das doch nur spielen und frei sein will?

In den 80ern und 90ern war es ja mal extrem angesagt, Kinder dafür zu benutzen, das Widerständische und das Authentische zu versinnbildlichen; Kinder mit Waffen in der Hand als Symbol für alle widerständischen Menschen. Ein solches Motiv jetzt wieder aufzugreifen, fällt hinter sämtliche Diskussionen zurück, die in der antirassistischen Linken in den letzten Jahren geführt wurden.

Schief ist es aber auch dann, wenn du den Jungen als das arme Opfer-Kindchen nimmst. Ein Appell an Mitleid – nein, so ein liebes Kind darf man doch nicht abschieben. Hier wirbt man zwar nicht mit der Nützlichkeit des Jungen für sein Bleiberecht – so wie bei den IT-Kräften –, aber man appelliert an ein menschliches Mitgefühl. So als müssten Zuwandernde entweder nützlich, süß oder echt arm dran sein. Dabei geht's dann nicht mehr um eine politische Kritik am Grenzregime, sondern um humanitäres Mitleid, womit man selbst die Spaltung in gute und schlechte Zuwanderer betreibt. In der Konsequenz werden Forderungen nach einem Bleibe- oder Zuzugsrecht jenseits solcher positiv besetzter Kriterien delegitimiert. Gegen den »unschuldigen« Jungen hat »Mehmet« jedenfalls keine Chance.

Eigentlich sollte das Plakat ja ein Fake sein, indem es Motive von Plakaten von Fluggesellschaften oder von Initiativen der Bundesregierung imitiert, um diese Assoziation dann durch den Text zu brechen und eine linksradikale Kritik an der Abschiebepraxis zu formulieren. Ähnlich sollte es ja auch bei der Campzeitung sein, die wie eine Wurfzeitung aufgemacht war, um nicht gleich als Autonomenblättchen zu wirken.

Das ist ja wohl beides gehörig misslungen. Das Plakat war auf dem Camp präsent und es gab kaum Kritik daran, was darüber repräsentiert wird bzw. repräsentiert werden soll. Der Punkt ist doch, dass das Bild mit dem Slogan dem Stil gewisser Teile der Antira-Szene haargenau entspricht. Als Symptom

ist das Plakat eben kein misslungener Fake, sondern eine gelungene Repräsentation eines Politikansatzes, der auf der Betroffenheitsschiene fährt und Opfer, am besten widerständige Opfer, zum Kult erklärt.

So wie auf dem Eröffnungsplenum des Camps, als jemand aus dem Aufnahmelager Schwalbach sehr ausführlich seine Geschichte erzählte; davon, dass er seinem Anwalt nicht mehr traut. Die Reaktion auf dem Plenum war – wie so oft – ein betretenes, peinliches Schweigen. Ansonsten hat sich niemand dazu verhalten. Plötzlich forderte jemand dazu auf, Geld für den Mann zu sammeln. Und es wurde reichlich gespendet, voller Erleichterung etwas tun zu können ...

Aber dass es in der Situation so unklar blieb, worum es ging, hängt doch auch damit zusammen, dass sich auf dem Camp ständig verschiedene Ebenen vermischen: Immer wieder geht es darum, was nach Außen repräsentiert werden soll. Dann soll das Camp ein Ort für konkrete Unterstützungsarbeit sein – dass Leute einen Anwalt suchen, mal aus dem Lager rauskommen und so weiter ... all solche Sachen, die praktisch wichtig sind. Und schließlich gibt es den Gestus und Willen, dass das Camp ein Diskussionsforum ist, auf dem verschiedene Gruppen mit verschiedenen Positionen vertreten sind, die miteinander diskutieren.

Entscheidend ist doch, dass er einfach ins Leere laufen gelassen wurde. Er hat ja auch angedeutet, dass er sich eine andere Reaktion erhofft hatte als zum Empfänger von Almosen zu werden. Außerdem bist du in einer solchen Situation doch schon mit der strukturellen Nichtrepräsentanz solcher Geschichten konfrontiert. Zumindest ergibt sich eine solche Situation genau daraus, dass er sonst kaum Gelegenheit hat, seinen »Fall« darzustellen. Und natürlich gibt es auch durchgesetzte Regeln, wie so ein Plenum läuft. Und wenn es die gibt, dann ist es nur fair, diese eben auch einsichtig zu machen.

Es geht doch über haupt nicht darum, ob der Typ die Situation einschätzen konnte oder nicht ... was weiß denn ich. Offensichtlich gab es ja eine Vielzahl von Leuten, für die diese Veranstaltung genau den passenden Rahmen für seine Erzählung darstellte. Insofern hat er den Rahmen entweder völlig richtig eingeschätzt oder aber das Problem liegt darin, dass es den Rahmen so gar nicht gab. Was mich viel mehr nervt ist, dass manche aus dem Campspektrum doch geradezu ein Bedürfnis nach solchen möglichst krassen, möglichst persönlichen Geschichten haben – und den Beitrag von dem Typ zur Flüchtlingssaga inszeniert

haben. Er wurde mit den Worten angekündigt: »Jetzt will noch ein Flüchtling aus Schwalbach was sagen«. Wenn ich ans Mikrophon gehe, sagt doch auch niemand, »Jetzt kommt ein deutscher Student« oder so was. Dabei geht es nicht einfach nur darum, wie ich benannt werde, sondern welche Haltung sich genau darin ausdrückt – diese Mischung aus Bevormundung, Ignoranz und Gutmenschentum.

Aus dieser Haltung ziehen doch manche noch ihr politisches Selbstverständnis. Das hat sich ja auch an der Reaktion auf den Typ von *Kanak Attack* gezeigt, der am nächsten Tag die Art, wie der Beitrag als Flüchtlingsrede inszeniert wurde, scharf kritisiert hatte. Prompt wurde ihm entgegengeballert, dass er doch gehen solle, wenn er sich solche Geschichten nicht anhören mag; so sei halt die Wirklichkeit. Was ist ergreifender und passt besser in die eigenen Schemata als ein Flüchtling, der sich hinstellt und seine Story vom Schweinesystem erzählt? Je betroffener, umso besser, das legitimiert noch die eigene politische Betätigung.

Das stimmt schon, aber es ist auch ein bisschen billig, immer alles auf die Gutmenschen-Antiras zu schieben. Es ist doch erst mal wahrzunehmen, dass sich Schwierigkeiten ergeben, wenn Leute von unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen aus sprechen. Da sind Klüfte präsent, die sich in solchen Situationen artikulieren, die aber nicht erst hier produziert werden. Da sitzen eben nicht nur mitunter nervige Leute mit auf dem Plenum, sondern der ganze Ballast rassistischer Segmentierungen, durch die die unterschiedlichen Lebensrealitäten und Sprechpositionen hergestellt werden.

Das mag ja sein, aber es gibt ja auch andere als durch rassistische Zuschreibungen hergestellte Spaltungen. Als seien die, die den Status »Flüchtling«, »Migrantin« oder »Deutsche« zugewiesen bekommen haben, in sich homogene Gruppen. Indem Unterschiede immer wieder auf diese Identitätsschiene zurückgeführt werden, rekonstruierst du solche Stereotype, und die Heterogenität der konkreten Situation, aber auch der Lebenssituationen und interne Differenzen fallen völlig raus.

Aber solche starren Festlegungen werden doch permanent vorgenommen. Genau das ist passiert, als die Presseerklärung zu den Überfällen auf einen Frankfurter Genossen Anfang September mit dem Satz endetet, dass »das, was für viele Flüchtlinge und MigrantInnen schon lange Realität war, jetzt in aller Brutalität auch einen Freund und Genossen von uns getroffen hat«. Obwohl ich weiß, dass dies keineswegs beabsichtigt war, wird durch die Gegenüberstellung eine Trennung ausgedrückt zwischen (deutschen) GenossInnen und Freunden einerseits, die den aktiven, widerständischen Part übernehmen und deshalb Gefahr laufen, angegriffen zu werden, und Flüchtlingen und MigrantInnen andererseits, die aufgrund ihres »Andersseins« angegriffen werden. In diesen »wir«-»die«-Kategorien werden Flüchtlinge und MigrantInnen auf den Opferstatus festgelegt. Als ob es keine Schnittmenge zwischen den beiden konstruierten Gruppen geben würde, als ob Genossen nicht migrantisch sein könnten und MigrantInnen nicht genossisch.

Ich will doch noch mal zurück zu dem Thema »Repräsentation«. Am ersten Abend des Camps, noch während des Aufbaus, ging es plötzlich darum, dass ganz dringend Flüchtlinge abgeholt werden müssen, die in Schwalbach vor dem Tor warten. Da war sofort eine panische Stimmung da: Das muss jetzt ganz schnell gehen, Nachfragen unbotmäßig. Dann bin ich halt auch mit hingefahren. Dummerweise hat vor dem Tor überhaupt niemand gewartet. Vielmehr lief dann jemand vom Camp hektisch durch die Unterkunft und hat Leute gesucht. Es war so augenfällig, dass sich hier das Anliegen der UnterstützerInnen ausgetobt hat, eine Präsenz von Flüchtlingen auf dem Camp zu haben. Wichtig war, dass sie da waren und zwar nicht als Personen mit bestimmten Interessen, sondern als »Repräsentationsflüchtlinge«.

Hauptsache, das Bild stimmt und zwar sowohl nach Außen als auch gegenüber der eigenen politischen Legitimität a la »Wir sind *doch* ein antirassistisches Camp, das Kontakte zu Flüchtlingen hat, und

nicht nur für sie und über ihre Köpfe hinweg agiert«. Kannst du dir vorstellen, dass mit derselben moralingetränkten Aufgeregtheit jemand übers Camp läuft, weil zehn Punker vom Bahnhof abgeholt werden sollen?

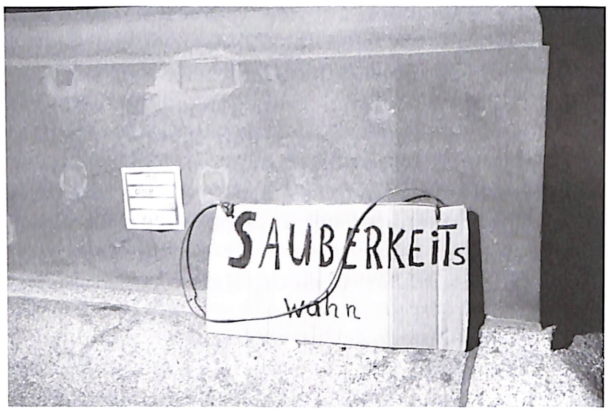
Da würde ich uns gar nicht so rausnehmen. Wie war das denn auf dem Innenstadt-Tag auf unserem Konzert? Da war es doch so, dass wir erst drei »deutsche Bands« hatten und dann Microphone Mafia

noch dazu eingeladen haben. Hatten die nicht ein Stück weit auch eine Alibifunktion, als Gruppe die migrantische Jugendliche anzieht und sozusagen »vertritt«? Natürlich kann ich auch mit deren Musik was anfangen. Knifflig wird es doch genau an dem Punkt, dass ich mich ja sehr wohl darum schere, wem ich eine Bühne geben will und wer sich »repräsentieren« kann. Darin gibt es aber diesen Moment von »ja, ja, eine migrantische Band wäre auch wichtig«. Das ist halt ein scheiß instrumentelles Verhältnis.

In dem die Stereotype allerdings nur bestätigt werden. Die beiden Typen von Microphone Mafia bezeichnen sich selbst als deutsch-türkisch-italienische Band, womit sie eine eindeutige Repräsentation bewusst konterkarieren. Wenn sie dann bei uns schlicht als Migranten-HipHop firmieren, sind es wir, die hinter die tatsächliche Differenziertheit zurückfallen.

Zumindest ist es schwierig, damit umzugehen, wenn man eine »deutsche« Gruppe ist und gleichzeitig den Anspruch hat, nicht nur »stellvertretend für« jemanden Politik zu machen. Natürlich versuchen wir das zu vermeiden, indem wir darauf insistieren, dass »uns« der kontrollierte städtische Raum anwidert. Insofern versuchen wir unsere Haltung zum Ausgangspunkt zu machen und nicht irgendwelche Anderen, die ausgegrenzt werden. Hinsichtlich des Tons, den man anschlägt, macht es für mich auch einen gravierenden Unterschied, ob man auf sein Transparent »Eure Grenzen kotzen uns an« oder »Abschiebung ist Mord« schreibt. Hinsichtlich der Sprache, der Symbolik und der Aktionen, die man wählt, gibt es Entscheidungsspielräume. Gleichwohl ist man damit strukturell aus dem Dilemma noch nicht draußen. Für den Innenstadttag während des Camps hatten wir doch zum Beispiel überlegt, in der B-Ebene eine Aktion gegen rassistische Kontrollen zu machen – Arbeitstitel »Rappen gegen Deppen«. Nur können wir nicht rappen. Und wir haben mordsrumgemacht, wie wir jetzt Leute ansprechen können: »Hey, ihr könnt doch rappen und ihr als Migranten habt doch auch echt schlechte Erfahrungen mit den Sicherheitstypen gemacht; wollt ihr nicht während des Innenstadttages die Show reißen?« Wie willst du das denn sagen?

Natürlich ist das schwierig. Solche funktionalistischen Verhältnisse hätten wir aber vermeiden




können, wenn wir uns zu einem viel früheren Zeitpunkt mit Leuten zusammengesetzt hätten und es offen gewesen wäre, was man zusammen machen will.

Als ich mit einem der »Rapkandidaten« gesprochen habe, hat er auch erst mal seine Skepsis gegenüber unserer Anfrage zum Ausdruck gebracht. Aus der Aktion wurde dann zwar nichts, aber die Auseinandersetzung über das schräge Verhältnis hat auch Verbindungen hergestellt, an die wir zukünftig anknüpfen könnten. Meines Erachtens geht es weder darum, unterschiedliche Hintergründe zu leugnen, noch sie festzuzurren, sondern nach Punkten zu suchen, an denen man sich trifft und auch gemeinsam was losmachen kann.

Tatsächlich hängst du aber sehr oft in diesen Repräsentationsgeschichten, zumal ja auch die meisten Organisierungen in genau diesen Bahnen verlaufen. Könnt Ihr Euch an die Veranstaltung von *diskus* und *jungle world* im BCN-Cafe im vergangenen Jahr erinnern? In gewisser Weise »entspricht« es eben der gegenwärtigen politischen Antira-Landschaft, dass da ein »Deutscher« für die eher klassische Antifaposition, ein »Migrant« für *Kanak Attack* und ein »Flüchtling« für *The Voice* auf dem Podium sitzen. Wenn du dich bemühst, verschiedene Positionen darzustellen, dann rutschst du sehr schnell in diese Repräsentationslogik und prompt sitzen die Leute als RepräsentantInnen da.

Das wird aber doch erst dann problematisch, wenn die Beiträge dann an diese SprecherInnenposition gebunden bleiben. Zum Beispiel hat der Vertreter von *The Voice* politische Einschätzungen vertreten, die echt nicht meine waren. Aber es war ein »Flüchtling« und sofort dachte ich: Okay, der ist halt in

einer viel prekäreren Lage und da spare ich mir meine Kritik.

Diese Behutsamkeit im Umgang hat aber auch gar nichts mit Respekt zu tun, sondern mit purer Ignoranz, vielleicht sogar mit Rassismus. Es ist doch okay, wenn die Leute dort als RepräsentantInnen sitzen – wenn sie Positionen repräsentieren und nicht vermeintliche Identitäten. Speziell den Leuten von *The Voice* wird doch häufig so begegnet, als seien sie Gäste: Freundlich, diskret und bloß keinen Eklat produzieren. Das ist kein Verhältnis, in dem du Leute ernst nimmst. Und nur wenn du das tust, kannst du sie auch kritisieren, aber auch Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausloten. Statt sich ständig in Fragen über Differenzen, Repräsentation und Identitäten zu wälzen, fände ich es wichtiger, über die Positionen als inhaltliche Statements zu diskutieren.

Es ist aber leider nicht so, dass Statements von den Positionen, von denen aus sie geäußert werden, völlig entkoppelt sind. Und solange diese Verbindung real wirksam ist, solange Leuten hierarchische Positionen zugewiesen werden, kannst du das nicht einfach wegreden oder ignorieren. Zumindest ignorierst du damit, dass die Frage, wer, wie, wo und was sagt, nicht frei ist, sondern von Machtverhältnissen durchzogen ist, die du nicht einfach voluntaristisch wegwischen kannst.

Du kannst sie aber durcheinanderbringen. Ich fand beispielsweise die Performance von dem Vertreter von *Kanak Attack* auf der BCN-Veranstaltung eigentlich ziemlich irritierend. Da saß er, hat sich eloquent präsentiert und sich und den Typen von *The Voice* als Kanaken bezeichnet. Da dachte ich mir, ach komm, mach mal nicht die eminenten Unterschiede zwischen dir und dem Flüchtling weg, der sich unter anderem mit der Residenzpflicht rumzuschlagen hat. Gleichzeitig war ich erstaunt darüber, warum es mich in meiner Position jetzt gerade ihm gegenüber so reizt, das Spektrum von besseren oder schlechteren Lebensrealitäten wieder in Ordnung bringen zu müssen.

Statt immer wieder diese getrennten Sphären zu festigen, müssten der Blick und die politischen Ansätze doch viel stärker auf die jeweiligen Schnittpunkte, Vermengungen und Unklarheiten zielen und hier was herstellen. Es geht eben um eine Aufmerksamkeit für solche Orte, Momente und Verbindungen, die es dir möglich macht, den ganzen Identitätskrempel hinter dir zu lassen und die politischen Inhalte in den Vordergrund zu stellen. Ich muss ja nicht so tun, als sei jeder aus dem Aufnahmelager in Schwalbach mein bester Freund, und irgendwelche vermeintlichen Bündnisse und Gemeinsamkeiten übers Knie brechen. Aber es geht darum, die politische Perspektive sehr konkret in eine Richtung zu drehen, in der ein Austausch mit Leuten und Gruppen, mit denen ich was anfangen kann, möglich und selbstverständlich wird.


Jungle World

Jungle World
Die Wochenzeitung

Berlin

Die linke Wochenzeitung
WWW.JUNGLE-WORLD.COM

Probe Abo:

☐ Ja, ich will Jungle World 6 Wochen für 20 Mark testen.
Das Abo verlängert sich nicht automatisch.
Einen Zwanzigmarkschein oder einen Scheck habe ich beigelegt.

Name

Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Jungle World · Bergmannstr. 68 · 10961 Berlin

Jeden ersten Mittwoch im Monat mit
Subtropen
Die monatliche Beilage für Kritik und Versprechen

# Über den Antisemitismus der Nationalsozialisten

## Antrittsvorlesung von Philippe Burrin

*Zum Sommersemester 2001 wurde nach Verhandlungen zwischen dem Land Hessen, der Stadt Frankfurt und dem Förderverein des Fritz Bauer Instituts an der Universität Frankfurt eine Gastprofessur zur Geschichte und Wirkung des Holocaust eingerichtet. Erster Inhaber des Lehrstuhls, der jährlich neu vergeben wird, ist der Schweizer Historiker Philippe Burrin. Neben seinen bisherigen Forschungsarbeiten zur Kollaboration der französischen Vichy-Regierung mit dem nationalsozialistischen Regime gilt insbesondere seine Studie über »Hitler und die Juden«, die 1993 erschien, als ein wesentlicher Beitrag zur Ausdifferenzierung der geschichtswissenschaftlichen Debatte zwischen Funktionalisten und Intentionalisten. Einen Schwerpunkt seiner Forschungs- und Lehrtätigkeiten bildet gegenwärtig die Frage nach dem »Antisemitismus der Nationalsozialisten«, dessen Untersuchung er als ein Desiderat in der geschichtswissenschaftlichen Forschung beschreibt.*

*Philippe Burrin geht der Frage nach, wie es sich erklären lässt, dass das nationalsozialistische Regime von Norwegen bis nach Griechenland und vom Kaukasus bis zu den Kanalinseln Jagd auf Juden machte, mit dem Ziel, sie zu töten. Für ihn bietet der nationalsozialistische Antisemitismus eine wichtige Grundlage, um diese Frage beantworten zu können.*

*In seiner Antrittsvorlesung »Über den Antisemitismus der Nationalsozialisten«, die er am 11. Juni 2001 hielt, ging Philippe Burrin diesen Fragen nach. Wir veröffentlichen den Vortrag in stark gekürzter Form.*

*ck/tm*

Zum Thema des nachstehenden Vortrags wird am 19. und 20. April 2002 in Frankfurt eine internationale Konferenz von Philippe Burrin ausgerichtet.

Das Thema des Antisemitismus der Nationalsozialisten hängt auf das Engste mit der Frage nach der Destruktivität des Nationalsozialismus zusammen, dessen Kulminationspunkt der Holocaust war. Bevor ich beginne, lassen Sie mich zunächst den Rahmen andeuten, in dem das Thema für mich steht.

Die Vernichtung der europäischen Juden kann durch verschiedene Faktoren erklärt werden; meines Erachtens waren vor allem zwei Punkte entscheidend. Erstens die Existenz eines Regimes, das über die Res-

sourcen eines modernen Staates verfügte, über einen weitreichenden Parteiapparat und einen äußerst beliebten Führer. Der zweite Faktor war die Ideologie. Auch wenn sie völlig zusammengestückelt war, bot sie doch klare Handlungsanweisungen und einen ausgezeichneten Nährboden für Gewalt.

Das Deutschland der Jahre 1933 bis 1945 war unter der Führung einer neuen politischen Elite, die von Anfang an ein Potential zum Genozid hatte und die sich nach Kriegsbeginn zu einer »Gemeinschaft des Genozid« entwickelte. Diese neue Elite nutzte eine Krisensituation aus und fand die Unterstützung eines großen Teils der alten Elite und der Bevölkerung, und zwar aus Gründen, die im wesentlichen nichts mit dem mörderischen Potential im Zentrum der Ideologie zu tun hatten. Der anfängliche Erfolg kam der neuen Elite dabei sehr zu gute, und sie konnte diese Unterstützung noch lange während der Zeit des Krieges halten. Dadurch gelang es ihr, den Widerstand, ja sogar die Ablehnung ihrer destruktiven Politik zu minimieren.

Diese Interpretation bestärkt uns in doppelter Hinsicht, die nationalsozialistische Ideologie des Antisemitismus ernst zu nehmen. Denn die wissenschaftliche Beschäftigung mit diesem Thema kann uns einerseits die Repräsentationen – die Bilder und Bedeutungswelten – der Nazi-Elite und ihrer Handlungsmotive eröffnen. Andererseits ließe sich die Frage klären, welche Faktoren die Komplizenschaft der alten Eliten und der Bevölkerung zugleich förderten. [...]

Man kann sich dem Antisemitismus führender Nazis, der »ermächtigten« Stimmen und allen voran Hitler, auf verschiedenen Wegen nähern. Die übliche Methode ließe die diversen Inkarnationen der Juden Revue passieren (der Kapitalist, der Revolutionär, der Kriminelle etc.) oder das Repertoire an Metaphern (Spinnen, Blutegel, Mikroben etc.). Irgendwie landet man immer bei der Auflistung der negativen nationalsozialistischen Bilder von Juden.

Ich möchte mit meinem Vortrag eine ganz andere Richtung einschlagen und mit den positiv besetzten Werten der Nationalsozialisten beginnen, und dann betrachten, in welchem Verhältnis die Bilder über »den Juden« zu diesen Werten standen. Nur wenn wir dieses doppelte Register führen, gehen wir mit unserem Thema angemessen um, behaupte ich. Auch wenn negative Bilder wichtig für die Verstärkung von Vorurteilen sind, müssen wir dennoch bezweifeln, dass Menschen sich von ihnen allein zu Extremen wie einem Genozid treiben lassen, es sei denn, diese negativen Bilder sind sehr stark mit positiv besetzten Werten verbunden. [...]

Indem ich dieser methodischen Entscheidung folge, möchte ich drei Repräsentations- bzw. Bild- und Bedeutungskomplexe erörtern, die von den Nationalsozialisten aufgewertet wurden und um die die meisten ihrer antisemitischen Äußerungen kreisten: Gesundheit, Macht und Kultur. Diese Themen werden analytisch getrennt, obwohl sie im nationalsozialistischen Diskurs in einander verstrickt waren. Sie können jedoch nicht isoliert verstanden werden, sondern als Zentren in einem Bündel von Vorstellungen und Begriffen, die semantisch mit einander verwandt sind. Es ist kaum erwähnenswert, dass diese Themen in allen modernen Gesellschaften nicht nur der Gegenstand von Konsens, sondern auch von konkurrierenden Interpretationen gewesen sind; sie waren abhängig von politischen Vorstellungen, seien sie liberal, demokratisch, sozialistisch oder konservativ. Aufgrund ihres Machtmonopols konnten die Nazis ihre Interpretation durchsetzen. Doch sie schufen sie nicht aus dem Nichts: ihre Interpretation hatte ihre Wurzeln in der deutschen Geschichte und Kultur.

[...]

## Repräsentationen

[Die nun folgenden] Darstellungen dieser Bilder- und Bedeutungskomplexe haben ganz offensichtlich im Rassismus ihre gemeinsame Basis.

### Gesundheit

Das erste Bedeutungsbündel »Gesundheit« umfasst einerseits Sauberkeits- und Reinheitsvorstellungen, andererseits Arbeit und Produktivität. Das heißt, in der einen Richtung Symbole der Disziplin und Abgeschlossenheit und in der anderen Richtung Symbole der Fähigkeit und des sozialen Wertes. Dieses Bedeutungsbündel machte besonderen Sinn im Kontext der Idee des »Volkskörpers«, eines Kollektivs, das man in den Begriffen eines Organismus verstand.

Man muss die große Bedeutung von Begriffen wie »Gesundheit« oder »Arbeit« für die Atlantischen Gesellschaften seit dem 19. Jh. nicht besonders hervorheben. Wir alle sind uns ihrer Institutionalisierung bewusst, sie reicht von der Gesundheitsversorgung bis zum Bildungssystem; und wir kennen auch die Diskurse, die sie durchdringen und umgeben, ob sie sich nun um die häusliche Hygiene, die Disziplin des Körpers oder den Kult der Arbeit drehen. Diese Tendenz kulminiert um die Jahrhundertwende in der Eugenik und im Rassismus, dessen wissenschaftlicher Unterbau eine erhebliche Rolle bei der gesellschaftlichen Verbreitung von Reinheits-, Selektions- und Zuchtideen spielte; und diese Vorstellungen bezogen sich gleichermaßen auf das Ausmerzen behinderter Menschen wie auf die Züchtung erbgesunden Nachwuchses.

In diesem neuen Kontext wurden die traditionellen anti-jüdischen Stereotypen neu belebt. Die noch aus dem Mittelalter stammende Verknüpfung von Juden und Schmutz wurde durch die Einwanderung der so genannten »Ostjuden« wieder aktuell. Die Bilder des Parasitären, der ökonomischen Ausbeutung von Nicht-Juden, erhielten von der Religion der Arbeit neue Impulse; dabei wurde Arbeit als produktive Arbeit gerühmt und in Opposition zu Spekulation gesetzt. Und das Klischee vom jüdischen Krankheitsüberträger wurde durch den expandierenden biologischen Diskurs über Keime und Mikroben weiter aufgebläht. Solche Verknüpfungen waren leicht zu akkumulieren, riefen Ekel und den Wunsch nach Reinigung hervor.

Das nationalsozialistische Regime war in vielen Hinsichten die ultimative Verkörperung des modernen Arbeits- und Gesundheitskultes. Wie niemals zuvor wurden Menschen, die von der staatlich auf-

gezwungenen Norm abwichen, stigmatisiert und verfolgt. Die Überhöhung des schönen und athletischen arischen Körpers und die normative Spezifikation rassischer Gesundheit und Reinheit ließen behinderte Deutsche oder Menschen, die man zu Angehörigen einer »anderen« Rasse stempelte, noch abstoßender erscheinen. Auf die gleiche Art und Weise wurden durch die Aufwertung von Arbeit und Produktivität auch all jene zur Zielscheibe für Verbrechen, die – egal ob deutsch oder nicht – den Erwartungen des Regimes nicht entsprachen; die harte Unterdrückung sogenannter »Asozialer« war in dieser Hinsicht sehr bezeichnend.

[...]

Durch die Repräsentationen aus dem Bereich der Hygiene wurden die Juden noch stärker entmenschlicht als durch die vorangegangenen Bilder der Animalisierung. Die Verknüpfung mit Ungeziefer, Parasiten, Keimen und Mikroben stieß sie in eine Welt noch jenseits der Haustiere, die man wenigstens noch vermenschlichen und dadurch etwas Mitgefühl erwecken konnte. Die Hygienebilder waren tatsächlich noch viel gefährlicher, denn mit ihnen wurden auch so positive Figuren wie Ärzte und Gärtner heraufbeschworen. Der Antisemitismus verkleidete sich mit den Gewändern der Wissenschaft und Technik und veredelte die Gewalt mit dem Geist der Objektivität, der »Sachlichkeit«.

**Macht**

Das zweite Bedeutungsbündel bezieht sich nicht auf Medizin oder Gärtnerei, sondern auf Spannung und Kampf. Seine Quelle ist nicht im Bereich der Hygiene oder im Rassismus zu suchen, sondern in der christlichen Kultur. Einerseits umschließt dies die Idee des Reichs als einer wünschenswerten Verkörperung der Macht und andererseits die Vorstellung, dass innere Einigkeit die Voraussetzung dafür ist, nach außen hin Macht zu haben. Dieses Bedeutungsbündel hat starke Wurzeln in Deutschland und ist die Folge einer langen Geschichte von internationaler Impotenz und latenter Angst vor Teilung, eine Angst, die aus der traumatischen Erfahrung der Religionskriege stammt. Nach 1870 wurden Macht und Einheit auf die Ebene staatstragender Dogmen erhoben, die jedoch meistens scheiterten und enttäuscht wurden; dies trifft auch schon auf die Zeit vor der militärischen Niederlage von 1918 zu, die endgültig alle Ambitionen zerschlug. Im folgenden nahm dann die extreme Rechte, insbesondere aber die Nazis, diese Herausforderung in einer weit radikaleren Weise wieder auf.

Seit Beginn der Emanzipation waren die Juden in der antisemitischen Tradition mit dem Machtthema verbunden. Doch der christliche Anti-Judaismus hatte auch in diesem Fall das Feld gut vorbereitet. Denn im Europa des Mittelalters hatten die Juden nicht nur Verachtung, sondern auch Angst hervorgerufen; dies zeigt sich an der lang anhaltenden Verknüpfung der Juden mit dem Teufel und Antichristen, ganz zu Schweigen von der Bedrohung durch fremde Mächte wie der der Mongolen oder Türken. Diese Repräsentationen basierten auf der Vorstellung, dass die Juden schon immer von einem wilden Hass gegen die Christen besessen waren und sich nach Rache sehnten.

[...]

In der nationalsozialistischen Ideologie war Macht – und alle ihre Folgen wie Größe, Ansehen und Ehre – offensichtlich ein zentraler Begriff. Das Ziel, auf das alles hinstrebte, war ein Deutschland, das in der Lage war, Europa ganz und gar zu beherrschen und den Kontinent politisch und rassisch dergestalt umzuformen, dass dieses Deutschland, wenn schon nicht die Weltherrschaft übernehmen, so doch wenigstens eine Supermacht sein konnte. Doch zuerst mussten die Nazis eine »Volksgemeinschaft« aufbauen, gemäß dem Motto »Ein Volk, ein Reich, ein Führer«, und das beginnt damit, die Entzweiungsarbeit der Juden zu unterbinden. Denn die Juden galten als die »Spalter« schlechthin. Angefangen bei Moses bis hin zu Lenin: ihre Methode war stets, die aristokratischen Eliten innerhalb des Staatskörpers mit Hilfe der Massen niederzuwerfen und außerhalb des Staates die Nationen gegen einander aufzuwiegeln. Ihr Ziel war es, das nationale Prinzip überall zu zerstören, denn dies war das größte Hindernis auf ihrem Weg zu hemmungsloser Machtausübung. In der Wahrnehmung der Nazis bedeutete dies, dass die Juden gleichzeitig – von Moskau aus – das Instrument der Revolution, sowie – von New York und London aus – das Instrument der internationalen Hochfinanz und internationaler Kriege benutzten (auch hier treffen wir wieder auf das Blut-Motiv); dies hatten sie während des ersten Weltkriegs schon einmal getan, als sie die Welt gegen das kaiserliche Deutschland einten. Mehr noch als sein Vorgängerstaat war das Deutschland der Nationalsozialisten die Verkörperung des Nationalprinzips; kein Wunder also, dass man vom internationalen Judentum nichts anderes erwarten konnte als Widerstand gegen den deutschen Aufstieg zur Weltmacht.

Diese Bilderwelten (sets of representations) sind insofern bemerkenswert, als dass sie christliche Muster wieder aufgreifen, zum Beispiel das Motiv der Apokalypse. Der Dualismus von Deutschen und Juden, den er von Chamberlain übernahm, entwickelte sich unter dem Einfluss der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg und der bolschewistischen Revolution zu einem apokalyptischen Kampf um alles oder nichts: entweder Weltherrschaft oder totale Vernichtung. Hitler hat das wirklich ernst gemeint: nach 1939 wiederholte er unermüdlich, dass es nie wieder eine Kapitulation wie die von 1918 geben würde; diesmal würde bis zum »Endsieg« gekämpft. Doch im Unterschied zur christlichen Apokalypse, in der die Gläubigen immer in Gottes Hand blieben, hielt Hitler den Ausgang des Kampfes für offen. Man konnte einen Sieg der Juden nicht ausschließen: also musste man sich auch einen sterbenden Helden vor einem brennenden Himmel vorstellen können. [...]

**Kultur**

Dieses letzte Bedeutungsbündel betrifft Werte, die viel tiefer verankert waren als jene, die zur Erzeugung irgendeiner politisch-institutionellen Einheit erforderlich gewesen wären. Es umfasst neben Kultur auch Kunst und Religion in einer Art und Weise, die eine Sehnsucht nach einer Wiedervereinigung und Verschmelzung der diversen Sphären des gesellschaftlichen Lebens ausdrückt: Politik, Religion, Kunst, Wissenschaft, die im liberalen Zeitalter autonom geworden waren. Seit Beginn des 19. Jh. war diese Sehnsucht das Herzstück einer sehr deutschen Kulturauffassung, die untrennbar mit dem Begriff der Nation – jene Nation drückt ihren Geist in ihrer spezifischen Kultur aus – und der Religion verbunden war – Kultur ist dem Versuch verwandt, sich selbst zu finden und eine Brücke zu Gott zu bauen. Der wohl vertraute Widerspruch zwischen Kultur als dem gemeinschaftlichen, besonderen einer Nation und Zivilisation als dem individualistischen und kosmopolitischen wurde hier vorweggenommen.

Das natürliche Ergebnis dieses breiten Kulturverständnisses war die Vorstellung einer nationalen Religion. Sie hatte ihre Wurzel in der Unzufriedenheit mit den religiösen Spaltungen, die als grundsätzliche Schwäche wahrgenommen wurden. Im 19. Jh. wurde diese Vorstellung wieder und wieder formuliert. Man kann sie z. B. in Wagners Ausführungen zur nationalen Erlösung durch Kunst nachlesen, und sie stand im Mittelpunkt der sich rasch ausbreitenden Ideologie der völkischen Bewegung, deren Ziele gleichzeitig politisch und religiös waren. Was die religiöse Reform betrifft, gingen die Vorschläge der Völkischen in zwei verschiedene Richtungen: entweder ein germanisches Christentum, das heißt, ein Christentum ohne Juden, in dem die ursprüngliche Reinheit wiederhergestellt wird – eine Reinheit, mit der es von einem angeblich arischen Jesus ausgestattet wurde, bevor der Jude Paulus kam und seine ursprüngliche Lehre pervertierte; oder als zweite Variante einen Germanischen Pantheismus, der vollkommen gegen das Christentum war.

Mehr noch als seine völkischen Vorgänger sehnte sich der Nationalsozialismus nach einer ganzheitlichen Kultur, die die sterile Welt der Moderne wieder verzaubern könnte und das Gefühl der Geborgenheit in einer Stammesgemeinschaft neu erschaffen würde. Kunst war für Hitler ein sehr wichtiges Mittel für dieses Ziel. Seine Bauprojekte sollten die Größe des neuen Deutschland bezeugen und darüber hinaus das Vertrauen auf eine zukünftige Ära der kulturellen Blüte erwecken. In einer noch tieferen Schicht nährten die Nazis das Ziel, die religiöse Einheit wieder herzustellen. Sichtbar wurde dies durch die weitverbreitete Inszenierung politischer Rituale und den Gebrauch von Symbolen; noch deutlicher kam dies in den privaten Gedanken Hitlers, Himmlers und Rosenbergs zum Ausdruck, die alle eine Vorstellung hegten, die man als Ethno-Religion bezeichnen könnte. Die Kernpunkte des Christentums wurden dabei verworfen: die Unsterblichkeit der Seele, der Glaube an eine jenseitige Welt, die Erbsünde, die Lehre der Gottes- und Nächstenliebe, die universelle Gültigkeit und ganz zu Schweigen von der Organisation des Klerus.

Diese Ethno-Religion umschloss sowohl eine religiöse Verehrung der Natur als auch ein archaisches Moralsystem. Die Naturreligion beruhte auf der Zurückweisung eines persönlichen Gottes und Schöpfers. An seiner Stelle stand die Vorstellung einer geheimnisvollen und bewundernswerten Schöpfung, in der der Mensch nicht das privilegierte Geschöpf Gottes wie in der Christenheit war, sondern einfach ein Teil einer lebendigen Welt, in der die »Naturgesetze« zu oberst herrschen: der Kampf ums Überleben, die Reinheit der Rasse, das Recht des Stärkeren. In diesem rassistischen Pantheismus gab es Unsterblichkeit nur in der Fortpflanzung und dadurch auch im Überleben der Rasse.

[...]

Zum Abschluss dieses ersten Teils möchte ich die Heterogenität dieser Diskurse hervorheben, deren Hauptkomponenten eine eugenisch-rassistische Wissenschaftsgläubigkeit, Muster des christlichen Kulturerbes und Spuren einer vorchristlichen Vergangenheit waren. Auf einer tieferen Ebene ist ihre Einheit offensichtlich. Man findet sie in den Hassbildern von Juden, die wie ein Stück negativer Universalismus im Herzen einer partikularistischen Ideologie steckten und die ein ungeheures Potential an Feindseligkeit genau deswegen besaßen, weil sie Bilder- und Bedeutungskomplexe aus vollkommen unterschiedlichen Quellen mobilisieren konnten.

[...]

Ein Charakteristikum möchte ich besonders betonen. Das vollkommene Verschwinden der Juden stand im Zentrum all dieser Darstellungskomplexe. Die Juden waren so voller Hass und brachten so viel Verderben, dass eine Koexistenz vollkommen außer Frage stand. Tatsächlich war ihr nacktes Dasein für die Nationalsozialisten so unerträglich, dass sie sich das Verschwinden der Juden auch im ungünstigen Fall eines jüdischen Sieges vorstellen mussten. Dann nämlich, so phantasierten Hitler und Streicher, würden die nichtjüdischen Völker zwar unterliegen, weil die Juden sie zu Tode arbeiten würden. Aber letztlich würden die Juden dann doch aussterben, weil sie keine »Wirtsvölker« mehr hätten. In einem seiner nekrophilen Sätze beschrieb Hitler eine verwüstete und menschenleere Erde, die endlos durch das All rollt.

## Dynamisierungseffekte der ersten Kriegsjahre

Im zweiten Teil möchte ich denselben Darstellungskomplexen im Zeitraum zwischen 1939 und 1942 nachgehen, also zwischen Kriegsbeginn und der sys-

tematischen Durchführung des Genozids. Mit Blick auf die Ideologie bestand die Wirkung des Krieges hauptsächlich darin, den nationalsozialistischen Antisemitismus noch mehr anzuheizen und ihn emotional bis zum Maximum aufzuladen; man schuf einen Kontext, in dem die heterogenen Elemente zusammen gebracht und mit der entsprechenden Sprengkraft artikuliert werden konnten.

Vor 1939 verschwanden die Juden aus Deutschland hauptsächlich als Emigranten, teils freiwillig, teils unter Zwang. Zwischen 1939 und 1941 wurden Pläne für ein weit entferntes »Judenreservat« diskutiert; wären diese Pläne umgesetzt worden, hätte dies in letzter Konsequenz zu einer furchtbaren Dezimierung der jüdischen Bevölkerung geführt. Doch seit dem Sommer '41 in Folge des groß angelegten Mordes an den sowjetischen Juden stellte man sich unter dem »Verschwinden der Juden« nur noch den Massenmord aller europäischen Juden im Einflussbereich des Dritten Reichs vor.

Wenn der Krieg einen derartigen Dynamisierungseffekt auf die nationalsozialistische Ideologie hatte, dann vor allem deswegen, weil im Zentrum ihrer Identität die Krise stand. Die Wirklichkeit des Krieges war in der Vorstellung von einer »Volksgemeinschaft«, die immer auch als »Kampfgemeinschaft« gedacht war, schon vorweggenommen; dies konnte nur, wenn die entsprechenden Umstände eintraten, zu einer zunehmend exklusiveren Definition eines »wir« gegen »die anderen« führen. Darüber hinaus führte der Krieg Notsituationen herbei, deren Bewältigung zu radikalen Maßnahmen verleitete, während er gleichzeitig den Schutz der Legitimität und Geheimhaltung versprach.

Als Konsequenz dieser Selbst-Mobilmachung einer Ideologie, die vollkommen auf Krisensituationen zugeschnitten war, entwickelte sich in der ersten Phase des Krieges eine mörderische Welle. Noch hatten die Deutschen militärischen Erfolg. Angetrieben wurde diese Welle von dem drängenden Ehrgeiz, den Kontinent so schnell und umfassend wie möglich umzugestalten, sei es durch die Reduktion der slawischen Völker, die Eliminierung rassischer Gefahren in Deutschland oder die Rettung sogenannten »deutschen Bluts«, das über den Kontinent zerstreut war.

[...]

[Während sich die Strategie gegen die verschiedenen anderen »Volksfeinde« verändert,] geschieht im Falle der Juden das Gegenteil. Genau zu dem Zeitpunkt, zu dem Hitler aus ganz materiellen Gründen – dem Bedarf an Arbeitskräften, den ungenügenden Unterdrückungsmaßnahmen, der Beschäftigung mit den Reaktionen der deutschen Bevölkerung – die erste mörderische Welle abebben ließ, nimmt der Mord an den Juden ein bisher unbekanntes Ausmaß an. Offensichtlich konnte man ihn ihren Fall nicht warten, bis der Sieg errungen war. Diese Angelegenheit musste bereinigt werden, denn ihre Bedeutung war symbolischer Natur und stark genug, um alle Rücksichten auf Kosten und politische Risiken umzustoßen.

Lassen Sie uns zu unseren Darstellungskomplexen zurückkehren. Das Bedeutungsbündel »Gesundheit« gewann an Gewicht in einem Kontext, in dem militärische Operationen, die Verlegung von ganzen Bevölkerungsteilen und die Verschlechterung der Lebensbedingungen die Hygienerisiken vergrößerten und in dem die Anstrengungen des Krieges immer mehr Arbeiter verlangten. Die besetzten Gebiete Osteuropas, in denen die Juden unter entsetzlichen Lebensbedingungen litten, wurden weithin als Hygienerisiko dargestellt. Seit 1941 beriefen sich sowohl Militär als auch Polizei wiederholt auf die hygienischen Bedingungen, um die Vernichtung ganzer Gemeinden vorzuschlagen oder zu rechtfertigen. Das Bild des parasitären Juden, diesmal auf arbeitsunfähige Juden angewandt, wurde immer häufiger dazu benutzt, um selektive Liquidationen einzuleiten; man verfuhr hier in der gleichen Weise wie mit den behinderten Deutschen und deutschen Häftlingen in Konzentrationslagern nach 1939.

[...]

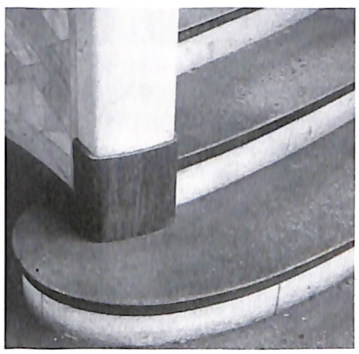
In den Jahren 1941 bis 42 waren Hitlers Tischreden über die Juden mit medizinischen Metaphern durchtränkt. Anders als seine Männer vor Ort redete er selten über eine jüdische Gefahr im Sinn eines Hygienerisikos – wie z. B. der Ausbreitung einer Seuche – oder im Sinn eines Schmarotzertums, das Strafe verdiente. Sein Diskurs hatte einen abstrakteren Ton, er drehte sich um Bazillen und Mikroben und wurde von häufigen Bezugnahmen auf einen Antisemitismus getragen, den er »wissenschaftlich« nannte. [...]

Am 25. Januar 1942 bemerkte Hitler unter direkter Bezugnahme auf den Genozid zu Himmler: »Man muss es schnell machen, es ist nicht besser wenn ich einen Zahn alle drei Monate um ein paar Zentimeter herausziehen lasse – wenn er heraußen ist, ist der Schmerz vorbei.« Dieser Euphemismus ist kaum noch zu überbieten. Er verglich die europäischen Juden mit einem Zahn; nichts deutete mehr auf ihr Leiden hin. Im Gegenteil wurde der Schmerz nicht ihnen zugefügt, sondern einem nicht näher definierten Wesen, Deutschland oder Europa, das schnell wieder gesunden würde.

In Bezug auf das Thema der Macht führte die zunehmende militärische Herausforderung, mit der sich Deutschland konfrontiert sah, zu immer aggressiveren Darstellungen von jüdischer Gewalt. In der zweiten Hälfte des Jahres 1941 führte die fortschreitende Annäherung der Sowjetunion an die anglo-amerikanischen Mächte dazu, dass sich in Hitlers Phantasie die Vorstellung einer allgegenwärtigen jüdischen Bedrohung unverrückbar festsetzte. In seinen öffentlichen Reden der vorangegangenen zwei Jahre hatte er noch verschiedene Gegner: die Juden wurden mit den Briten, Demokraten und Kapitalisten in eine Reihe gestellt. Jetzt jedoch verdichtete er alle seine Feinde in einer einzigen Figur. Die Juden wurden angeklagt,

Deutschland in einem dramatischen Kampf ums Überleben in die Enge zu treiben, einem Kampf um »Sein oder Nichtsein der deutschen Nation«. [...]

Schließlich spielte auch das Bedeutungsbündel »Kultur« eine herausragende Rolle in dieser Phase. Der Krieg zwang Hitler dazu, seine Bauprojekte zurückzuschrauben, und die Bombardierung zerstörte viele bedeutende Bauwerke im ganzen Land. Darüber hinaus musste er den Burgfrieden mit den Kirchen respektieren, insbesondere nachdem Bischof Galen öffentlich sein »Euthanasie«-Programm im Sommer '41 kritisiert hatte; das frustrierte seinen Wunsch, mit den Kirchen so skrupellos umzugehen, wie es ihm passte. Wenigstens konnte er sich während der Tischgespräche seinen anti-christlichen Tiraden hingeben. Diese wurden zwischen 1941 und '42 immer häufiger, und er verurteilte in ihnen den schändlichen Einfluss des Christentums auf die germanische Welt. Mit der gleichen Beharrlichkeit griff er auch die Vergiftung des Christentums durch die Juden an und brandmarkte die katastrophale Zivilisation, die sie geschaffen hatten. Endlich mit den Kirchen abrechnen: das wäre der Ausgangspunkt für die komplette Umwertung aller Werte nach dem Krieg.



Als im Krieg immer mehr aufs Spiel gesetzt werden musste, fühlte Hitler offenbar den Drang, eine Nachkriegsordnung zu entwerfen, mit der die Kosten und Opfer gerechtfertigt werden konnten, die sich inzwischen aufgetürmt hatten. Die Idee des Tausendjährigen Reiches, des Paradies auf Erden, liegt hier nahe, obwohl sie nur schwerlich mit Hitlers Geschichtsvision zu vereinbaren ist, die einen ewigen Kampf der Rassen vorsah. Überdies war die Erlösung nicht allein durch den Mord an den europäischen Juden zu haben. Es mussten auch alle intellektuellen Produkte des Judaismus beseitigt werden: auch »der Jude in uns«.

[...]

Im ganzen heizte der Krieg die bereits existierenden Vorstellungen durch eine gesteigerte Unmittelbarkeit, Dringlichkeit und Wahrscheinlichkeit weiter an und machte die Vernichtung der Juden, in welcher Form auch immer, so wünschenswert wie nie zuvor. Doch der Krieg führte auch dazu, dass ihr Tod unerlässlich erschien, als vorhergehende Lösungen wie Emigration und Deportation zu einem weit entfernten »Reservat« unmöglich wurden und ein Kontext entstand, in dem die verschiedenen Elemente des nationalsozialistischen Antisemitismus zu einer glaubhaften Gesamtaussage zusammengefügt werden konnten. Diese Aussage lässt sich folgendermaßen formulieren: *Erstens:* Unter der Herrschaft der Nationalsozialisten wurden die Juden immer weiter erniedrigt; in Zustand und Erscheinung glichen sie Ungeziefer, insbesondere in Osteuropa; daher musste man sie auch wie Ungeziefer vernichten, das sie ja ohnehin waren. *Zweitens:* Ihr Tod war angemessen, um deutsches Blut zu sühnen und für die schwierige Situation zu büßen, in der das Reich gefangen war; denn die Juden außerhalb des nationalsozialistischen Europa, in London, Moskau und Washington, machten auf der ganzen Welt in einer Art und Weise gegen die Nationalsozialisten Front, dass ein deutscher Sieg, wenn auch nicht ausgeschlossen, so doch extrem kostspielig würde. *Drittens:* in dem Maße, in dem die Kriegssituation glaubhaft einer bereits zuvor feststellten Situation des »Alles oder Nichts« eingepasst werden konnte, war auch die Vernichtung der Juden als erster Schritt unbedingt erforderlich, ein entscheidender Schritt in Richtung einer vollkommen veränderten Zivilisation, eines währenden Heils, das die Beseitigung des gesamten jüdisch-christlichen Erbes erfordern würde.

Lassen Sie mich zum Abschluss daran erinnern, das die Geschichte dieses Genozids noch viele andere Dimensionen zu berücksichtigen hat und die Opfer wie auch die Täter mit einschließen muss. Doch ein genauerer Zugriff auf die Ideologie könnte diese Geschichte sinnvoll ergänzen.

Ich habe zu zeigen versucht, dass der nationalsozialistische Antisemitismus am besten als Konstellation heterogener Bilderwelten analysiert werden kann; intellektuell gesehen ist das eine sehr locker zusammenhängende Konstellation, die dennoch mit einer großen Anziehungskraft ausgestattet ist. In einem gewissen Sinn kann Hass sehr wohl kreativ sein; und der synkretistische Antisemitismus der Nazis war dahingehend kreativ, als dass er in einer einzigartigen Weise kalte Entmenschlichung, Rachsucht und eine utopische Vision miteinander verschmolz. Keinen Moment zweifle ich daran, dass der nationalsozialistische Antisemitismus nicht trotz, sondern gerade aufgrund seines synkretistischen Wesens in der Lage war, den Mord an den europäischen Juden mit einer Bedeutung auszustatten, die den Entscheidungsprozess an der Spitze maßgeblich beeinflusste und – durch viele Filter – zur Enthemmung der Täter beitrug, jenen Hunderttausenden von Deutschen, die direkt an den Morden beteiligt waren.

[...]

Das nationalsozialistische Regime behauptete, Gesundheit, Macht und Kultur zu spenden, und dieser Anspruch scheint im Großen und Ganzen akzeptiert worden zu sein – ebenso wie das Bild, das auf die Juden als die Negation aller dieser Werte projiziert wurde.

[...]

Vielleicht ist dies auch der Aspekt, der uns am meisten beunruhigen kann: dass die Gefahr viel weniger im Hassgebrüll oder im plötzlichen Ausbruch von Gewalt liegt, sondern im Hass, der im Gewand des Diskurses einer vertrauten Kultur daherkommt.

*Philippe Burrin*

# garip dünya

## Frankfurter Häuserkampf 2001 ...

Wer in Frankfurt, der nach München zweitteuersten Stadt des Landes, eine Wohnung sucht oder sich gar mit dem Gedanken trägt, eine WG neu zu gründen, weiß eigentlich schon Bescheid: Es ist schwer, sehr schwer, noch schwerer und vor allem teuer. Wer allerdings der Idee verfällt, sich mit 22 (!) Leuten (inkl. 8 Kindern) auf Wohnungssuche zu begeben, sollte sich die Sache am besten so schnell wie möglich wieder aus dem Kopf schlagen.

Mit so vielen Leuten aber sucht die Gruppe IGL (initiative gemeinsames leben im 21. jahrhundert) eine Bleibe. Die 22 IGLs verstehen sich selbst als »soziale Familie« und haben sich, so ihre Selbstdarstellung, »bewusst für ein Leben, Wohnen und Arbeiten in einer größeren Gemeinschaft« entschieden. Nachdem verschiedene Versuche, über den »freien« Wohnungsmarkt und die Stadt Frankfurt ein geeignetes Domizil für das Projekt zu finden gescheitert waren, entschied sich die Initiative für einen etwas unkonventionelleren Weg der Wohnungssuche: Durch die kurzzeitige Besetzung eines Hauses sollte auf das Projekt und sein Anliegen aufmerksam gemacht und eine breitere Öffentlichkeit geschaffen werden.

Im September war es dann soweit; ein geeignetes Objekt gefunden: Eine schon seit mehreren Jahren leerstehende repräsentative Villa im Frankfurter Westend. Für ein Wochenende reanimierten die IGL-Leute als »Alpha-Team« das leerstehende Haus durch ein breitangelegtes Kulturprogramm mit Diskussionsveranstaltungen, Kindertheater, Bandauftritten und einem Drum & Bass Club. Für einen klitzekleinen Moment blitzte so die Hoffnung auf, eine der unzähligen, als Anwaltskanzleien und Versicherungsbüros zweckentfremdeten Westendvillen könnte endlich einer vernünftigen Nutzung zugeführt werden. Leider wurde nach dieser recht netten Propaganda-der-Tat die schöne Villa (wohl sehr, sehr schweren Herzens, wie ich vermute) montags wieder freiwillig verlassen.

Doch entschloss sich die Gruppe bereits einen Monat später zu einer abermaligen Reanimierung leerstehenden Wohnraums. Diesmal wollte IGL als »Delta-Bau« dauerhaft ein Haus akquirieren. Die Voraussetzungen waren (zumindest moralisch gesehen) gar nicht einmal so schlecht und das Objekt ziemlich gut gewählt: Ein Altbau in der ehemaligen – mittlerweile schon größtenteils abgerissenen – Frankfurter ArbeiterInnensiedlung Bockenheim-West, die right now zum Yuppie-Wohnpark »City-West« upgedated wird. Während besagtes Haus schon vor einiger Zeit von der Besitzerin, der (noch) städtischen Wohnungsbaugesellschaft AGB-Holding, erfolgreich »entmietet« werden konnte, harren in den umliegenden (ebenfalls der Abrissbirne geweihten) Häusern – sehr zum Missfallen der AGB – noch immer etliche renitente MieterInnen aus. Unter ihnen auch solche, die dort schon ein gutes halbes Jahrhundert wohnen und nunmehr 70 bis 80jährig an die frische Luft gesetzt werden sollen. Entsprechend freudig wurden dann auch die AktivistInnen der »Delta-Bau« begrüßt: Nicht zuletzt erhofften sich die AnwohnerInnen durch die Aktion eine Unterstützung ihrer immer mehr auf verlorenen Posten geratenden Bürgerinitiative für den Erhalt der ArbeiterInnensiedlung.

Die AGB-Holding dachte aber natürlich nicht im Traum (aus der Traum) daran, sich ihre lukrativen Sanierungspläne von IGL und Bürgerinitiative durchkreuzen zu lassen: Das Haus wurde gleich am morgen nach der Eröffnungsparty kurzerhand von einer eigens aus der Landeshauptstadt angereisten Cop-Hundertschaft geräumt, Eltern vor den Augen ihrer Kinder in Gefangenentransportern verschleppt und Strafantrag gegen die kreativen und völlig friedlichen HäuserwiederbeleberInnen gestellt. Frankfurter Stadtpolitik at its best.

Zu hoffen bleibt aber trotz alledem, dass sich die IGL-AktivistInnen durch ihre (temporäre) Niederlage nicht so schnell entmutigen lassen und ihre vorbildlichen Aktionen zahlreiche NachahmerInnen finden werden ...

www.igl21.de

*Oliver Groß*

## Termine

Einweihen, Bewältigen, Wohlfühlen: Offizielle Eröffnung des IG Farben-Gebäudes

»Es ist mir eine große Freude und Ehre, daß wir das Ereignis der Einweihung des IG Farben-Gebäudes mit einer so großen Zahl bedeutender Persönlichkeiten aus nah und fern feiern können.«[1] (Rudolf Steinberg) Zu diesen für den Universitätspräsidenten bedeutenden Persönlichkeiten zählten die Überlebenden des Zwangsarbeiterlagers der IG Farben in Buna-Monowitz nicht, dabei ging es am 26. Oktober doch um die Eröffnung des ehemaligen Hauptsitzes der IG Farben als neuem Gebäude der Universität Frankfurt.

Bei der vorangegangenen Einweihung einer Gedenktafel am Eingang des Gebäudes begrüßte Steinberg noch die wenigen Überlebenden, die zur Zeremonie erschienen waren. Er räumte ihnen jedoch keine Möglichkeit ein, an diesem Orte zu reden, weshalb viele nicht kamen.

An das IG-Farben Gebäude als amerikanisches Hauptquartier erinnerte General a.D. Joulwan; den Grund amerikanischer Anwesenheit in Deutschland gab Roland Koch der nationalen Verdrängung anheim. Er sprang von der Universitätsgründung im Kaiserreich in die Nachkriegszeit. Gut, dass der Großteil seiner Rede durch studentische Proteste unhörbar gemacht wurde. Ruth Wagner, hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst, hingegen verschweigt nicht die Vergangenheit, sondern findet den Anschluss:

»Gerade in Zeiten, in denen die gesellschaftlichen und politischen Umbrüche uns zu überwältigen scheinen, ist es gut, sich unserer Geschichte, unserer Herkunft, unseres kulturellen Erbes, unseres geistigen und emotionalen Hintergrunds zu versichern. Dieser Ort ist in besonderer Weise dafür geeignet«

Wie gut der Ort sich auf das Erinnerungsvermögen von Frau Wagner auswirkt, zeigt sich u.a. darin, dass sie sich nur an das Versprechen für eine Gedenktafel erinnert (was durch Druck von Überlebenden und Studierenden eingelöst werden musste), aber das andere Versprechen, noch einmal die Überlebenden von Buna-Monowitz nach Frankfurt einzuladen nicht mehr erwähnt. Gerade ein solches Treffen der Überlebenden in Frankfurt, das u.a. für Zeitzeugengespräche mit SchülerInnen und Studierenden dienen könnte, bleibt eine uneingelöste Forderung, für die sich die ›Initiative Studierender im IG Farben Gebäude‹ weiter einsetzen wird.

Schon bisher ging die Initiative, sich mit der Geschichte des IG Farben Gebäudes auseinanderzusetzen, nur von Studierenden aus – meist gegen den Widerstand der Universitätsleitung. Die Einrichtung der von der Universitätsleitung nun so gefeierten Dauerausstellung im IG Farben Gebäude geht auf einen studentischen Konventsantrag vom Januar 1999 zurück, ebenso wie die Festlegung auf den Namen »IG Farben Gebäude« – wobei letzteren Beschluss zu unterlaufen sich auch die neue Unileitung und ihr Presseorgan *Uni-Report* alle Mühe gibt: Das »Poelzig-Ensemble« auf dem »Campus Westend«.

Es kann nicht darum gehen, Geschichte als einmal Festgeschriebene zu erfahren, sie durch Fensterchen, als Plexiglastafeln einer Ausstellung materialisiert, zu betrachten. Nur immer erneute Begegnung mit der Geschichte kann der von Koch u.a. vollzogenen Verdrängung der Geschichte entgegenstehen. »Der Widerstand kann nur vorangebracht werden, indem man sich eine historische Quelle nicht als ein Fenster, durch das die Vergangenheit, so ›wie sie wirklich war‹, gesehen werden kann, sondern vielmehr als eine Mauer vorstellt, die durchbrochen werden muss, wenn dem ›Schrecken der Geschichte‹ direkt begegnet und die Angst, die sie einflößt, zerstreut werden soll.«[2] Nur durch Auseinandersetzung und nicht Verdrängung, kann dem Schrecken vor dem, was geschah und damit geschehen kann, begegnet werden.

Wir werden in den kommenden Monaten Veranstaltungen zu der Geschichte der IG Farben organisieren. Doch ebenso werden wir uns damit auseinandersetzen, dass es IG Farben immer noch gibt, seit mehr als 50 Jahren in Abwicklung. Dieser Überrest des einstigen Konzerns – nachdem BASF, Bayer und Höchst ausgegliedert worden waren –, macht immer noch Versuche ehemaliges Firmenvermögen zurückzuerhalten und sorgt sich um das finanzielle Wohlergehen der IG Aktionäre. Das ›bundesweite Bündnis gegen IG Farben‹ arbeitet schon seit Jahren für die wirkliche Auflösung der IG Farben, ein Protest, dem wir uns anschließen. So sprach auf der alternativen Eröffnungsveranstaltung am 26.10.2001 Peter Gingold als Vertreter des ›Bündnisses gegen IG Farben‹. Wir fordern die sofortige Auflösung von IG Farben in Abwicklung und eine Verwendung des verbliebenen Geldes zur Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter und zum Erhalt der Gedenkstätte Auschwitz.

Zum Abschluss sei Micha Brumliks Vorschlag der Benennung des Uni-Vorplatzes nach dem Mann, der Anfang der 50er Jahre als Überlebender von Buna-Monowitz einen Prozess gegen verantwortliche IG Manager anstrengte, unterstützt: »Wir hätten es dann künftig mit dem geisteswissenschaftlichen Campus der Johann Wolfgang Goethe Universität im IG Farben Gebäude, Norbert-Wollheim-Platz 1 zu tun.«

*Initiative Studierender*
*im IG Farben Gebäude*

_1.. Alle Zitate aus Reden zu den universitären Eröffnungsfeierlichkeiten am 26.10.01 entstammen der von der Pressestelle der Universität herausgegebenen Pressemappe.
_2.. Hayden White: Die Politik der historischen Interpretation: Disziplin und Entsublimierung, in: ders.: Die Bedeutung der Form, FfM 1990, S. 78–107, hier S. 106.

## Neue Mitten und Ex-Zentrische Orte. Praktische Kritik der unternehmerischen Stadt

Prognostizierte Michel de Certeau Anfang der 80er Jahre den Niedergang der Konzept-Stadt und das

Überleben urbaner Klammheimlichkeiten des alltäglichen Handelns, so verweisen konsum- und kontrollorientierte Megaprojekte und Festivalisierungstendenzen auf eine konträre Entwicklung: Nur städteplanerische und architektonische Größe, so das Bigness-Postulat des niederländischen Architekten Rem Koolhaas, werde dem herrschenden »Regime der Komplexität« gerecht. Der von dem Künstler und Kurator Jochen Becker herausgegebenen Sammelband *bignes? Kritik der unternehmerischen Stadt* spürt den Macht- und Herrschaftseffekten nach, die diese Projekte hervorbringen. Zugleich sammelt der Band Anzeichen der immanenten Krisenhaftigkeit großmaßstäblicher Projekte und oft wenig bekannte Beispiele linken städtischen Handelns. Gerade diese letzte historisierende und archivarische Perspektive des Samplers verbindet die kritischen Praktiken zu einer widerspenstigen Spur durch die postfordistische Stadt.

*bignes?* ist damit im besten aller möglichen Sinne ein Reader, der das Format des Readers gleichzeitig übersteigt: Der Band ist die Dokumentation und Weiterführung einer Film- und Vortragsreihe, die die Filmkuratorin Madeleine Bernstorff und Jochen Becker für das Sonderprogramm der Oberhausener Kurzfilmtagen 1999 erstellten – in jener ehemaligen Industriestadt also, die paradigmatisch auf einer Stahlwerkbrache einen gigantischen Konsum- und Erlebniskomplex mit dem Namen »Neue Mitte Oberhausens« eröffnet hat.

In der Einleitung betont Becker das höchst ambivalente Verhältnis zwischen unternehmerisch dynamisierten Großprojekten und Politik, das mit dem Begriff der Privatisierung nur verkürzt zu (be)greifen ist: Proklamieren erstere zwar stets die Vorteile einer ungebremsten Marktdynamik für die Stadtplanung, so laufen Finanzierung und Auftragsvergabe oft über die öffentliche Hand. Auch für die Krisen der Großprojekte tragen in den meisten Fällen die Kommunen das finanzielle Risiko. Ein Beispiel für ein solches Misslingen zeigen die Ausschnitte des Videofilms »A country's new dawn« von Sandra Schäfer anhand der Versteigerung des Interieurs des Millennium Dome nur ein Jahr nach seiner Eröffnung. Der Beitrag »Zeit abgelaufen« von futur_perfect treibt die Möglichkeit des Scheiterns auf die produktiv-fiktive Spitze, indem die Besetzung und Nutzung des gerade im Bau befindlichen Space Park Bremen nach dessen ökonomischem Niedergang im Jahr 2010 phantasiert wird. Zugleich verdeutlicht der Text die zentrale Funktion derartige Megaprojekte für die Imageproduktion der im Standortwettbewerb stehenden Städte, die kaum vom »Gelingen« des Projekts abhängig ist.

In dem analytisch angelegten Aufsatz »Konsumfestungen und Raumpatrouillen« zeigt der Stadtforscher Klaus Ronnenberger, wie sich ökonomische Umstrukturierung und revanchistische Vorstellungen der Mittelklassen verbinden. Dem zufolge entsteht ein »neuer Kontrolltypus«, der sich in diversifizierten städtischen Räumen unterschiedlich niederschlägt. Detailreich sammeln die beiden Notizen des Filmemachers Harun Farocki »Amerikanische Einstellungen« und »Kontrollblicke« Schnipsel über ökonomisch-funktionalistische Anordnung und elektronische Evaluierung des Mall-Interieurs und den neuen Kontrolltyp der elektronischen Überwachung im privatisierten Gefängnis. Die Parallelsetzung der beiden Notizen im Buch verdeutlicht die Nichtrepräsentierbarkeit des neuen Gefängnistypus, wie auch die Relevanz von Betreibern und deren Spezialisten in der Produktion homologer Raummilieus im Gefängnis und der »Kathedrale Mall«.

Die Diskussion um Macht und Raum zieht sich durch das ganze Buch. Die Verteilung und Lokalisierung von Macht im Raum und die Bedeutung der Kontrolle des Raums stehen ebenso im Mittelpunkt wie die Überschneidungen mit Wissen und Diskursen, die für die Produktion von Imagestrategien und Machttechnologien zentral sind. So weist auch der Beitrag von Ludger Basten über die Verlagerung von Entscheidungszentren in der Oberhausener Stadtverwaltung in diese Richtung, der zeigt, dass der Umbau zum »Amt ohne Ämter« das unternehmerische Expertentum fördert und die kommunalen Gremien entpolitisiert. Oder Mogniss H. Abdallah's Analyse der »Banlieue Show«, die die Medialisierung einer nicht mehr auf das Soziale ausgerichteten Stadtpolitik am Beispiel des Abrissspektakels von Wohnblocks in den Pariser Banlieues nachzeichnet.

*bignes?* ist aber nicht nur eine Sammlung äußerst lesens- und betrachtenswerter Visualisierungen und Analysen unternehmerischer Stadtgroßprojekte und Imageproduktionen, sondern zugleich ein eminent wichtiges Archiv städtischer, kritischer, künstlerischer Praxis. So lassen sich Beiträge zu einzelnen Projekten der 90er Jahre wie InnenStadt-Aktion, A-Clip, die »Mission« in Hamburg, Reclaim the Streets, das Berliner Architektur-Kollektiv »freies fach« oder City Crime Control aus Bremen finden. Die Collage aus Videoschnipseln, Quartierserzählungen und Interviewauszügen von Margit Czenki und Christoph Schäfer über die Hamburger Initiative »park fiction« bezieht sich zum Beispiel auf ein Projekt, das gegen die dortige Imageproduktion Elbrandbebauung eine »kollektive Wunschproduktion« im Sinne eines von BewohnerInnen geplanten Parks durchzusetzen versuchte. Der Sampler enthält auch Beiträge, die in sich bereits wertvolle Archive darstellen: So etwa die informative und materialreiche Geschichte der Videoöffentlichkeit von Carsten Does; oder Axel John Wieders Darstellung der Videoinitiative AK Kraak, die bereits auf zehn Jahre Gegenöffentlichkeit zurückblicken und -greifen kann.

Eine wichtige Erweiterung der Perspektive (und zugleich ein erneutes Archiv) bietet der Artikel von Madeleine Bernstorff, der einen Überblick über die von ihr für Oberhausen konzipierte Kurzfilmreihe bietet. Informelle Ökonomien, migrantische Erfahrung, virtuelle und gated communities und Rem Koolhaas in der de Certauschen Turmperspektive tauchen hier auf, womit etwas aufscheint, was im Buch ansonsten nur sporadisch Platz hat: Städtisches Handeln nicht nur in Aktionsform, sondern aus der Perspektive des Alltags. Diese Perspektive schillert immer zwischen der Hoffnung, dass alltägliches Handeln das Diskrete, Verborgene, Heterogene darstellt, und der Befürchtung, es finde eher die Regulierung des Lebens als All-

täglichkeit statt. Dennoch erhält städtisches Handeln erst dann eine breitere Relevanz, wenn eine Art »Veralltäglichung« stattfindet, wenn die Auseinandersetzungen um neue Arbeitsbedingungen und neue Formen der alltäglichen Subjektivierung hinzukommen. Unter »Los« hat uns Jochen Becker im Vorwort mehr dazu versprochen. Darauf freue ich mich jetzt schon.

*Ellen Bareis*

Jochen Becker (Hg.): Bignes? Size does matter. Image / Politik. Städtisches Handeln. Kritik der unternehmerischen Stadt. b_books, Berlin 2001

[Diese Rezension erschien in einer ähnlicher Fassung bereits in *dérive* – Zeitschrift für Stadtforschung, Sept. 2001]

## Über das Dilemma, Kritik mit Werbetextern zu formulieren

**DER ÜBERFÄLLIGE RELAUNCH AM SCHAUSPIELFRANKFURT BRACHTE NEBEN KULTURPOLITISCHEM CHAOS EINE ÄSTHETISCHE GRADWANDERUNG, DIE BEZEICHNEND IST.**

Der Alte musste weg, so viel war sicher. Er war solide, aber nicht mehr zeitgemäß für Euro-City. Aber wer sollte folgen? Der weiche Standortfaktor Kultur verlangte nach großen Namen – nur die zählen heute. Und so brachte man Dieter Dorn ins Spiel, den »Elder Statesman« der deutschen Bühnen, egal ob dies nur einer halbherzigen Reform gleichkäme. Doch er gab Frankfurt einen Korb. Sein Schüler Jens-Daniel Herzog war als nächster an der Reihe, steht dieser doch für ein ausgewogenes Stadttheater mit Klassikern und Werkstattbühne. Doch auch er musste kurz vor Vertragsabschluss eine Absage erteilen. Die nächste auf der Strichliste sollte es also werden. Auffällig ist nur, dass Elisabeth Schweeger so ganz andere Vorstellungen von Theater hatte als die bisher genannten. Aber einen Namen hatte sie sich gemacht. Durch was sie sich ihn verdiente, war wohl für die Stadt weniger wichtig. Und so entschieden sich die von Altbackigkeit Verwöhnten beinahe zufällig für ein Programm, das für Dekonstruktion, Experimente und Widerstand steht.

Es gab viel anzupacken. Die zehn Jahre der Intendanz Eschberg mit all den Stücken, für die man schon den Deutschlehrer hassen lernte, hatten dafür gesorgt, dass ein bequemes Abo-Publikum den Spielplan bestimmte und das experimentierfreudige und jüngere Publikum nischenkuschelnd ins TAT oder den Mousonturm abtauchte. Die neue Intendantin des schaupielfrankfurt musste noch mit weiteren Naturkatastrophen fertig werden: Unklarheiten über den Zeitraum und die Kosten des Bühnenumbaus, ein millionenschwerer Wasserschaden und der bis heute anhaltende Machtpoker um die künftige Bühnen-GmbH lenken vom eigentlichen Thema ab: Was passiert zur Zeit innerhalb der Alu- und Glasfassaden am Willy-Brandt-Platz? Für welches Theater steht Elisabeth Schweeger?

Das Schauspielhaus ist das in Architektur geronnene emphatische Motto »Theater für alle« eines Hilmar Hoffmann. Seine Trennung von großer Bühne für moderne Klassiker und kleiner Bühne für minoritäre Ästhetiken und zeitgenössische KünstlerInnen wurde in der fortschrittsoptimistischen Folgezeit erweitert durch die exterritoriale Integration einer inzwischen gesättigten Avantgarde-Sparte. Doch das fortschrittsoptimistische Aufklärungsideal eines mittelständisch liberalen Bildungsbürgers, dem intellektuellen Träger des Fordismus, verflüchtigt sich. Geblieben sind eine scheinbare Alternativlosigkeit zum maroden Stadttheatersystem und ein paar dekonstruktivistischen Attacken von Castorf / Hegemann und ihren Imitaten. Auch Schweeger sieht »keine verbindliche, allgemeingültige Theatersprache mehr«, weshalb sie die gesamte Spielzeit subjektkritisch unter das Thema »Krise des Ichs« stellte. Das Beispiel Frankfurt zeigt, welche schwierige Gratwanderung eine experimentelle und kritische Konzeption innerhalb des Systems öffentlich subventionierter Bühnen zu bewältigen hat. Sie muss den Spagat zwischen Sicherheit und Wagnis, Klassik und Experiment machen.

Am neuen schauspielfrankfurt dominieren erstens zeitgenössische und ExperimentalkünstlerInnen, die bereits etabliert sind, den Spielplan. Schweeger setzt damit ihre Arbeit am Münchener Marstall fort, wo sie bereits mit Stars wie Filmemacher Peter Greeneway (»Gold«), Pop-Poeten Albert Ostermaier (»Katakomben«), Tanzavantgardistin Wanda Golonka (Müller-Bearbeitung) und Ex-Neubauten-Mitglied FM Einheit (»Marx-Engels-Werke«) zusammenarbeitete. DramatikerInnen wie Jon Fosse, Helmut Krausser oder Dea Loher zählen sich zwar nicht zu den Avantgardegrößen, gehören aber zu den meist gespieltesten StückeschreiberInnen. Und wer Christoph Schlingensief ans Haus holt, der hat – siehe Zürich und den SVP / Neonazi-Hamlet für SozialarbeiterInnen – seinen medienwirksamen Politskandal schon sicher gebucht. Mit der bisher einzig erfolgreichen Premiere, der Uraufführung von Daniel F. Galouyes Sixties-Science-Fiction-Roman »Simulacron-3«, wagten sich Schweeger und Regisseur Armin Petras sogar ins umstrittene Trashmilieu heran. Und die Statistik? Neun Uraufführungen und eine deutschsprachige Erstaufführung hat es in den zehn Eschberg-Jahren sicherlich nie gegeben.

Das zweite, schlankere Standbein am Schauspiel sind Klassiker-Interpretationen, schließlich wurde Schweeger von vielen Seiten vor der Saturiertheit des Frankfurter Publikums gewarnt. Die Berufung des jungen Regisseurs Anselm Weber zum Oberspielleiter ist ein daraus resultierendes Zugeständnis, da die Intendantin sich aus klassischen Repertoire ohnehin nicht viel zu machen scheint. Was in der Theorie ein geschickter Schachzug war, quittierte die Kritik in der Praxis mit radikalen

Verrissen seiner »Penthesilea«. Dass glücklicherweise der Schwerpunkt sowieso auf ersterem Standbein steht, beweist die simple Umkehrung der Aufführungsorte. Während bei den Eröffnungspremieren Greeneway und seine Frau Saskia Boddeke im Großen Haus mit viel goldenem Prunk und Protz langweilten, wurde einer der großen deutschtümelnden Deutschen, Hugo von Hofmannsthal, ins kleine Ex-Kammerspiel verbannt.

Das neue Profil gleicht einer kleinen Revolution. Doch bei all den spannenden Namen und Projekten fällt auf, dass so gut wie keine Neulinge oder gar eine Förderung junger oder unbekannter Kunst vorgesehen ist. Viele große Theater leisten sich Werkstatt-Bühnen oder sehen sich nach unkonventionellem Nachwuchs um. So hat ihr Hamburger Kollege Tom Stromberg sein Ensemble reduziert, um kurzzeitige Crossover-Kooperationen mit der freien Szene zu wagen. Schweeger fällt hinter ihren eigenen Anspruch zurück, wenn sie mehr auf arrivierte Avantgarde als auf neue Praktiken setzt.

Nicht nur durch den Spielplanspagat fällt das notwendige Festhalten an der gehobenen Preisklasse auf. Stadttheater war immer vom traditionell eher konservativen Abo-Publikum abhängig. So wurde das ohnehin exklusive Abo-System noch weiter hierarchisiert. Und in avantgarde-pädagogischer Absicht lud die neue Hausherrin zu einem literarischen Bankett. »Mit vollem Munde« sollte man zu folgenden Zutaten schlemmen: Man nehme einen Starkoch, mehrere Tonnen Zwiebeln und ein Kamel als Deko sowie eine Gewürzorgel mit Texten aus der Gourmet-Abteilung der deutschsprachigen DramatikerInnengilde: Klavierspielerin Jelinek, Stück-des-Jahres-Autor Rinke, Büchner-Preisträger Grünbein und viele mehr. Nicht zu vergessen die vortragenden SchauspielerInnen, die sich bei einer 195,– DM Eintrittsschwelle wohl eher wie Geigenspieler in Heteropärchenpizzerien an der Südsee vorkommen mussten – irgendwie fehl am Platz.

Mit 15,– DM für einen Salonnachmittag ebenfalls üppig angesetzt sind die »Frankfurter Dialoge« von und mit Jean-Luc Nancy, nach Derrida der wohl wichtigste zeitgenössische Philosoph in Frankreich. Literaturtheorie / Politik / Ästhetik sind mit seine Schwerpunkte, und so schien er Schweeger geeignet, um die Arbeit des neuen Schauspiels in einer Diskussionsreihe theoretisch zu reflektieren. Um das Verhältnis von Ökonomie und Kunst ging es bei der Auftaktveranstaltung »Produktion / Kreation« mit dem marxistischen Theoretiker Antonio Negri (»Empire«), der aufgrund seiner Haft Italien nicht verlassen darf und per Videoschaltung teilnahm, und der neurechte Islamwissenschaftler Bassam Tibi, der seinerzeit die argumentative Munition für die Leitkulturdebatte der CDU / CSU lieferte und während der Diskussion nicht müde wurde, den geläuterten Materialisten zu mimen (»Ich habe hier bei Habermas und Adorno studiert. Aber heute ...«). Bei einer derart breit gefächerten Gästeliste kommt zumindest die Frage auf, ob der programmatische Spagat auch bei den Dialogen vorzufinden ist.

Das Dilemma des schauspielfrankfurt visualisiert sich auch im Programmheft der Spielzeit: Auf der Titelseite lächelt die Intendantin mit einer Subjekt- und Identitätskritik im Werbetexterformat. Gute Ansätze verschwimmen im theatertypischen Aperitifsoziologischen. Sowohl der Spielplan als auch das Abo-System offenbaren die Problematik. Gerade in Frankfurt – einerseits europäisches Finanzzentrum und andererseits Summe aus eingemeindeten Käffern samt ihrer provinziellen Mentalität – ist die Konzeption eines experimentell offenen Stadttheaters, das von Kapital und Kleinbürgertum abhängig ist, eine besonders schwierige Gradwanderung.

Während man die Machtallüren, halbherzige Spielpläne und den Strukturkonservatismus des Subventionstheaters kritisieren muss, verlangt es andererseits einer vor allem ästhetischen Verteidigung gegenüber den reaktionären KritikerInnen, deren organisierte »schöngeistige« Schläfrigkeit im Patronatsverein der Bühnen einen sicheren Hort findet: Das Schauspiel solle nicht zum Experimentierfeld degradiert werden. Geschickt vermag es das kulturfreudige Kapital, seine ästhetisch-programmatische Kritik – die an sich folgenlos bliebe – an eine demokratisch anmutende Kritik der Verschwendung öffentlicher Gelder – diese ist leicht skandalisierbar – zu koppeln. Anders gesagt: Wer mit dem modernistischen Schmuh nichts anfangen kann, beschwert sich über teure Zeitungen, die Abschaffung des Premieren-Abos und streut seine Attacke zu einem Zeitpunkt, wo der öffentliche Unmut über teure Flops und ungeklärte Haushaltslöcher explodiert. Aber: Warum soll sich »die Öffentlichkeit« nicht mit der Dekonstruktion des Wahren, Schönen, Guten auseinandersetzen? Wer glaubt denn noch an seine aufgeklärte Deutschlehrerin? Thomas Mann ist ja auch schon länger tot.

Der Intendantin konnte man beim Theorie-Salon etwas entnehmen, was man sich von einer (Neu-) Frankfurter Intellektuellen erhoffen möchte: Kunst im globalen Kapitalismus müsse sich als Widerstand verstehen. So sei zuletzt an die Worte des alten Kritikers und Schauspielschulleiters Peter Iden erinnert: Frankfurt findet nach zehn Jahren wieder statt im Theater-Diskurs. Man kann nur hoffen, das sich diejenigen in dieser Stadt nicht schon wieder durchsetzen, die bereits vor vier Jahren Tom Stromberg aus dem TAT vertrieben. Dieser steht übrigens in Hamburg mit einem ähnlichen Programm ähnlich klar unter Beschuss. Aber das ist eine andere Geschichte ...

*Christian Tedjasukmana*

Partisani – gegen Faschismus und deutsche Besatzung.

## DER WIDERSTAND IN ITALIEN 1943–1945

Auf dem Gelände des IG-Farben-Hauses, neuer Sitz geisteswissenschaftlicher Fakultäten der Goethe-Universität in Frankfurt/M., zeigte das Institut für Romanische Sprachen und Literaturen die Foto-Ausstellung »Partigiani – gegen Faschismus und deutsche Besatzung. Der Widerstand in Italien 1943–1945«. Begleitet wurde die Ausstellung von einem umfangreichen Programm. Auf die Eröffnung, ein Konzert mit Partisanenliedern, folgten verschiedene Veranstaltungen wie Zeitzeugengespräche, Vortragsveranstaltungen, auch eine Filmmatinee, ein zusammen mit dem Fritz Bauer Institut veranstalteter Studientag und eine Führung über den italienischen Kriegsopferfriedhof in Frankfurt-Westhausen.

Die Ausstellung wurde von den Instituten der Resistenza von Modena, Parma und Reggio Emilia (ISTORECO) erstellt und schon in verschiedenen Städten gezeigt. In Bild und Text (in deutscher und italienischer Sprache) informiert sie ausführlich über den Faschismus in Italien, die deutsche Besatzung, über verschiedene Aspekte, die für die Geschichte der Resistenza von Bedeutung sind, wie ihre Widerstands- und Organisationsformen, die Befreiung und den Stellenwert der Erinnerung an die Resistenza in der Zeit danach.

In Frankfurt hatte sich für Ausstellung und Veranstaltungen ein Trägerkreis aus zahlreichen inner- und außeruniversitären, deutschen und italienischen Institutionen gebildet. Verschiedene Veranstaltungen wurden in Kooperation u.a. mit dem DGB Kreis Frankfurt und dem Verein »Arbeit und Leben« DGB/VHS durchgeführt. Den Auftakt der Veranstaltungsreihe bildeten zwei Zeitzeugengespräche, mit Peter Gingold, der 1945 unter dem Namen Luigi Righi in einer Partisaneneinheit im Piemont kämpfte und am Aufstand in Turin teilnahm, und mit Aldo Zargani, Autor des Buches »Für Violine solo«, in dem er beschreibt, wie er als jüdisches Kind in Italien Hilfe und Schutz vor Verfolgung erfuhr.

Der Rundgang über den italienischen Kriegsopferfriedhof in Frankfurt-Westhausen, veranstaltet mit dem Frankfurter Studienkreis deutscher Widerstand hatte die Ereignisse nach dem Kriegsaustritt Italiens zum Thema. Die Lage der italienischen Militärinternierten in Deutschland, die von Zwangsarbeit und rassistischer Diskriminierung geprägt war, bleibt bis heute auf den aufgestellten Hinweistafelntafeln unerwähnt. Von im Zweiten Weltkrieg Gefallenen ist hier die Rede – so bezeugt der italienische Kriegsopferfriedhof in Frankfurt/M. auch, wie in den fünziger Jahren versucht wurde, die Spuren der begangenen Verbrechen zu verwischen.

Mit den Veranstaltungen und einem anlässlich der Ausstellung in Frankfurt/M. erstellten Informationsheft mit dem Titel »Vergessene Kämpfe« wollten die Organisatorinnen darüber hinaus zwei inhaltliche Schwerpunkte setzen: die Rolle, die Frauen in der Resistenza spielten, und die Beteiligung von italienischen Jüdinnen und Juden an den Kämpfen der Resistenza.

Zwei Veranstaltungen, die Vorführung des Dokumentarfilms »La donna nella Resistenza« von Liliana Cavani, eingeleitet von der Filmwissenschaftlerin Marisa Buovolo, und der Vortrag von Liana Novelli Glaab widmeten sich dem Thema der Frauen in der Resistenza. Liana Novelli Glaab vertritt die These, dass ohne die aktive Teilnahme der Frauen der Widerstand in Italien nicht möglich gewesen wäre. Sie spricht in diesem Zusammenhang von einem »zivilen Widerstand«, der diejenigen mit einschließt, die nicht direkt am bewaffneten Kampf beteiligt waren. Auf diese Weise wird auch die bislang offiziell genannte Zahl der Partisanen in Frage gestellt: Die Zahl der Frauen in der Resistenza beträgt ein Vielfaches der am bewaffneten Kampf Beteiligten.

Zum Abschluss der Veranstaltungsreihe fand in Zusammenarbeit mit dem Fritz Bauer Institut ein Studientag zum Thema der jüdischen Beteiligung an der Resistenza statt. Viviana Ravaioli vom University College of London machte deutlich, dass sich in Italien nicht, wie in Frankreich oder in Osteuropa, Brigaden gebildet hatten, die nur aus Jüdinnen und Juden bestanden. In diesem Zusammenhang wurden Fragen des Antisemitismus und der jüdischen Identität in Italien angesprochen und diskutiert. Leider verfingen sich die Wortbeiträge der TeilnehmerInnen des Studientags immer wieder in nationalen Stereotypen, wenn die Rede von »den Italienern« und »den Deutschen« war. Die beiden anderen ReferentInnen des Studientages trugen indes dazu bei, dass weitere wichtige Aspekte aufgezeigt und zur Diskussion gestellt wurden: Alberto Cavaglion aus Turin sprach über die Tagebücher von Emanuele Artom, der Mitglied der Brigaden »Giustizia e Libertà« war, und Gudrun Jäger aus Frankfurt/M. über Liana Millu, Autorin von »Der Rauch über Birkenau« und »Die Brücke von Schwerin«, die vor ihrer Deportation nach Auschwitz-Birkenau am Partisanenkampf beteiligt war.

Es wurde deutlich, dass es sich bei Ausstellung und Veranstaltungsreihe nur um einen ersten Schritt handeln konnte. In (bereits erwogenen) zukünftigen Veranstaltungen wären nicht nur die aufgeworfenen Fragestellungen zu vertiefen. Eine stärkere Wendung hin zum Politischen könnte das Resistenza-Projekt erfahren, wenn es die Situation im heutigen Italien stärker beleuchten würde.

*Regina Schleicher*

*Das Heft »Vergessene Kämpfe« ist für 5 Euro (gegen Rechnung) noch erhältlich bei:*

- Institut für Romanische Sprachen und Literaturen · Partigiani-Projekt · Grüneburgplatz 1 · 60629 Frankfurt/Main · Fax 069/798-321 89 · r.schleicher@em.uni-frankfurt.de

*Weitere Informationen und Texte:*

- www.partigiani.de

Dem Vorsitzenden des Roma National Congress droht Gefängnis

## HAFTANTRITT IN NEUENGAMME

Rudko Kawczynski bekam mit Poststempel 20. Oktober von der Staatsanwaltschaft Lörrach mitgeteilt, er habe am 19. November in der Hamburger Justizvollzugsanstalt Vierlande seine Haftstrafe anzutreten. Bereits 1992 war er vom Amtsgericht Lörrach wegen »Nötigung im Straßenverkehr« zu 50 Tagen Haft verurteilt worden. Allerdings ist Kawczynski kein Raser und Drängler, sondern hat in seiner Funktion als Vorsitzender des Roma National Congress am 9. November 1990 an einem Protestmarsch gegen die Abschiebung von Roma nach Jugoslawien teilgenommen. Die Roma forderten vom UNHCR, sich gegen ihre drohende Abschiebung aus der BRD nach Jugoslawien einzusetzen. Dafür wollten sie vor dem Uno-Flüchtlingshochkommissariat in Genf demonstrieren.

Am Grenzübergang Basel wurde der Protestmarsch gestoppt und an der Ausreise aus der BRD ain die Schweiz gehindert. Sie blockierten daraufhin den Grenzübergang für sieben Tage. Rudko Kawczynski erklärte dazu: »Das war eine Spontandemo. Die Polizei hat dann den Autoverkehr umgeleitet, aber damit hatten wir nichts zu tun.« Marko D. Knudsen von Rom News erklärte dazu: »Dank dieser Aktion erhielten mehr als 2000 Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien Aufenthaltsgenehmigungen in Deutschland. Die meisten von ihnen wären aller Wahrscheinlichkeit nach gestorben im Falle einer Abschiebung in diese Gegend zu diesem Zeitpunkt. Aufgrund dieser Demonstration ist Herr Kawczynski zu einer 50-tägigen Haftstrafe verurteilt worden.«

Der Prozeß ging bis vor das Bundesverfassungsgericht, wo er seit 1994 anhängig ist. Rudko Kawczynski dazu: »Das Amtsgericht Lörrach hat einmal im Jahr angefragt, ob denn nun eine Entscheidung des BVG vorliegt. Und jetzt kam plötzlich die Ladung zum Haftantritt, obwohl das BVG noch nicht entschieden hat.« Der Anklagevertreter will nun offensichtlich nicht mehr länger auf ein BVG-Urteil warten. »Das BVG hat zwar unsere Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil des Oberlandesgerichtes zur Entscheidung angenommen, aber das hat keine aufschiebende Wirkung. Es ist absurd, aber nach 6 Jahren hat es jetzt plötzlich die Staatsanwaltschaft Lörrach eilig, obwohl das BVG dieses Jahr angefangen hat, den Vorgang zu bearbeiten«, fasste Kawczynskis Anwalt Christian Schneider die Rechtslage zusammen. Kawczynski erklärt sich die plötzliche Eile politisch: »60 Roma-Organisationen haben auf der Anti-Rassismus-Konferenz in Durban gegen die Abschiebepolitik der Bundesrepublik Deutschland protestiert und Aufsehen erregt. Kurz danach kam jetzt die Ladung zum Haftantritt in Neuengamme.«

Genau ein Jahr vor der Spontandemo am Grenzübergang hat Rudko Kawczynski am 9. November 1989 unmittelbar neben der Justizvollzugsanstalt Vierlande eine bewegende Rede gehalten. Um ein Bleiberecht für Roma aus Jugoslawien in Hamburg durchzusetzen, hatten Roma die KZ-Gedenkstätte Neuengamme symbolisch besetzt. In Neuengamme, zunächst Außenlager von Sachsenhausen, ab 1940 eigenständig und Hauptlager für Norddeutschland, waren während des Nationalsozialismus etwa 500 Roma und Sinti im KZ inhaftiert. Die Roma und Cinti Union Hamburg protestierte auf dem Gelände des früheren Konzentrationslagers, um ihrer Forderung nach Bleiberecht Nachdruck zu verleihen: Vor dem Hintergrund der systematischen Verfolgung und Vernichtung von Roma und Sinti durch die Nazis könne der deutsche Staat 1989 auf keinen Fall Roma in ein Land im damals beginnenden Bürgerkrieg abschieben. Die Besetzung wurde am nächsten Tag abgebrochen, sie stieß in der Öffentlichkeit auf keine Resonanz. Die Menschen saßen vor dem Fernseher und verfolgten die Bilder von der Maueröffnung.

Während aus DDR und BRD Deutschland wurde, setzten sich Roma und einige UnterstützerInnen gegen drohende Abschiebungen zur Wehr. Ein Film von Monika Hielscher und Mathias Heeder dokumentiert diese Aktivitäten. Auch die Grenzblockade bei Basel. Die Filmemacher: »Der Film Gelem Gelem – wir gehen einen weiten Weg beschreibt den Versuch einer Gruppe heimatloser Roma in der Bundesrepublik, den Teufelskreis von sozialer Verelendung, Kriminalisierung, Abschiebung, illegaler Wiedereinreise, erneuter Vertreibung etc. zu durchbrechen.« Oft tauchen deutsche Polizisten in dem Film auf: Bei der Räumung des holländischen Konsulates in Hamburg oder bei der Kontrolle der Grenze. Monika Hielscher und Mathias Heeder: »Die Aufnahmen zu diesem Film entstanden zwischen Herbst 1989 und Frühjahr 1991. Die meisten Menschen, die wir während dieser Zeit begleiteten, wurden inzwischen von den deutschen Behörden abgeschoben. Ihre Spuren verlieren sich in den Elendsghettos von Südosteuropa.« Viele Roma wurden ab 1991 nach Skopje abgeschoben. Jahre später erzählte Mathias Heeder am Rande einer Filmvorführung, dass sich die elenden Lebensbedingungen für Roma dort trotz zugesagter Hilfsgelder aus Deutschland, mit denen die Abschiebungen ›humanitär‹ begleitet werden sollten, nicht gebessert hätten. Mittlerweile sind viele Roma in ganz Mazedonien, dessen Hauptstadt Skopje ist, im Bürgerkrieg zwischen die nationalen Fronten geraten. Wie bereits zuvor im Kosovo, in dem nach mittlerweile drei Jahren Gewaltmonopol der national-albanischen UÇK im NATO-Protektorat Roma ebenso wie Juden und Serben nur noch in einigen wenigen Enklaven leben können. Trotzdem versuchen deutsche Behörden immer wieder, Roma aus dem Kosovo abzuschieben, wogegen der RNC im Sommer 2000 eine Kampagne organisierte.

Der Roma National Congress RNC hat in Hamburg-St. Pauli seit vielen Jahren ein Büro. Rudko Kawczynski hat sich ungezählte Male für das Bleiberecht von Roma eingesetzt, denen nach geltendem deutschen Ausländerrecht Abschiebung droht. Die Hamburger Ausländerbehörde – dessen Chef vom neuen Hamburger Innensenator Ronald Schill gerade ausdrücklich für seine Arbeit gelobt wurde – hat Anfang November eine junge Roma- Frau in Abschiebehaft gesperrt, die nach Kroatien ausreisen muß. Sie wurde von ihren in Hamburg lebenden Eltern getrennt. Erst im Oktober hat vor der Ausländerbehörde eine Kundgebung von tau-

send Roma gegen drohende Abschiebungen nach Jugoslawien stattgefunden.

Jetzt protestieren Roma- Organisationen aus Solidarität mit Rudko Kawczynski. Wie der Autor Rajko Djuric im Namen des Romani PEN-Clubs: »Kawczynski ist also ›schuld‹, da er die Roma, deren Menschen- und Nationalrechte wie in der BR Deutschland so auch in Europa tagtäglich mit Füßen getreten werden, versucht hat zu schützen. Wir verstehen diesen Gerichtsbeschluß mehr als einen politischen als einen juristischen.«

Vom 19.–21. November findet in Hamburg im Kulturzentrum beim Durchreiseplatz Braun eine vom Europarat und der OSCE mitgetragene Konferenz zur Lage von Roma und Sinti in Osteuropa statt. Kawczynski dazu: »Nach der Konferenzeröffnung, die ich für den RNC machen werde, kann ich mich dann in Neuengamme zur Haft melden.« Kawczynski weiter: »Es ist makaber, dass ich die Haft ausgerechnet in Neuengamme antreten muß«. Marko D. Knudsen erklärt dazu: »Bis zum heutigen Tage werden hier Roma und Sinti an einem Ort inhaftiert, an dem ihre Eltern und Großeltern umgebracht wurden.« Die JVA Vierlande ist ein reguläres Gefängnis, in dem aber zum Teil noch frühere Häftlingsbaracken des Konzentrationslagers Neuengamme genutzt werden. Im Programm der seit 31. Oktober in Hamburg mitregierenden Schillpartei PRO heißt es unmißverständlich, dass die Verlegung des Gefängnisses Vierlande weg vom Gelände des früheren KZ Neuengamme gestoppt werden soll. In der Koalitionsvereinbarung des neuen rechten Hamburger Senates von CDU, Schill und FDP hieß es ursprünglich dementsprechend: »... unabhängig vom Neubau werden die Schließungspläne der Anstalt XII aufgegeben.«« Als sich gegen die Pläne, das Gefängnis auf dem früheren KZ-Gelände zu belassen, Protest regte, wurde eine neue Sprachregelung eingeführt: »Unabhängig vom Neubau werden Gespräche mit jüdischen Organisationen, Opferverbänden und Institutionen mit dem Ziel aufgenommen, Einvernehmen darüber herzustellen, ob die Pläne für eine Schließung der Anstalt XII ... aufgegeben werden können.« Es soll geredet werden – zurückgenommen wurde die Aufrechterhaltung des Gefängnisses auf dem KZ Neuengamme bisher nicht. Zwar hat sich am 8. November Hamburgs Interims-Kultursenator Rudolf Lange dafür eingesetzt, das Gefängnis auf dem Gelände zu schließen. Aber bereits am nächsten Tag erklärte der stellvertretende Senatssprecher, Klaus May: »Das Thema ist im Senat bisher nicht abgestimmt worden.« Eine endgültige Entscheidung werde erst nach einem Gespräch mit Überlebendenorganisationen am 21. November getroffen. Hamburgs neuer Innensenator Ronald Schill, Führer der gleichnamigen Schill-Partei, distanzierte sich ebenfalls am 9. November von Langes Aussagen: »Ich bin sehr überrascht, Das steht so nicht im Koalitionsvertrag.« Ebenso Frank-Michael Bauer, Abgeordneter der Schill-Partei: »Ich kann mir nur vorstellen: Das war ein Alleingang von Herrn Lange.« Eine Schließung des Gefängnisses für die Erweiterung der Gedenkstätte keineswegs Konsens: »Um der Nachwelt zu zeigen, wozu Menschen fähig sind, hat die Gedenkstätte schon jetzt ihre Bedeutung. Das ist keine Frage der Größe.« So werden wohl auch in Zukunft dort Verurteilte ihre Strafe absitzen müssen, wo bis zum April 1945 der KZ-Appellplatz war, auf dem die SS Gefangene erniedrigte, auspeitschte und erhängte.

Dass die KZ-Gedenkstätte ausgebaut wird, erscheint notwendig gerade auch angesichts der Kaltschnäuzigkeit, mit der bei der Aufforderung zum Haftantritt an Rudko Kawczynski die nationalsozialistischen Taten zur Vernichtung von Roma und Sinti ignoriert worden sind. Am 19. November wird Kawczynski an zwei Schildern vorbeikommen, die direkt untereinander hängen und den Weg weisen – nach Rechts: Oben steht »KZ-Gedenkstätte Neuengamme«, darunter »Vollzugsanstalten Vierlande«.

*Gaston Kirsche*
*(gruppe demontage)*

## Alternative Öffentlichkeit?

Dem kapitalistischen Patriarchat wohnt eine Tendenz zur Langeweile inne. Ob daraus zwangsläufig folgt, dass die Kritik von Kapital und Patriarchat auch langweilig sein muss, ist eine der Streitfragen kritischer Medienarbeit. Verströmen viele Blätter den morbiden Charme des Immergleichen, sind noch alle Versuche interessant zu wirken, im zwanghaften Tabubruch (wie etwa bei der *taz* der 80er Jahre) und der Reintegration vormals alternativer Medienprodukte in die Gesellschaft des Spektakels geendet. Im Zuge der Interneteuphorie gewinnen in den letzten Jahren Vorstellungen einer herrschaftsfreien Kommunikation und einer hierarchiearmen Vernetzung (alle senden, alle empfangen) neue AnhängerInnen.

Gottfried Oy hat selbst als Redakteur der 1997 eingestellten Zeitschrift *links* des Sozialistischen Büros und seitdem als Mitarbeiter des Internetmagazins *comunefarce* (www.copyriot.com/unefarce) Erfahrungen mit alternativer Medienarbeit gemacht. In seiner Dissertation setzt er sich nun mit den Medientheorien und -praxen sozialer Bewegungen der letzten Jahrzehnte auseinander. In einer Tour de force führt er die LeserInnen in die bekannteren theoretischen Grundlagentexte der linken und kritischen Medientheorie ein: Oy unterscheidet drei, selbstverständlich nicht scharf voneinander abgrenzbare Stränge der Auseinandersetzung: Die Manipulationsthese, die die Medienkonsumenten vor allem als Opfer von repressiver Manipulation ansieht. Hierzu zählt Oy etwa die Frankfurter Schule und die deutschen Versuche von Negt/Kluge und Enzensberger, aber auch feministische Kritik an androzentrischen Konzepten von Öffentlichkeit.

Die These der Medien als Produzenten von Konsens wie sie etwa von AnhängerInnen der Cultural Studies (wie etwa Stuart Hall) vertreten wird, bildet den zweiten Approach, der schon aus einer Kritik am ersten Strang gebildet wurde. Den Cultural Studies geht es sehr stark darum, die Interpretationen und Deutungen, die die EmfängerInnen von Nachrichten diesen geben, zu untersuchen. Sie untersuchen z. B. gemeinhin »trivial« genannte Formen von Massenkultur wie etwa Fernsehserien oder Billigromane und erklären deren Erfolg aus der Thematisierung von Problemen, die die LeserInnen oder Zuschauer haben und thematisiert sehen wollen.

Den dritten Strang bilden die Netzwerktheorien, die aus einer gewissen technikdeterminierten Euphorie gegenüber den neuen Medien resultieren. Hier werde das klassische Bild der bürgerlichen Öffentlichkeit – jede und jeder darf reden (bzw. heute: senden) – wieder aufgewärmt, ohne zu thematisieren welche Ausschlussmechanismen dem Internet innewohnen.

Im zweiten, umfangreichen Kapitel referiert Oy die Publikationspraxis der Linken der letzten Jahrzehnte von der heimatlosen Linken der 50er Jahre, über APO und klassische Alternativbewegung bis hin zur zeitgenössischen Auseinandersetzung mit dem Internet. Hier finden sich die viele Beispiele, die einem / einer einfallen, wenn von Gegenöffentlichkeit die Rede ist: Zeitschriften wie der *Informationsdienst* (*ID*), die *radikal* oder die *taz* als linke Tageszeitung. Aber auch Video- und Radiogruppen werden vorgestellt und die Diskussion über linke Computernutzung und die ersten Mailboxsysteme referiert.

Der Band hat zwei Schwerpunkte, die auch getrennt voneinander gelesen werden könnten: Zum einen die Darstellung kritischer Medientheorie, zum anderen die Medienpraxis sozialer Bewegungen. Er ist also keine in sich kohärente Geschichte der alternativen Publizistik, sondern eher – für Dissertationen nicht ungewöhnlich – eine Literaturstudie. Beide Teile sind nicht eben leicht zu verstehen, und eine Bedienungsanleitung für zeitgenössische emanzipatorische Medienarbeit sind sie auch nicht.

Politische Schlussfolgerungen oder Handlungsvorschläge für mediale Praxis lassen sich aus dem Text schwerlich ziehen, können sich vielleicht bei einer Dissertation auch nicht ziehen lassen. Sicher ist, dass eine auf der Manipulationsthese beruhende Medienpraxis heute nicht mehr angebracht ist. Wie sich aber die auch von Oy in seinem Schlußsatz eingeforderten »anderen Erzählungen«, die Informationen erst kritisch werden lassen, etablieren lassen können, bleibt weiterhin unklar. Auch wenn mittlerweile allen klar ist, dass eine Zeitung keine Bewegung schaffen kann, ist Medienarbeit ohne einen gewissen Glauben an diese These, oder die Hoffnung darauf nicht möglich.

Auffallend ist: Linke Theorieproduktion scheint zunehmend in Form von Dissertationen oder durch DoktorandInnen stattzufinden, für viele andere, in der Vergangenheit gängigere Formen von Theoriearbeit scheint der schrumpfende Sozialstaat die dafür notwendigen Ressourcen zunehmend abzuschneiden.

*Bernd Hüttner*

Gottfried Oy: Die Gemeinschaft der Lüge. Medien- und Öffentlichkeitskritik sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2001, 292 S., 24,40 EUR

## RZEnSion

vor über einem jahr fand im bcn-café eine veranstaltung zum thema revolutionäre zellen / rote zora statt. anlass war die großangelegte durchsuchung des mehringhofs, die mit der verhaftung mehrerer, angeblich ehemaliger mitglieder der rz einherging. obwohl der raum sehr voll war, war kaum ein mensch von denen zu sehen, die bei linken veranstaltungen in bcn, koz, exzess oder auch club voltaire für gewöhnlich anwesend sind. das publikum war im schnitt nicht nur deutlich über mitte 30, auch kulturell schien es vergangenen, anderen zeiten zuzugehören: enge leggings, hohe stiefel, hauptsächlich schwarze kleidung. dass ein ehemaliger autonomer vor den bullen ausgepackt, mehrere menschen belastet, die verhaftungen somit erst ermöglicht hatte, schien die anwesenden stärker geschockt und in angst versetzt zu haben, als das zeitungsmeldungen über verhaftungen und verrat für gewöhnlich tun: offensichtlich handelte es sich um einen ehemaligen genossen. obwohl sich die meisten wohl aus vergangenen (oder auch gegenwärtigen) kämpfen kannten und es ihnen nicht an redeerfahrung mangelte, war diese diskussionsveranstaltung von schweigen beherrscht.

mit dieser lähmung bricht das neue buch der autonomen lupusgruppe. es nimmt die gerichtsverhandlungen, den schlag der bundesanwaltschaft gegen mutmaßliche strukturen der rz zum anlass, eine geschichte der rz / rz als teil des militanten widerstands in der brd zu schreiben. statt sich – wie in solidaritäts- / unterstützerinnen-kommitees geschehen – auf bloße anwaltstätigkeit zu beschränken, um die betroffenen nicht vielleicht noch weiter zu belasten, interveniert die lupusgruppe zugunsten einer politischen auseinandersetzung mit der kriminalisierung des militanten widerstands. gegen die versuche von rot-grün die geschichte der neuen linken umzuschreiben, um sie in die berliner republik zu integrieren, setzt sie einen linken blick auf die junge historie. das schweigen brechen muss dabei heißen, die geschichte offenzulegen, sie zu diskutieren, sich mit den fehlern und politischen irrwegen auseinanderzusetzen. vor allem mit dem erschreckenden antisemitismus des internationalismus / antiimperialismusflügels der rz, der in der entebbe-flugzeugentführung, bei der die passagiere in jüdische und nichtjüdische passagiere selektiert wurden, seinen höhepunkt fand. sich der

geschichte zu stellen bedeutet auch, die niederlagen zu thematisieren, den nationalistischen, neo-liberalen roll-back der neunziger, mit dem auch die rz ihr ende fand: »was so lapidar und trocken mit ›deregulierung‹ gemeint ist, ist lebensgeschichtlich betrachtet, eine fast gänzliche auslöschung der zwischen 1968 und 1980 erkämpften ›errungenschaften‹. [...] die durchkapitalisierung sozialer verhältnisse hat auch die bedingungen für militanten widerstand entscheidend verändert. gab es früher reichlich ›freiräume‹ und nischen, arbeitsverhältnisse, die aushaltbar waren, löhne, die nicht zu einem 40-stunden-job nötigten, staatliche leistungen (wie arbeitslosengeld bis hin zur sozialhilfe), die einigermaßen leicht zu bekommen waren, so ist das diktat, sich mit haut und haar zu verkaufen, zug um zug in den alltag widerständischen daseins integriert worden.« (s. 128)

dass ›das volk‹ (das deutsche zumal) keine revolutionäre kategorie ist, sich im zweifelsfall eher für die rassistische, sexistische option entscheidet als für eine emanzipatorische, dass linke / linksradikale politik seitdem zumeist defensive politik bedeutet, u. s. w.: das sind erkenntnisse, die von der radikalen linken teilweise schmerzhaft erarbeitet werden mussten. sie sollten allen linken, die seit 1990 politik machen, bekannt sein. weniger bekannt und unter der macht der erfahrungen der neunziger eher verloren gegangen ist das wissen, dass es auch ganz anders sein kann und teilweise auch war: das »denken in konzepten des antikolonialen und antiimperialistischen befreiungskampfes entwickelte sich in den 50er jahren. im laufe dieses jahrzehnts befreien sich mehrere trikontländer durch den bewaffneten kampf, wie cuba und algerien. in vielen anderen staaten toben später erbitterte kämpfe zwischen nationalen befreiungsbewegungen und der staatsmacht oder gar imperialistischen besatzern, wie etwa im südvietnam, im kongo, in angola sowie in vielen staaten mittel- und südamerikas.

ihren programmatischen höhepunkt hat diese stimmung mit der trikontinentalen konferenz 1966 in havanna, auf der bewegungen und regierungen aus 82 staaten den bewaffneten befreiungskampf als standardweg der emanzipation verkünden. das ist, formal betrachtet, eine satte uno-mehrheit. che guevara ruft die studenten in europa und den usa dazu auf, den ›kampf im herzen der bestie‹ aufzunehmen. in einem interview mit günter gaus im herbst 1967 führt rudi dutschke aus, dass ›es sicher ist, dass wir dann waffen benutzen werden, wenn bundesrepublikanische truppen in vietnam oder anderswo kämpfen – dass wir dann im eigenen land auch kämpfen werden‹. [...] auch in den europäischen kernländern, besonders in italien, entwickelt sich anfang der siebziger jahre eine breite kultur- und sozialrevolutionäre bewegung. wenige jahre nach der ›studentenbewegung‹ kommt es sogar in den großen industriebetrieben der brd wie ford und opel wieder zu ›wilden‹ streiks. erstmals seit den zwanziger jahren und den bitteren niederlagen durch die jahre des faschismus scheint sich ›die klasse‹ wieder zu bewegen. in italien werden zum teil offen die mechanismen einer kapitalistischen gesellschaft außer funktion gesetzt, sind in den arbeitervierteln nulltarif, miete verweigern und ›proletarischer einkauf‹ [einkaufen ohne zu bezahlen] alltägliche lebenspraxen.[...]

»ganz so absurd wie heute«, schlussfolgert christoph villinger, »war in den siebziger jahren der gedanke an ein übergreifen der trikontinentalen revolution auf europa keineswegs«. (s. 35–39)

in diese kämpfe versuchten die rz´s zu intervenieren. sie waren dabei immer darum bemüht, ihre aktionen zu vermitteln, sie in ein breites linkes widerstandskonzept einzubetten und waren – im gegensatz zur raf – darin auch recht erfolgreich. erfolgreich waren die revolutionären zellen / rote zora noch in anderer hinsicht: kaum eine zelle konnte je vor gericht gestellt werden – was den so nachhaltigen ärger und ehrgeiz der bundesstaatsanwaltschaft begründet.

besondere beachtung sollte auch der tatsache gebühren, dass die rz in der roten zora über eine militante feministische gruppe verfügte. diese beachtung lässt das buch vermissen – die rote zora findet keine erwähnung. dabei ließe sich vielleicht gerade aus weiblicher militanz – sozusagen die antipode zur ›friedfertigen frau‹ – lernen, dass bewaffneter kampf, militanz generell, nicht notwendig zu machismo führen muss.

*bj*

## raumspiel / spielraum

anfang dieses wintersemesters haben wir – studentinnen verschiedener fachbereiche [uni ffm] und aus diversen politischen zusammenhängen – uns zusammengefunden, um mit unterschiedlichen aktionen und flugblättern auf den zustand der universität und der studienbedingungen hinzuweisen.

einig sind wir uns darüber, dass wir die neoliberale umstrukturierung der hochschulen, wie sie in den letzten jahren in der brd in angriff genommen wurde und in frankfurt von der unileitung unter präsident steinberg massiv forciert wird, ablehnen.

dazu zählen wir alle maßnahmen, die den zugang zur hochschule weiter beschränken oder erschweren sollen (n.c.'s, aufnahmestops oder zugangsbeschränkungen durch prüfungen oder ähnliches) oder die situation der bereits studierenden verschlechtern (studiengebühren, verschärfung von prüfungsordnungen etc.). auch wenden wir uns gegen einen immer repressiveren sicherheitsdiskurs, der sich an der frankfurter uni in form von videokameras, privaten sicherheitsdiensten, vertreibung von nicht studentisch aussehenden menschen und in jüngster zeit durch die rasterfahndung nach ausländischen studierenden zeigt.

der idee einer glatt polierten uni, die nur noch als zuliefererbetrieb für

die wirtschaft fungieren soll, setzen wir die vorstellung einer selbstbestimmten bildungseinrichtung entgegen, die allen interessierten offen steht.

gleichzeitig gilt es, eine kritik an aktuellen entscheidungen zu üben, wie zum beispiel dem aufnahmestop am fachbereich gesellschaftswissenschaften und für alle lehrämter für das kommende sommersemester. hier handelt es sich um eine vorbereitung auf weitere zugangsbeschränkungen (ein nc ist bereits seit längerem im gespräch).

die probleme einer falschen bildungspolitik werden von professorinnen und unileitung an studentinnen weitergegeben, wie dies bereits durch ausschluss aus seminaren durch losverfahren oder ähnliches geschieht.

hierzu hat raumspiel bereits aktionen in seminaren und vorlesungen veranstaltet, um mit studentinnen und lehrenden über diese situation zu diskutieren. weitere aktionen im rahmen der eu-weiten streikwoche und diskussionsveranstaltungen folgten im dezember.

das ziel der verschiedenen aktionen ist eine breitere öffentlichkeit unter studentinnen und auch lehrenden für diese problematik zu gewinnen und nicht zuletzt den herrschenden unmut über die situation zu bündeln, um damit den raum und die möglichkeit für einen massiveren protest der studentinnen zu schaffen. dabei gilt es allerdings die rahmenbedingungen und politischen entscheidungen, die diese verhältnisse an der universität hervorbringen und weiter vorantreiben, nicht aus dem auge zu verlieren.

## AG NEOLIBERALISIERUNG / MC-KINSEY

daß neoliberalisierung kein phänomen ist, daß allein die verschiedenen weltwirtschaften in neuer weise in konkurrenz zueinander setzt scheint offensichtlich. denn wirtschaften läßt sich nur aus einer je tatsächlichen gesellschaftsformation heraus. im konkreten fall bedeutet dies, daß gesellschaft kompatibel werden muß um den ›neuen‹ globalen anforderungen der wirtschaft zu genügen. in diesem sinne befinden sich die verschiedenen weltgesellschaften in einer phase der umstrukturierung. für den fall deutschland bedeutet dies eine neoliberale umgestaltung des staatsapparates und seiner institutionen um ›zukünftige‹ wettbewerbsfähigkeit und damit das ›überleben‹ der einzelnen zu garantieren. was dies genau für die einzelnen bedeutet, zeigt sich nun auch für die studierenden, nachdem neoliberale umstrukturierungsprozesse auch in der uni einzug erhalten. im konkreten fall ist das durch den strukturplan, welchen die unternehmensberatung mckinsey im auftrag der universität entworfen hat, geschehen. in diesem ›visionären‹ papier, daß unter völligem ausschluß der studierenden entworfen wurde, geht es um eine ›zukunftsfähige neugestaltung‹ der uni, die forderungen nach autonomie und selbstbestimmung der studentinnen wurden wie selbstverständlich unterlaufen. diese bilden ja vielmehr nur noch die produkte, welche im zuge der neuen zuliefermentalität, für die wirtschaft hergestellt werden. und produkte haben zu funktionieren, nicht kritisch zu denken. zunehmend muss universitäre forschung über drittmittel finanziert werden. zum einen bedeutet das den verlust autonomer forschung und lehre, und damit den verlust einer distanz zum gesellschaftsbetrieb, welche die kritische reflektion und reaktion zu diesem erst ermöglicht hat. zum anderen bedeutet das, strukturelle benachteiligung für jene fachbereiche deren ergebnisse nicht direkt in bare münze umzusetzen ist. neben verkleinerung und zusammenlegung bedeutet dies auch, in unipräsidents steinbergs worten »mut zur lücke«, also die schließung ganzer unrentabler fachbereiche. die universität die einst mit einem bildungsideal angetreten war, verkommt zu einem servicebetrieb der eben nur noch jene ›artikel‹ führt, für welche ›nachfrage‹ besteht – das bildungsideal wird betriebswirtschaftlich umstrukturiert. um rentabilität und effektivität weiter zu erhöhen, ist es nicht weiter verwunderlich, daß die uni auf eine elitären masse rationalisiert werden soll. n.c. und studiengebühren sind die mittel mit welchen die unileitung agiert, um die draußen zu halten, die nicht willens sind bzw. es sich nicht leisten können in diesem system mitzuhalten.

## AG RASTERFAHNDUNG

seit september läuft die rasterfahndung auch an der uni frankfurt. der rechtsabteilung der goethe-universität wurde ein beschluss des amtsgerichts wiesbaden übergeben, in dem die uni-leitung dazu aufgefordert wird, »daten bestimmter nationalitäten, die in einem bestimmten zeitraum in technischen und / oder naturwissenschaftlichen studiengängen eingeschrieben waren oder sind, für einen datenabgleich zur verfügung zu stellen.«

präsident steinberg reagierte folgsam, ohne auch nur zu versuchen, die fahndung zu verhindern. warum sollte er auch, da sich seine sonstigen sicherheits- und ordnungspolizeilichen massnahmen wunderbar in den hegemonialen diskurs einfügen. bereits seit längerer zeit patrouilliert ein privater sicherheitsdienst auf dem campus, der leute, die nicht in das bild des weißen, sauberen, jungen, deutschen studenten passen, aus der mensa und anderen gebäuden vertreibt. an verschiedenen stellen wurden kameras installiert. im januar 2001 besetzte die uni-leitung das studentInnenhaus, so dass bis heute ein sheriff an der pforte darüber wacht, dass keinE obdachloseR das haus betreten darf.

nun kommt zu all diesen massnahmen auch noch die rasterfahndung. dabei werden alle personen erfasst, die bestimmte kriterien erfuellen: herkunft aus bzw. staatsbürgerschaft eines landes wie afghanistan oder algerien, männliches geschlecht, islamische glaubenszugehörigkeit etc. das schönste kriterium aber ist die »unauffälligkeit«. wer brav steuern und gez bezahlt, so die denkweise der fahnder, muss irgendetwas verbergen. die gesammelten daten sollen dann abgeglichen werden mit listen von fluglinien, recyclingsunternehmen, cateringfirmen und selbst reinigungsfirmen. wer glaubt, dass alle gesammelten informationen später wieder gelöscht werden, muss schon sehr naiv sein.

dass dieses vorgehen einen drastischen eingriff in die persönlichkeitsrechte der gerasterten darstellt, ist offensichtlich. wie so häufig in deutschland, ist auch dieser grundrechtsabbau rassistisch konnotiert. durch den generalverdacht gegen

alle muslime bzw. menschen aus arabischen ländern wird der eindruck bewusst geschürt, dass ›die ausländer‹ oder zumindest ›die araber‹ alle verbrecher und potentielle fanatische attentäter seien, wie der/die durchschnittliche bildleserIn ja schon lange vermutet. gleichzeitig wird so der rechtstaatliche grundsatz der unschuldsvermutung weiter ausgehöhlt. man braucht nicht viel phantasie für die überlegung, dass in zukunft auch andere gruppen (z.b. die ominösen ›globalisierungsgegnerInnen‹) gerastert werden könnten. »Wer nichts zu verbergen hat, braucht dies ja nicht zu fürchten.«

unsere ag thematisiert alle diese massnahmen, die im kontext des schilyschen sicherheitspaket stehen, und bemüht sich, durch aktionen und veranstaltungen ein wenig sand in das getriebe des sicherheitsapparats zu streuen. weil wir nicht schritt für schritt in den überwachungsstaat marschieren wollen, fordern wir die völlige wiederherstellung der autonomie des studentInnenhauses, den abbau aller kameras und die abschaffung des sicherheitsdienstes sowie das sofortige ende der rasterfahndung.

und vergessen sie nicht: verhalten sie sich niemals unauffällig!

**RAUMSPIEL-AG**
**STUDIENSITUATION**

professorinnen mit dem hang zu losverfahren, anwesenheitslistenterror u.a. autoritären organisationstechniken sowie seminare, bei denen die hälfte der studierenden auf dem fußboden verweilen muss – sie alle wurden kurzzeitig aufgesucht von zwei präsidenten und einigen gefolgsleuten. die raumspiel-performance (früher hätte mensch: agitprop-, straßentheater oder gleich ›teach-in‹ gesagt) stellte uni-präsident rudolph steinberg im rhetorisch neoliberalem tête-à-tête mit ministerpräsident roland koch dar, nachdem sich die gruppe zugang zu einem der benannten seminare verschafft hatte (früher-jargon: ›go-in‹). nach einem abriss über den aufnahmestopp für gesellschaftswissenschafterinnen und lehramtsstudentinnen, den abbau demokratischer mitbestimmungsmöglichkeiten der studierenden im neuen hessischen hochschulgesetz, den verdeckten studiengebühren und ganz offenen für langzeitsurferinnen, dem neoliberalen hochschulentwicklungsplan u.a. reaktionären reformen war noch zeit für eine kleine diskussion. das publikum konnte sich noch der begleitenden infoflyer widmen, danach verschwand der unangemeldete besuch auch schon wieder – und mit ihm auch die aktuellen anwesenheitslisten. zwar ließen die professorinnen esser, puhle, prokop und hoffmann die gruppe gewähren, erstaunlich hingegen die reaktionen des ›emanzipatorischen subjekts‹: des STUDENTEN. die meisten applaudierten höflich, einige wenige reagierten gereizt – nach dem motto: wenn schon stören, dann doch bitte schön vor dem beschluss zum aufnahmestopp. und so bleibt die nicht ganz neue erkenntnis, dass wir weitere kleine performative acts (go-, sit-, teach-, ...-ins) machen, damit unser subjekt den alltäglichen wahnsinn des unialltags nicht einfach als wahnsinnig stressigen alltag wahrnimmt und es diese absurdität als das begreift, was sie ist: gaga!

*raumspiel-subscribe*
*@yahoogroups.com*

maschine mit schluckauf

*Du gilst als politische Sozialisationsinstitution an der Uni. Wie viele Generationen von Turm/Uni-Linken sind schon bis jetzt durch deine informelle Streikschulung gegangen, wie lange studierst du hier?*

(rülpst)

*Die meisten Studis scheinen sich schnell durchzuwurschteln, sind Schein-Studentinnen. Hat sich da was geändert? Bist du selbst von den Repressionen gegen Langzeitstudierende betroffen?*

Ich denke, dass sich weniger die Studierenden geändert haben, als die Uni. Wenn ich ab und zu Leute treffe, die hier nach 4 oder 8 Jahren her kommen, die erkennen das gar nicht mehr wieder. Der geweißte, sterilisierte Campus, der von jeglichem Graffiti »befreit« ist.

Auch hier in dem *diskus*-Raum. Alles ist weiß, mir fällt dieses weiß einfach so unheimlich auf. Das war vor ein paar Jahren noch anders, da waren die Wände mehrfach und immer wieder übermalt. Jetzt gibt's höchstens mal Plakate. Auch das Outfit der Leute hat sich geändert. Noch Ende der achtziger und Anfang der neunziger war es in bestimmten linken restszenes eher angesagt so gammelig rumzulaufen. Die Bedeutung der Kleidung ist viel stärker geworden. Diese Ästhetik, neue Sauberkeit, diese Veredelung des Studierendenalltags, das macht natürlich auch eine Atmosphäre aus. Und die war als ich hier gekommen bin noch anders.

*Kann die Institution Uni von den Studierenden derart getrennt werden oder bedingt nicht die Schwächung der Linken und die Umstrukturierung der Uni auch einen anderen Typus Studierender?*

Nein. Diesem Motto: »die Studis werden immer blöder – wir waren aber besser.« möchte ich widersprechen. Ich höre das nämlich schon seit zwanzig Jahren. So einen totalen Bruch gab's und gibt's nicht. Es gab eine diffuse Spontibewegung, die starken kulturellen Einfluss hatte (der *diskus* war auch mal im Stupa). Die Theoriegrüppchen und Arbeitszirkel, die es heute gibt, gab's immer, aber diese waren damals stärker in ein größeres Netz von abstrakt/diffusen Linksintellektualismus eingebunden. Die Identifikation über die Politgruppe war nicht so stark.

*Du würdest also sagen, dass eine linke oder Spontaneistische kulturelle Hegemonie weggebrochen ist und nur klei-*

*ne, marginalisierte linke Scenes und Grüppchen übriggeblieben sind. Wie verortest du dich selbst in dieser Geschichtslinie?*

Das Ganze ist ein Teil meiner Geschichte. Ich bin ja eher untypisch. Ich komme vom zweiten Bildungsweg, habe einen ehrenswerten Beruf, eine Kaufmannsausbildung gemacht. Und war dann auf einem Abendgymnasium in Frankfurt. Das war eine sehr linke Schule, also: alle Leute kommen durchs Abi, linke Themen, linke Lehrerinnen. Darüber bin ich sozialisiert/politisiert worden. Als ich dann 78/79 zur Uni kam, hatte ich eigentlich das Gefühl, hier ist sehr wenig los. Der Mythos ›linke Uni‹ hat damals schon nur bedingt gestimmt. Ich habe erst mal überwiegend Fachschaftsarbeit gemacht, dann aber gemerkt, dass die ganze Gremienarbeit eigentlich für'n Arsch ist.

Ein erster Höhepunkt war die Antistartbahnbewegung 1982, die stark von der Uni mitbeeinflusst wurde. Verschiedene Fachschafts- und andere Aktivgruppen sind rausgefahren, auch Profs haben sich an der Wald- Uni beteiligt. Dies ist heute nicht mehr nachvollziehbar: Zwei Wochen jeden Tag eine Demo mit 200 bis 3000 Leuten. Der politische Erfolg war zwar trotzdem relativ beschränkt aber der ökonomische Nebeneffekt war, dass die Zeil ziemliche Umsatzeinbußen hatte.
Ich bin darüber zu den Spontis (undogmatische Linke) gekommen, habe auch mal im Stupa gesessen. Die Spontis haben sich von den K-Gruppen dadurch unterschieden, dass die autoritären Strukturen nicht so offen, sondern eher subtil gewirkt haben, weshalb ich dann auch irgendwann keinen Bock mehr hatte.

1986 habe ich den ersten Streik mitgemacht, Tschernobyl. Wir haben drei Tage lang den Turm zugemacht. Danach gab's dann Diskussionsveranstaltungen und Demos. die undogmatische Linke hat zu dieser Zeit starken Zulauf bekommen, von Leuten, die vorher vielleicht gar nicht so politisch waren.

88/89 war noch mal einer der interessantesten Streiks, nach zwei, drei Semestern Marx war eine gute Grundlage für die Diskussionen und Flugblattproduktionen vorhanden, wir hatten eine gemeinsame Diskussionskultur entwickelt. Das war der erste große bundesweite Streik seit langem. Eine VV fand dann in der Kongreßhalle der Messe statt, mit Platz für 6000 Studis. Das gibt's ja an der Uni nicht.

*89/90 war ja der große Bruch, weltgeschichtlich aber vor allem auch für die deutsche Linke. Wie hat sich das auf die Uni-Linke ausgewirkt?*

Nach dem Anschluss der DDR an die BRD haben wir von den Fachschafteninitiativen einen Kongress in Leipzig an der Karl-Marx-Universität besucht. Wir haben versucht, von einer linken Position heraus in Diskurse einzugreifen. Die lieben Leute aus dem Osten haben sich gefragt, warum sich die lieben Linken aus dem Westen immer streiten müssen. Es hat sich schon damals ein Bruch abgezeichnet, der sich nicht überwinden ließ auch wenn es vereinzelt längere Kontakte gab. Ab den Neunzigern haben sich die Linken/Linksradikalen dann Immer stärker aus den Auseinandersetzungen, den Streiks rausgezogen.

*Ist Uniprotest dann nicht eine total langweilige, elitäre Veranstaltung, die nur nach mehr Büchern schreit?*

Wenn ich diese oft gestellte Frage höre, klebe ich schon fast an der Decke. Nach welchen Kriterien wird der Erfolg bemessen – die ganze Frauenforschung – ist meine These – wäre ohne die Streiks nicht entstanden. Die Streiks haben mit dazu beigetragen, dass Feministische Theorie, Frauenforschung an der Uni sehr stark ausgebaut wurde.

88/89 waren von den 10 Hauptforderungen 5 feministische und diese wurden absurder Weise noch von einem Macho vorgetragen.

Natürlich bedeutet die Etablierung feministischer Theorie und Frauenforschung nicht automatisch, dass die Leute, die in diesen Institutionen sitzen ein offeneres Verhältnis zu den Studierenden haben oder für eine freie Gesellschaft kämpfen. Der Erfolg von Streiks war vor allem die Entwicklung einer gewisse Egalität von Studierenden und Lehrenden.

*Was ist eigentlich ein Streik? Worin besteht der Pfeffer: Forderungen erkämpfen, Kollektivität, Politisierung schaffen?*

Im weitesten Sinne – das ist ein bischen hochgestapelt – geht es um eine »revolutionäre« Fete. Ein Streik ist ein sinnlicher Ausbruch, bestehende Räumlichkeiten anders zu nutzen, als immer nur stereotyp in den Seminaren zu sitzen und die Monologe der Lehrenden über sich ergehen zu lassen, selbst aktiv zu werden, nach außen zu gehen, sich auf andere Zeitstrukturen einzulassen. »Den Terror der Normalität durchbrechen«. Worum es gehen sollte, ist doch versuchtes Leben. Aber was hier passiert, ist kein versuchtes Leben, sondern eine Maschinerie mit ein bißchen Schluckauf.

Eine der interessantesten Sachen des letzten Streiks war eine Assoziationsmontage der konstruktiven KommilitonInnen. Jede/r schreibt ein Wort und alles zusammen wird dann als Pamphlet veröffentlicht. Dies war die Möglichkeit ohne Druck etwas Sinnvolles zu Papier zu bringen, einfach zu assoziieren. Das Thema Streik, die mediale Inszenierung, spielerisch zu durchbrechen. Ich bin stark fürs brockenhafte, du kannst das aphoristische nennen, du kannst das ausgekotzt nennen. Ist eigentlich egal. »Patchwork« ist so ein blasser Begriff, aber ich denke tatsächlich, dass die Leute sich selbst zusammenbasteln sollten: den Text.

Ansonsten produzierst du diese Fernsehatmosphäre, die ich hier auch schon wieder spüre. Ich finde das gerade wichtig, darüber zu diskutieren wie so ein Interview eigentlich aufgebaut ist, du scheinst mir schon wieder so stark in Strukturen zu denken: Was kommt zuerst, was serviere ich den Leserinnen als nächstes?

*Um wieder zu den Streiks zurückzukommen. da scheint unheimlich viel zu passieren, Wiederaneignung der Räume, eine veränderte Zeitwahrnehmung usw. trotzdem sind die Leute frustriert und ziehen sich beim nächsten mal raus?*

88/89, 90/91, 93/94, 97/98. Vier Streiks in zehn Jahren und fast immer komplett neue Leute. Der Streik, das Aufbrechen des alltäglichen Wahnsinns, erzeugt Hoffnung, es könne

sich auch gesamtgesellschaftlich etwas radikal verändern. Insofern ist die Normalität, die danach zurückkehrt umso unerträglicher.

Andererseits scheinen sich viele der Illusion hinzugeben, ein Streik würde noch aus der letzten Spießerin eine Kommunistin oder so machen. Da moquieren sich Teile der radikalen Linken, die jetzt unter anderem im Diskus sitzen – bumm – sie hätten keine politischen Statements machen dürfen, und es habe Zwischenbemerkungen und Buhrufe gegeben, wenn jemand aus anderen Ländern oder Feministinnen sprechen wollten. Für mich ist Brüllen ein Zeichen der Auseinandersetzung und nicht Stillschweigen und Klatschen. Das schlimmste an so VVs finde ich immer, wenn alle klatschen. Lieber ein paar Zwischenrufe von Reaktionären, um die Sache auszukitzeln. Das habe die Spontis noch richtig genossen. Die haben die Eier zurückgeschmissen, die haben zurückgebrüllt. Diese politische Streitkultur ist verlorengegangen, heute sind die Leute in ihrem Narzissmus gekränkt, wenn sie kritisiert werden.

*Zum Abschluss: Was ist aus den vorherigen Streiks zu lernen, ihren Erfolgen, Fehlern, was sollte vermieden werden?*

Ich denke es ist wichtig, dass im Zweifelsfall der Fehler noch mal gemacht wird. Denn es geht um die Prozesse. Die Thematiken und die Erkenntnisse sind nicht vorwegnehmbar.

Wichtig wäre es möglichst wenig auszugrenzen und sich mit anderen Positionen auseinanderzusetzen um eine Kommunikation im grösseren Rahmen zu ermöglichen.

Der offene Diskurs wird durch elitäre, wissenschaftliche, narzisstische Strukturen in der Uni behindert. Das IG- Farben- Gelände bringt es auf den Punkt: neue Sauberkeit, mehr Verschulung weniger Kommunikation. Es fehlen die Bezugsgruppen und der Alltag von Studierenden ist stärker strukturiert als früher. Die Einübung der Disziplinierung findet schon vor allem im Grundkurs statt. Seitenzahl – Abstand – Schönes Layout bestimmen die Referate. Die Zergliederung der Seminare und Vorlesungen des FB 03 auf den alten Unicampus macht es noch schwieriger Initiativen zu starten. Auch Themen wie Krieg spielen keine Rolle. Es bleibt bei zynischen Bemerkungen der Lehrenden in einzelnen Seminaren. Der FB 03 wird zunehmend zur »Verwaltungswissenschaft« zur »Institutionenkunde«.

*Iodada + bini*

Widerstand?
Da muss man
erst mal genau
gucken.

Der Versuch, »einen Dialog« zwischen Poststrukturalismus und Kritischer Theorie zu initiieren, ist zum Dauerbrenner in der radikalen linken Theoriebildung geworden. Nach den beiden prominentesten Versuchen, dem Band «Kritische Theorie und Poststrukturalismus« der jourfixe-Initiative Berlin und »Geschlecht als Existenzweise« von Andrea Maihofer liegt nun ein neuer Entwurf vor: Im VENTIL-Verlag ist nun ein mit 16,90 EUR doch recht teurer Sammelband erschienen, der die Ergebnisse der gleichnamigen Frankfurter Konferenz im Februar dokumentieren soll. Doch dies macht bereits etwas stutzig: Damals war der »Dialog« ja gründlich schiefgegangen.

Glücklicherweise erscheint das Buch demgegenüber deutlich erwachsener. Ob durch Erkenntnisfortschritt der AutorInnen oder durch die selektive Auswahl der veröffentlichten Referate durch die HerausgeberInnen: Das Buch verschweigt weder die vielfältigen Differenzen innerhalb emanzipatorischer Theoriebildung, noch werden diese zu Glaubensfragen stilisiert, die Seite der Barrikade, auf der man stehen wird, zuweisen. Zwar werden auch diesmal nicht die in der Einleitung genannten zentralen »Zerrissenheiten, Widersprüchlichkeiten, Streitigkeiten und offene Fragen« gelöst (genannt werden »die Bezugnahme auf ein aufklärerisches Subjektverständnis«, »die normative Begründbarkeit politischer Praxis«, »die politische Dimension emanzipatorischer Gesellschaftskritik« – gemeint ist die Diskussion um Radikaldemokratie – und »die Suche nach befreiendem Potential im Postfordismus«), gleichwohl ist hier eine Form gefunden, in der unterschiedliche Ansätze gegen unterschiedliche aktuelle Herrschaftsformen in Anschlag gebracht werden können.

Möglich ist dies freilich nur, weil entscheidende Elemente von Poststrukturalismus und Kritischer Theorie ausgeblendet werden. Zurecht: Wer eine solche Ausblendung zu vermeiden suchte, landete schnell bei gegensätzlichen Bezugnahme auf Heidegger und bräuchte gar nicht mehr weiterüberlegen. Während die jour-fixe-Initiative auf eher abstrakt-philosophischer Ebene die Kompatibilität der konkurrierenden Theorieschulen diskutierte und Maihofer die Konstitution von Körper und Geschlecht fokussierte, scheinen hier der Postfordismus und Globalisierung der rote Faden zu sein. Auch die Themen Rassismus und Geschlechterverhältnisse werden auch ihre Veränderungen durch die Veränderungen ökonomischer Verhältnisse hin untersucht. (Die Befürchtung, damit könnte einem neuen Grundwiderspruchsdenken das Wort geredet werden, kann durch die Plausibilität der angestellten Überlegungen entkräftet werden.) Es legitimiert das »Dialogprojekt« nochmals, dass explizit neue und unabgeschlossene Phänomene zum Gegenstand der Kritik werden. Die Traktierung von Herrschaftsverhältnissen der Gegenwart ist immer schwierig und gefahrvoll, wer da auf mögliche theoreti-

sche Werkzeuge verzichtet oder glaubt, alle Probleme mit dem Masterplan lösen zu können, macht sich des Scheuklappentragens schuldig. Dass fast alle Beiträge mit einem Hinweis darauf enden, wo und in welcher Weise weiternachgedacht werden muss, statt griffige Thesen zu formulieren, kann man wohl nicht diesem Buch, sondern allein den komplizierten Verhältnissen anlasten. Möglicherweise ist dieser Sammelband ein Schritt zu einer emanzipatorischen Theorie, die wie Serhat Karakayalı in seinem Beitrag fordert, erworbene Identitäten historisch und gesellschaftlich kontextualisiert, anstatt sie pauschal zurückzuweisen oder abzufeiern.

*Judith Marx*

Jan Deck / Sarah Dellmann / Daniel Loick / Johanna Müller (Hrsg.): Ich schau Dir in die Augen, gesellschaftlicher Verblendungszusammenhang! Texte zu Subjektkonstitution und Ideologieproduktion. Mainz 2001: VENTIL, 192 Seiten, Paperback, 16,90 EUR

## Von Genua nach München

Wie jedes Jahr findet im Februar die »Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik« (die frühere Wehrkundetagung) statt, ein Treffen von Regierungsvertretern der NATO-Staaten und rund 200 hochkarätigen Militärstrategen, Generälen und Rüstungsexperten.

Die versammelten EU- und NATO-Repräsentanten, die Kriegs- und Außenminister der USA, der BRD und der übrigen EU-Staaten wollen der Öffentlichkeit vorgaukeln, bei dieser Konferenz gehe es um die Wahrung des Friedens auf der Welt und um internationale Sicherheit. Das Gegenteil ist richtig: Sie planen den nächsten Krieg.

Hinter den verschlossenen Türen im Nobelhotel »Bayerischer Hof« – abgeschirmt von der Öffentlichkeit – reden sie nicht über Sicherheit, sondern über die Aufstellung schlagkräftiger mobiler Eingreiftruppen, über neue milliardenschwere Rüstungsprogramme und über die Stationierung modernster High-Tech-Waffensysteme im Weltraum. Jahr für Jahr geben die NATO-Staaten dafür rund 1 000 Milliarden Mark aus.

Doch wäre es verfehlt, die NATO-Staaten als einen homogenen Block zu verstehen. Vielmehr tragen sie ihre innerimperialistischen Rivalitäten immer offener aus, seit der gemeinsame Hauptfeind – die Sowjetunion – nicht mehr existiert. Alle europäischen Treueschwüre für die NATO, alle Beteuerungen über die Unverzichtbarkeit der USA als Bündnispartner, können nicht darüber hinweg täuschen, dass der Machtkampf zwischen den USA und den europäischen Staaten bereits voll im Gang ist. Im zähen Ringen teilen die »Herren der Welt« die Rechte »auf ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt« unter sich auf. Die USA, Deutschland und die EU wollen ihre wirtschaftlichen Interessen und ihre globalen Machtansprüche notfalls mit militärischer Gewalt gegen den Rest der Welt durchsetzen – entweder gemeinsam mit der NATO oder in militärischen Alleingängen der USA oder der EU. Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien hat hierbei die Bestrebungen der Europäer, sich eigene militärische Machtinstrumente zuzulegen, enorm beschleunigt.

Die Münchner Sicherheitskonferenz ist kein lokales Ereignis. Sie ist das Davos der NATO und ihrer Militärstrategen. Deshalb – mischt Euch ein: Gegen das Treffen der Welt-Kriegselite in München! Kein Frieden mit den Kriegsplanern! Stoppt die Kriegspolitik der NATO-Staaten!

Wir rufen auf zu massiven Protestaktionen, damit diese NATO-Konferenz nicht so störungsfrei wie bisher über die Bühne geht.

***Kundgebung:*** **Freitag, 1. Februar 2002, 17.00 Uhr, Marienplatz** · ***Demonstration zum Tagungsort:*** **Samstag, 2. Februar 2002, 12.00 Uhr, Marienplatz; Abends:** ***Gegenkonferenz*** **gegen die NATO-Kriegspolitik**

*Koordination und Kontakt:* Fon 089 / 169519 Fax 089 / 1689415 · smash_racism@hotmail.com · www.buendnis-gegen-rassismus.de

## Crossover Conference des Antirassist Antisexist Summer Camp Project

### EINLADUNG ZUR KONFERENZ AM 17.–20. JANUAR 2002 IN BREMEN

Wir gehen davon aus, dass sämtliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse aufs engste miteinander verzahnt sind. Deshalb machen wir u. a. Nation, Patriarchat, Kapitalismus, Heterosexismus, Antisemitismus und Rassismus in ihren Verschränkungen zum Thema. Wir wollen uns auf dem Treffen mit Herstellungsprozessen verschiedener Dimensionen von Identität (z. B. Geschlecht, Ethnizität, Klasse) beschäftigen. Was haben diese mit Macht, Herrschaft und Widerstand zu tun?

Ziel des Treffens ist, Leute aus unterschiedlichen politischen Richtungen zusammenzubringen, Schnittstellen zu finden, neue Bündnisse zu schaffen, an Interventionsformen zu arbeiten und damit neue Impulse für

eine radikale, emanzipatorische, libertäre, linke, politische Praxis zu geben.

### WORKSHOPS

• Zweigeschlechtlichkeit, sexuelle Gewalt, Militär und Krieg. Perspektiven eines antipatriarchalen Antikriegswiderstands. *Mit Samira Fansa, Berlin.*

• Innere Sicherheit, Ethnisierung und Kriminalisierung. Rassistische Mobilisierung nach dem 11. September 2001. *Mit Hito Steyerl, Berlin.*

• Das Gestohlene stehlen. Ein Aktionsworkshop über die Wiederaneignung des weiblichen Körpers. *Mit den Siostry Frankenstein, Warschau.*

• Kinderspiele. Und raus bist du. Ein Workshop über Ausschlüsse. *Mit den Siostry Frankenstein, Warschau.*

• Radical Cheerleading, Pink Silver, Konfrontation – Chancen und Grenzen. *Ein Aktionsworkshop mit den emancypunx, Warschau und N. N., Bremen.*

• Eine neue Sicht auf Prostitution, Frauenhandel und Gesellschaft. *Mit Ewa Majewska und Joanna Garnier von La Strada, Warschau.*

• Geschlecht schlägt Klasse. Oder: Im Bordell sind alle Männer gleich. Workshop zu Prostitutionskunden. *Mit Crazy Horse, Bremen.*

• Postmoderne, Bildungsbürgerlichkeit und Klassenherkunft. *Mit Erich Landrocker, Münster.*

• Schwul oder queer oder was? Fragen aus dem Homoland. *Ein 10 Jahre altes Projekt stellt sich vor.*

• Differenzen in Sexualitäten und Männlichkeiten. *Mit der AG Sexualitäten und Männlichkeiten, Berlin.*

• Was ist normal? Der Körper im Diskurs um Behinderung und Normalisierung. *Mit Anja Tervooren, Berlin und Rebecca Maskos, Bremen.*

• Patriarchat und Antisemitismus – Suchbewegungen. *Mit Tanja Berg, Berlin und Gregor Samsa, Bremen.*

• Wechselnde Perspektiven. Debatten um Identität und Differenz: Folgen für feministisch-antirassistische Handlungsfähigkeit. *Mit Anette Dietrich, Andrea Nachtigall und Ronja Eberle, Berlin.*

• Grenzüberschreitungen und kulturelle Mischformen als antirassistischer Widerstand? *Mit Umut Erel, Hamburg.*

• Postkoloniale Kritik und Queer Politics. Zu Grenzregimes, Subalternität und Widerstand. *Mit Encarnacion Gutierrez Rodriguez, Hamburg.*

• Reproduktionskonten – Onlinebanking: Sexualität, Greencard und die Liebe zur Arbeit. *Mit Renate Lorenz, Pauline Boudry und Brigitta Kuster, Berlin.*

• Unternimm dich selbst. Gouvernementalität sexueller und gender-Dis-/Identifikationen. *Mit Katharina Pühl & Queer N. N., Frankfurt/Main.*

• Subjektivität im Neoliberalismus. Szenen aus dem Film ›Billy Elliot‹ als Einstieg zur Diskussion über eine neue Form des Kapitalismus und deren Auswirkungen auf das eigene Leben. *Mit Nancy Wagenknecht, Bln*

• Frauen, Flucht und Migration. *Mit N. N.*

• Das strategische Schweigen – Geschlechter-Verhältnisse der Globalisierung. *Mit Ariane Brenssell, Berlin.*

### FILME

Once were Warriors • High Art • La difference • The Battle of Tuntenhaus • No Border No Nation • Die letzten Männer • Digo? Soll ich's sagen? • Unsichtbare Hausarbeiterinnen • Wir sind schon da! • Performing the Border • Zwitterterrorisiert

### AUSSTELLUNG

»Bilder aus dem Transitbereich«

### KONTAKT

• *Infotelefon* ab dem 16. Januar 2002: 0177/7577615
• *Postadresse:* summercamp c/o A6-Laden, Adalbertstr. 6, 10999 Berlin
• *Informationen* zum Programm der Eröffnungsgala und Updates zum Workshop- und Filmprogramm gibt es auf unserer website www.summercamp.squat.net
• *E-mail:* summercamp@squat.net
• *Telefon:* 030/61 30 54 54

*[Ausführlichere Selbstdarstellung des Sommercamps siehe auch* diskus *Nr. 1.01]*

**FRÜHSTÜCKSCAFÉ**

**ESPRESSO - BAR**

Kiesstraße 41

Frankfurt Bockenheim

Mo. – Fr.: 8 bis 20 Uhr

Sa. & So.: 9 bis 18 Uhr

CAFÉ CK KLEMM

Ihre Fachbuchhandlung im Studentenhaus

**UNI-BUCH**

Sozialwissenschaften - Philosophie - Geschichte

Jügelstr. 1 60325 Ffm. Fon 77 50 82 Fax 70 20 39

Öffnungszeiten: Montag – Mittwoch 9:40 – 17:00
Donnerstag + Freitag 9:40 – 15:00

Wir besorgen Ihnen jedes lieferbare deutsche Buch.
Große Auswahl englischer und amerikanischer Fachliteratur.

GENUSS MIT FLAIR... VERWÖHN-RESTAURANT + BISTRO

**Mélange**

**Hausgemachte Spezialitäten**

**Öffnungszeiten: Montag–Sonntag 10–24 Uhr**

Warme Küche bis 23 Uhr

Jordanstr. 19 · 60486 Frankfurt/M.

**Tel. 069/701287**

**WIDERSPRUCH**

Beiträge zur sozialistischen Politik

**41**

**Nationalismus, Rassismus, Krieg**

US-Hegemonie und Terrorismus; Nation und Gewalt; Kollektive und Nationale Identität; Ziviler Internationalismus statt NATO; Arbeitswelt, Standortnationalismus, Rechtsextremismus, Anti-Rassismus; Europa und Föderalismus, Einwanderung und Integration

A. Roy, F. Schandl, R. Kühnl, H.U. Jost, J. Lang, Ch. Butterwegge, F. Huisken, H. Stutz, Y. Kramer, K. Dörre, V. Alleva, Ch.P. Scherrer, H. Kleger, G. D'Amato

Diskussion

G. Trepp : Geldwäscherei und Terrorgelder
W. Eberle / H. Schäppi: Linke und Neue Mitte
S. Lettow : Neoliberaler Anti-Egalitarismus

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

208 Seiten, Fr. 25.– (Abonnement Fr. 40.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich
Tel./Fax 0041 (0)1 - 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

*Hessen*
*soll*
*wärmer*
*und*
*weiblicher*
*werden!*

GRÖSSENWAHN
FRANKFURT

*Täglich bis eins oder zwei*

iz3w

*Themenschwerpunkte 2001:*

- (Anti-)Imperialismus
- Asien nach dem Kalten Krieg
- Globales Konfliktmanagement
- Rassismus & Integrationspolitik
- Öffentliche & private Räume
- Geopolitik & Rohstoffe
- Armut & Marginalisierung
- Ethnologische Projektionen

*Einzelheft DM 8,- ▸ Abo DM 60,- im linken Buchhandel, in Dritte-Welt-Läden oder beim*

iz3w ▸ PF 5328 · D-79020 Freiburg
Fon (0761) 740 03 · Fax 70 98 66
info@iz3w.org · www.iz3w.org

▸ Die Zeitschrift zu Politik, Ökonomie und Kultur zwischen Nord und Süd

## Abo? Backissues?

**Alte Ausgaben gibts für die Portokosten, das Abo mit 4 Ausgaben für 5 Euro in Briefmarken oder Scheinen bei: diskus · Mertonstraße 26–28 · 60325 Frankfurt/Main · *Rabatte auf Anfrage***

# impressum


**diskus · Frankfurter StudentInnen Zeitschrift**
**Heft Nr. 3.01 · Dezember 2001 · 50. Jahrgang**

*Anschrift:* Mertonstr. 26 – 28 · 60325 Frankfurt

*Tel:* (069) 79828912 · Mittwochs 20 – 22 Uhr

*Fax:* (069) 702039

*E-mail:* diskus@copyriot.com

*Webarchiv:* www.copyriot.com/diskus

*HerausgeberInnen:* Stephan Adolphs · Sonja Buckel · Wolfgang Hörbe · Tanja-Maria Müller · Alexandra Rau

*Redaktion:* Benjamin Adamczak · Stephan Adolphs · Oliver Groß (VisdP) · Eva Hartmann · Sabine Hess · Wolfgang Hörbe · Serhat Karakayalı · Bodo Pallmer · Alexandra Rau · Christian Sälzer · Uta Schirmer · Uli Spenkoch · Esther Uhlig

*Fotos:* Stephan Adolphs (Cover) · Florian Maak (6–8, 24–26, 29–34)

*Schreibtischpublizierung:* bürot

*Druck:* Imprenta

*Auflage:* Achttausend

*Erscheinungsweise:* Vierteljährlich

*Preis:* Bis Offenbach gratis – auswärts 2,5 Euro

Namentlich unterzeichnete Beiträge liegen in Verantwortung der AutorInnen.



**IMPRENTA**
**KLEINOFFSETDRUCK**

- Drucken ...,
- Heften ...,
- Falzen ...,
- Bohren ...,

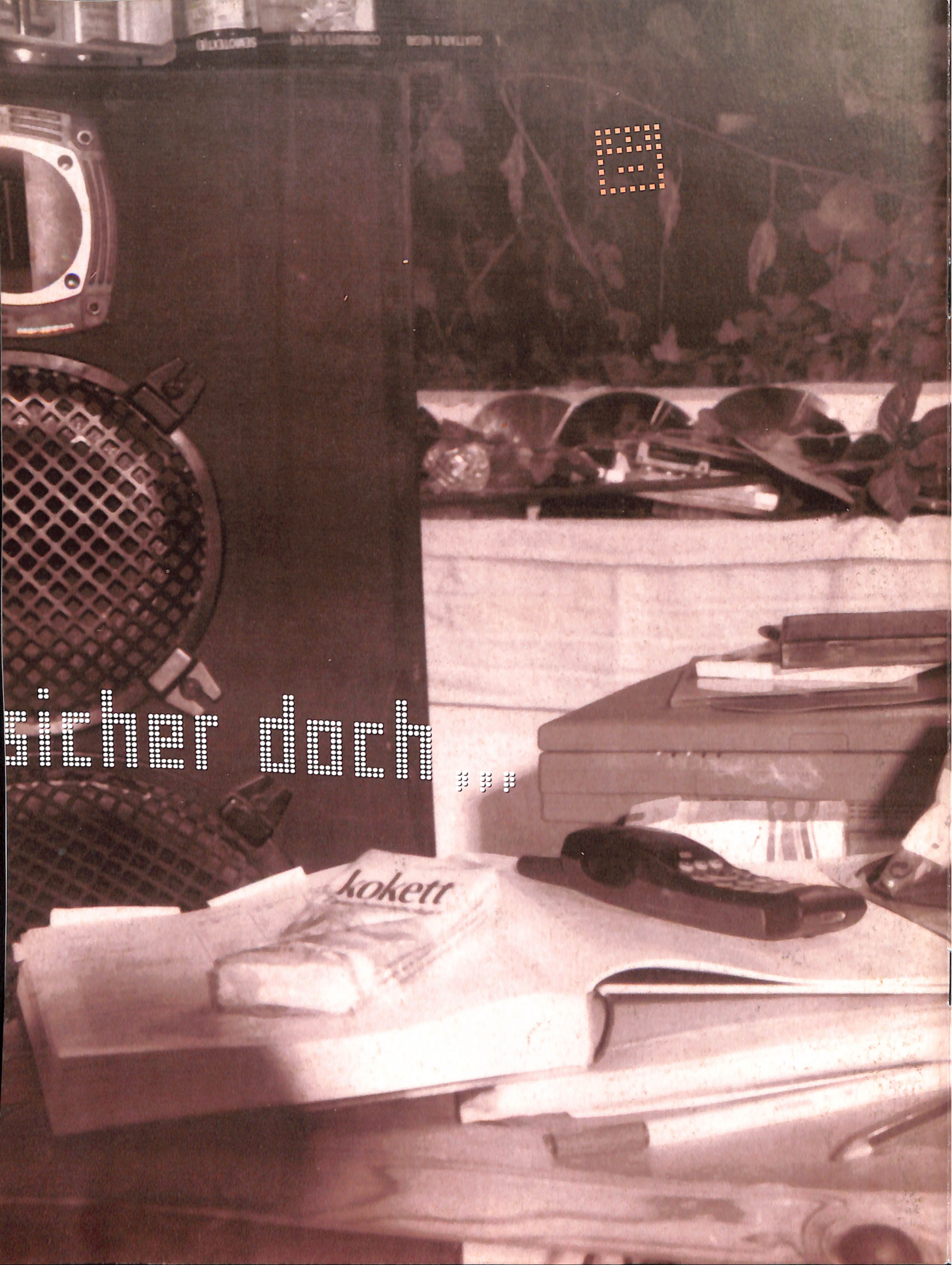
präzise, preiswert und schnell!

Tel.: 06104 - 97 30 82

Bachstrasse 4a
63179 Obertshausen

Fax:
06104 - 97 30 84

e-mail:
druckerei-imprenta@t-online.de


sicher doch ...
kokett